

Zeitschrift für Ideengeschichte
Heft V/4 Winter 2011

Saupreußen

Herausgegeben von Warren Breckman,
Jonas Maatsch & Thorsten Valk

HERAUSGEBER:

Ulrich Raulff

(Deutsches Literaturarchiv Marbach)

Helwig Schmidt-Glintzer

(Herzog August Bibliothek Wolfenbüttel)

Hellmut Th. Seemann

(Klassik Stiftung Weimar)

BEIRAT:

Kurt Flasch (Bochum), Anthony Grafton (Princeton), Dieter Henrich (München), Wolf Lepenies (Berlin), Glenn W. Most (Chicago/Pisa), Krzysztof Pomian (Paris), Quentin Skinner (Cambridge, UK), Jan Philipp Reemtsma (Hamburg), Barbara M. Stafford (Chicago)

GESCHÄFTSFÜHRENDE REDAKTION:

Stephan Schlak (v.i.S.d.P.)

REDAKTION «DENKBILD»:

Jost Philipp Klenner

REDAKTION «KONZEPT UND KRITIK»:

Tim B. Müller

MITGLIEDER DER REDAKTION:

Philip Ajouri, Sonja Asal, Martin Bauer, Warren Breckman, Ulrich von Bülow, Carsten Dutt, Frank Druffner, Ulrike Gleixner, Valentin Groebner, Jens Hacke, Christian Heitzmann, Albrecht Koschorke, Marcel Lepper, Jonas Maatsch, Ethel Matala de Mazza, Michael Matthiesen, Martin Mulsow, Robert E. Norton, Wolfert von Rahden, Stefan Rebenich, Ulrich Johannes Schneider, Andreas Urs Sommer, Martial Staub, Barbara Stollberg-Rilinger, Jürgen Trabant, Thorsten Valk

REDAKTIONSADRESSE:

Zeitschrift für Ideengeschichte

Deutsches Literaturarchiv Marbach

Schillerhöhe 8 – 10

71672 Marbach am Neckar

Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen.

Umschlagbild: Rubens, «Der Raub der Töchter des Leukippos» (Ausschnitt), Foto: akg-images / Erich Lessing

Die Zeitschrift für Ideengeschichte erscheint viermal jährlich.

BEZUGSPREIS:

Einzelheft: € 12,90 [D]; sFr 20,50; € 13,30 [A];

zzgl. Vertriebsgebühren von € 1,45 (Inland); Porto (Ausland)

Jährlich: € 42,00 [D]; sFr 59,90; € 43,20 [A];

inkl. Vertriebsgebühren (Inland); zzgl. € 16,00 (Ausland)

Sonderpreis: € 34,00 [D]

inkl. Vertriebsgebühren (Inland); zzgl. € 24,00 (Ausland)

Der Sonderpreis gilt für Mitglieder des Freundeskreises des Goethe-Nationalmuseums e.V., der Freunde des Liebhabertheaters Schloß Kochberg e.V., des Vereins der Freunde und Förderer der Kunstsammlungen zu Weimar, der Gesellschaft Anna Amalia Bibliothek e.V., der Gesellschaft der Freunde der Herzog August Bibliothek, der Deutschen Schillergesellschaft, des Verbands der Historiker und Historikerinnen Deutschlands, des Verbands der Geschichtslehrer Deutschlands e.V. sowie für Abonnenten der Marbacher Magazine.

ABO-SERVICE:

Telefon (089) 38189-750 • Fax (089) 38189-402

E-mail: bestellung@beck.de

ANZEIGEN:

Fritz Lebherz (verantwortlich)

Telefon (089) 38189-598 • Fax (089) 38189-599

Zur Zeit gilt Anzeigenpreisliste Nr. 2

GESTALTUNG:

Vogt, Sedlmeir, Reise GmbH. München

LAYOUT UND HERSTELLUNG:

Simone Fridrich

DRUCK UND BINDUNG:

Kösel, Krugzell

ISSN 1863-8937 • Postvertriebsnummer 74142

Alle Rechte an den Texten liegen beim Verlag C.H. Beck. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes bedarf der Zustimmung des Verlags.

© Verlag C.H. Beck oHG, München 2011

Verlag C.H. Beck, Wilhelmstr. 9, 80801 München

Besuchen Sie auch unsere Homepage www.z-i-g.de mit einer Übersicht über alle bisherigen Hefte, Newsletter, Pressespiegel, Bestellmöglichkeit und anderen Funktionen!

ZUM THEMA	Warren Breckman, Jonas Maatsch, Thorsten Valk: Zum Thema.....	4
SAUPREUSSEN	Friedrich Dieckmann: Vom Schloss der Könige zum Forum der Republik.....	5
	Ute Frevert: Der preußische Militärstaat und seine Feinde	23
	Kazimierz Wóycicki: Der Polen-Komplex. Das imaginäre Preußen als europäische Chance	37
	David E. Barclay: Preußens Verschwinden. Ein Streifzug durch die angloamerikanische Literatur	52
ESSAY	Joachim Radkau: Der Kuss des Atoms. Über die zwei Körper des Theodor Heuss	65
DENKBILD	Franz Reitinger: Quell des Schweigens. Eine Wandtafel aus der Kinderkolonie des Abbé B.	81
ARCHIV	Sebastian Böhmer: Die Magie der Handschrift. Warum Goethe Autographe sammelte.....	97
KONZEPT & KRITIK	Daniel Fulda / Hartmut Rosa: Die Aufklärung - ein vollendetes Projekt? Für einen dynamischen Begriff der Moderne.....	111
	Henry A. Kissinger: Der größte Staatsmann aller Zeiten. Die beste englische Biographie Bismarcks stammt von Jonathan Steinberg	119
	Tim B. Müller: Das Ende des liberalen Zeitalters. Wie man die Ideengeschichte unserer Jetztzeit schreibt	123
	Franziska Augstein: Die Banalität des Blöden. Hannah Arendt macht es sich journalistisch leicht.....	127
	Die Autorinnen und Autoren.....	129

*Im nächsten Heft: Der Besiegte. Mit Beiträgen von Christian Meier,
Hermann Lübke, Cord Riechelmann und einem Essay von Roberto Zapperi.*

Zum Thema

Es braucht keine Prophetie, um dem Thema «Preußen» eine Hochkonjunktur in den kommenden Monaten vorauszusagen. Die Kulturressorts rüsten sich bereits für den 300. Geburtstag Friedrichs des Großen, jenes Monarchen, der bis heute wie kein zweiter die Ambivalenzen und Widersprüche des preußischen Staates verkörpert. In Friedrichs langer, fast ein halbes Jahrhundert umspannender Regentschaft kämpfte sich Preußen nicht nur in die erste Reihe der europäischen Großmächte vor, sondern erhielt gleichzeitig auch jenes hochgradig affektgeladene *Image*, das bis heute nachwirkt – nicht nur in der südlich des «Weißwurstäquators» geläufigen Rede von den «Saupreußen». Tatsächlich vermochte kein zweiter europäischer Staat derart kontroverse Einschätzungen zu provozieren wie das multinationale und mehrfach vom Untergang bedrohte Staatsgebilde, dessen politisches und kulturelles Zentrum in der Hauptstadt des heute wiedervereinten Deutschlands lag.

Während die borussische Historiographie den machtpolitischen Aufstieg Preußens nachgerade zur politischen Heilsgeschichte verklärte, wurde der deutsche Teilstaat für seine Gegner spätestens mit dem Ersten Weltkrieg zum Inbegriff jener «deutschen Krankheit», als deren Symptome Untertanengeist, Militarismus und Aggressivität galten. Dieser Deutungstradition sah sich noch der alliierte Kontrollrat verpflichtet, als er 1947 formell die Auflösung des längst zur politischen Bedeutungslosigkeit herabgesunkenen Staates beschloss, der «seit jeher Träger des Militarismus und der Reaktion in Deutschland» gewesen sei.

Auch heute, mehr als ein halbes Jahrhundert nach seinem endgültigen Verschwinden von der europäischen Landkarte, scheint Preußen sein Provokationspotential noch nicht gänzlich eingebüßt zu haben. Wie sehr dieser ehemalige deutsche Teilstaat weiterhin die Gemüter zu erhitzen vermag, zeigten in jüngster Zeit die erregten Debatten um den Wiederaufbau des Berliner Stadtschlusses und die Reaktionen auf den Vorschlag, ein künftiges

Bundesland Berlin-Brandenburg bündig als «Preußen» zu bezeichnen. Hans-Ulrich Wehler kritisierte diesen «irrlichternden» Vorschlag und warnte in eindringlichen Worten: «Preußen vergiftet uns». Angesichts einer Geschichtsschreibung, die sich spätestens seit den achtziger Jahren um ein ausgewogenes Urteil bemüht, überrascht die Persistenz der mit dem Namen «Preußen» verbundenen Erregungsenergie in der deutschen und europäischen Öffentlichkeit.

Die Zeitschrift für Ideengeschichte feiert mit dieser Ausgabe den 300. Geburtstag Friedrichs des Großen auf ihre eigene Art: nicht mit dem Versuch einer nüchternen Bilanz der preußischen Geschichte, sondern mit Schlaglichtern auf jene Prussophobie, die sich über mehrere Jahrhunderte hinweg aufgebaut und in das kollektive Bewusstsein vieler europäischer Gesellschaften eingegraben hat. Mit dem Wiederaufbau des Berliner Stadtschlusses rückt eine sehr deutsche Debatte um symbolische Geschichtspolitik in den Fokus. Zudem werden Blicke ins Ausland geworfen: nach Polen, dessen Geschichte geradezu schicksalhaft mit derjenigen Preußens verknüpft ist, in die USA, wo eine Generation deutscher Emigranten die Preußen-Historiographie lange Zeit bestimmte, und nach Westeuropa, wo sich das Stereotyp des preußischen Militarismus schon früh etablieren konnte.

Vielleicht ist dies kein schlechtes Geburtstagsgeschenk an den berühmtesten aller Preußen: dass der blanke Hass auf die «Saupreußen» ebenso wie die überzogene Bewunderung «preußischer Tugenden» einer Betrachtung weichen, die sein Land im Guten wie im Schlechten als einen Modellfall für Identitätsbildung unter den Bedingungen von Regionalismus und Multiethnizität in einem europäischen Kontext betrachtet.

Warren Breckman
Jonas Maatsch
Thorsten Valk

FRIEDRICH DIECKMANN

Vom Schloss der Könige zum Forum der Republik

Vernunftstaat mit Krone

Grundbruch hieß in der Terminologie der Statiker jener erschütternde Vorgang, der Andreas Schlüter, den Hauptarchitekten des Kurfürsten von Brandenburg und Königs in Preußen, daran hinderte, das Königsschloss der Hohenzollern nach achtjähriger Bautätigkeit zu vollenden: Der Turm, der das weitgediehene Bauwerk krönen sollte, ein vielgliedrig in den Berliner Himmel steigendes Gebilde, das zum Zeichen staatlicher Obergewalt alle Kirchtürme der Stadt überragen sollte, – dieser Turm wurde im Jahre 1706 durch den unergründlichen Berliner Boden unvorhersehbar sabotiert; der Himmelsfinger begann, sich zur Seite zu neigen. Schlüters Gegenmaßnahmen halfen nicht, am Ende musste der Schlossbaudirektor sein Amt abgeben; fortan war er wieder vor allem als Bildhauer für den König tätig.

Schlüter, ein Mann von schier michelangelesker Arbeits- und Schöpferkraft, eine der überragenden künstlerischen Gestalten dieser an schöpferischen Geistern reichen Epoche, war 1694 aus Warschau nach Berlin berufen worden, an die Seite eines Königs, dessen Vater, der Kurfürst Friedrich Wilhelm, ein Meister der Staats- wie der Kriegskunst, sein zerstreutes Herrschaftsgebiet nach den Verwüstungen, die ihm der Dreißigjährige Krieg zugefügt hatte, im Laufe einer achtundvierzigjährigen Regierungszeit nach innen und außen stabilisiert und strukturiert hatte. Der Sohn, körperlich behindert seit Kindertagen und hinter nachgeborenen Stiefgeschwistern vielfach zurückgesetzt, war ein Mann des Friedens, dessen ganzes Trachten darauf ging, dem von sei-

nem Vater hinterlassenen Staatskunstwerk die Krone aufzusetzen, indem er – sich die Krone aufsetzte, die Königskrone eines außerhalb des deutschen Kaiserreichs liegenden Territoriums, das den Hohenzollern zu Anfang des 17. Jahrhunderts auf komplizierten Erbwegen zugefallen war; der Große Kurfürst, wie jener Friedrich Wilhelm allgemein hieß, hatte dieses Ostpreußen aus der polnischen Lehenshoheit auslösen können.

Friedrichs III. Begehren folgte einem Zug der Zeit bei jenen deutschen Fürsten, die das Ende des Dreißigjährigen Krieges in eine weitgehende Souveränität entlassen hatte; sie konnten Könige jedoch nur außerhalb des Reichsgebiets und mit Zustimmung des Kaisers werden. So war der sächsische Kurfürst mit folgenswerer Aufgabe des lutherischen Bekenntnisses König von Polen geworden, so machten die hannoverschen Welfen Miene, Könige von England zu werden; beide katapultierten sich auf diese Weise auf die Dauer aus Deutschland heraus.

Nicht so Friedrich III., als er König in Preußen werden wollte – *in* und nicht *von*, denn das westliche Preußen unterstand nach wie vor polnischer Oberhoheit. Die Krone, nach der er strebte und zu deren Gewinnung er die Unterstützung des in Wien residierenden Kaisers Leopold I. gewinnen musste, was überaus aufwendig war, – diese Krone war kein bloßes Schmuckstück, sie war ein politisches Pfundgewicht, dazu geeignet, dem gesamtstaatlichen Bewusstsein der Bewohner des zwischen Cleve und Königsberg, zwischen Halberstadt und Erlangen zerstreuten Hohenzollern'schen Herrschaftsgebiets einen wirksamen symbolischen Anhalt zu geben. Dem sollte auch der Berliner Schlossbau dienen und die meisten der Bildwerke, die Schlüter und seine Kunstgenossen in und für Berlin schufen. Es ging um etwas, das man heute mediale Repräsentanz nennen würde; sie war in dieser Epoche nicht anders als mit jener hochstehenden Sinnlichkeit zu gewinnen, die wir, ihres geistigen Gehalts wegen, mit dem Namen Kultur belegen.

Für diese stand in einem Staat, der nicht *einfach* protestantisch, sondern *doppelt* protestantisch war, sehr viel mehr als Schloss und Krone. Dieser Staat hatte sich über schwere Kämpfe hinweg zwischen dem Herrscherhaus, das seit 1613 dem reformierten Bekenntnis anhing, und der Landeskirche, deren Luthertum in der

Bevölkerung tief verwurzelt war, zu einem bikonfessionellen Gemeinwesen entwickelt; ein Toleranzedikt, mit dem der Große Kurfürst beide Konfessionen auf wechselseitige Duldung verpflichtet hatte, hatte diese einzigartige Disposition 1664 bekräftigt. Sie hatte nicht nur die Ansiedlung der aus Frankreich ausgewiesenen achtzehntausend Hugenotten und vieler anderer Einwanderer von Kultur und Qualifikation erleichtert, sie hatte dem brandenburgischen Staat zugleich einen geistigen Vorsprung in Europa verschafft, den Friedrich III., der sich seit seiner Krönung im Königsberger Dom am 18. Januar 1701 Friedrich I. nannte, zielstrebig ausbaute, unterstützt von Sophie Charlotte, seiner aus dem Braunschweigischen stammenden Gemahlin, einer geistig hochstehenden Frau, die Kontakt zu einem der bedeutendsten Geister des damaligen Europa, zu Gottfried Wilhelm v. Leibniz, hielt. Ihr Mann, der König, ließ ihn im Krönungsjahr eine Sozietät (später Akademie) der Wissenschaften gründen.

Vorangegangen war die Gründung einer königlichen Akademie der Künste (Schlüter war Mitglied beider Akademien), und schon 1791, im dritten Jahr seiner Regierung, hatte Kurfürst Friedrich in Halle eine kurbrandenburgische Universität gegründet, an der einige der erleuchtetsten Köpfe der Zeit wirkten. Der Jurist Christian Thomasius, «ein deutscher Gelehrter ohne Misere», wie Ernst Bloch ihn in einem großen Essay nannte, entfaltete hier mit Witz und Energie das Gedankengebäude der Aufklärung (er ging so weit, Vorlesungen in deutscher Sprache zu halten und die Mischehe zwischen Reformierten und Lutherischen für zulässig zu erklären), und August Hermann Francke, auch er ein Sachsen-Vertriebener der dortigen lutherischen Orthodoxie, verband die tendenziell überkonfessionelle evangelische Erweckungsbewegung des Pietismus mit einer Sozial- und Bildungsarbeit von weitreichender Wirkung.

Das Schloss war *ein* Element, ein sonderlich sichtbares und dauerhaftes, in diesem Ensemble des Fortschritts, das sich an die Wirksamkeit eines Monarchen heftete, der nicht nur ein Mann des Friedens, sondern auch ein Meister des Aufwands war. Kultur, also Luxus, war seine Leidenschaft; das hat ihm nicht nur sein Sohn und Nachfolger übelgenommen, sondern auch die Geschichtsschreiber der preußischen Monarchie. Sie hielten es mit

den Meistern jenes Aufwands, den der Krieg bedeutet; das wäre ums Haar schon bei jenem zweiten Friedrich, der der Enkel des ersten war, schiefgegangen; es ging eklatant, aber nicht dauerhaft schief bei dessen Großneffen, Friedrich Wilhelm III. Und danach?

Wir gehen an dieser Stelle nicht auf Einzelheiten des Bauwerks ein, das nach Schlüters Abberufung von zwei Nachfolgern – sie hießen Eosander und Böhme – in einer Weise vollendet wurde, die die von Schlüter geschaffenen beiden Portale (eins zum Lustgarten, also nach Norden, das andere zur Bürgerstadt, also nach Süden hin) duplizierten und dadurch das Ganze mitsamt einem sich auf der Westseite öffnenden Triumphportal tatsächlich zu einer von dem Urbaumeister inspirierten Gesamtgestalt führten, und wir verfolgen nicht weiter, was aus dem Staat, dessen Hauptbau dieses Schloss war, im Laufe von zweieinhalb Jahrhunderten wurde. Wir schalten uns an der Stelle wieder ein, als es Wilhelm II., einer ganz unpreußischen Gestalt von großmäuligem politischen Dilettantismus, binnen eines Vierteljahrhunderts gelungen war, das Staatskunstwerk dreier Jahrhunderte durch einen Zweifrontenkrieg, in den sich zu allem Überfluss noch eine überseeische Macht einschaltete, zugrunde zu richten. Am Ende des Weltkriegs, im November 1918, setzte sich dieser verhängnisvolle Mann Hals über Kopf in ein Schloss im neutralen Holland ab und ließ sich Möbel, Hausrat und Kleinodien in fünfzig Güterwagen hinterherschicken; die neue Republik tat ihm den Gefallen.

Seit jenem November war das Berliner Schloss kein Staatsort mehr; es wurde zu einer Kulturstätte, in der nicht nur das Kunstgewerbemuseum seinen Platz fand (der ganze Bau strotzte von edelstem Kunstgewerbe), sondern auch ein Museum für Leibesübungen und ein Theatermuseum, zu dem es Berlin bis heute nicht wieder gebracht hat. Das weitläufige Bauwerk, von jeher ein Mehrzweckbau, nahm Institute der Universität und der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft auf, aber auch den Deutschen Akademischen Austauschdienst und die Mexiko-Bücherei; auch gab es in seinem Innern zahlreiche Privatwohnungen.

Grundbruch, Tabula rasa I

Bei dieser außerpolitischen Nutzungsvielfalt blieb es auch, als im Januar 1933 ein ehemaliger preußischer Feldmarschall, der zehn

Monate zuvor gegen einen kürzlich eingebürgerten Österreicher im Amt des Reichsoberhauptes bestätigt worden war, in einem zweiten Schritt die Selbstzerstörung des preußisch-deutschen Nationalstaats vollzog; ein halbes Jahr zuvor hatte er die legale preußische Regierung abgesetzt. Durch die Machenschaften einer korrupten Junker-Clique erpressbar geworden, übergab dieser Sachwalter des Preußentums die Staatsgewalt dem eingewanderten Hetzprediger, der auf dem seelischen und dem materiellen Elend der Nation wie auf einer Klaviatur spielte. Als dieser sich sechs Wochen nach seiner Kanzlerernennung die Aufhebung der Reichsverfassung durch das Parlament legalisieren ließ, stellte ihm auch die bürgerliche Mitte die erforderliche Zweidrittel-Mehrheit; danach huldigte das verbliebene Alt-Preußen in der Potsdamer Garnisonkirche einer Pöbelherrschaft, der jene Siegermächte, die die deutsche Republik mit unerträglichen Auflagen erdrückt hatten, in der Folge alle Steine aus dem Weg räumten: Deutschland war wieder wer.

Zwölf Jahre später lag nicht nur das Berliner Schloss in Trümmern. Aber auch das war eine Ruine, im flächendeckenden Bombenhagel ausgebrannt wie alles Übrige in diesem Kernbezirk einer Stadt, die schon im 18. Jahrhundert über ihre Mauern hinausgewachsen war. Hatte das Schloss, im späten Mittelalter ein Zwingbau der Markgrafen gegen eine aufsässige Bürgerschaft, deren Wappen-Bär jahrhundertlang ein eisernes Halsband mit Kette tragen musste, noch bei seiner barocken Erneuerung am Rande der Stadt gelegen, so war es ein halbes Jahrhundert später in deren Mitte gerückt. Beiderseits jener breiten Allee, die ein Stadtplaner des 17. Jahrhunderts in schrägem Winkel von der Gartenseite des Schlosses hatte ausgehen lassen, hatten sich, nebst prägnanten Kulturbauten, rasch wachsende Vorstädte entwickelt.

Was tun mit einem Bauwerk, dessen Inneres vernichtet war, dessen Fassaden voller kostbarer Bauplastik aber brandgeschwärzt überdauert hatten? Die SED, führende Partei der als Gegenstück zu der zuvor gegründeten deutschen Westrepublik von der sowjetischen Besatzungsmacht legitimierten Deutschen Demokratischen Republik, entschloss sich ein Jahr nach ihrer Gründung zur Sprengung der Ruine. In den neunziger Jahren erfuhr man, dass die nach wie vor bestimmende sowjetische Vormacht dabei

die Hand im Spiel gehabt hatte: durch die Besuchsankündigung ihres Führers, des Generalissimus Stalin, die der Überbringer der Nachricht mit der Frage verbunden hatte, wo denn ein Platz in Berlin sei, groß und zentral genug, ihn massenhaft zu empfangen.

Der auf das Schlossareal bezügliche Wink wurde von einem Mann aufgenommen, der achtzehn Jahre später nichts dabei fand, in seiner Heimatstadt Leipzig eine unversehrte gotische Kirche in die Luft zu jagen. Es gelang ihm, Gegenstimmen innerhalb und außerhalb seiner Partei zu überspielen; konnte der kollektive Beschluss mildernde Umstände für sich in Anspruch nehmen? Er operierte, obschon das unter der Hand eine Rolle spielte, nicht mit einer politisch-ideologischen Begründung, dahingehend, dass das Schloss, wie ein kommunistischer Bezirksbürgermeister 1946 formuliert hatte, «das Symbol einer für uns nicht mehr tragbaren Zeit» sei. Das wäre auch ein Unding gewesen, denn zu der Zeit, da der Abriss beschlossen wurde, hatten die Instanzen des neuen Staates bereits die Wiederherstellung der meisten anderen vom Krieg zerstörten Hauptbauten der preußischen Monarchie ins Auge gefasst und mit dem Wiederaufbau des barocken Zeughauses – einst die Waffenkammer des preußischen Militärs – schon begonnen. Es folgten die Hofoper Friedrichs II. und, ihr gegenüber, das Prinz-Heinrich-Palais, das wieder die Humboldt-Universität beherbergen sollte.

Schinkels Neue Wache, 1820 zu Ehren des Sieges über Napoleon errichtet und durch die sowjetische Administration vor der Abrissforderung des staatlichen Jugendverbands bewahrt, wurde als Gedenkstätte für die Toten der Weltkriege wiederaufgebaut; später kam die äußere Wiederherstellung der friderizianischen Bibliothek und des Alten Museums hinzu. Für einen Staat, der, nicht zuletzt durch die anhaltenden Reparationsleistungen, die einem schwer getroffenen Sieger für ganz Deutschland zu entrichten waren, in harter wirtschaftlicher Bedrängnis war, war das eine ganze Menge; wäre das Schloss noch dazu gekommen, wäre es zuviel gewesen. Den zerstörten Bau jahrzehntelang liegenzulassen, wie es in München mit der diskreter plazierten Wittelsbacher-Residenz geschah – dazu war die Lage des frei stehenden Kolosses zu exponiert; auch als Ruine beherrschte er die Mitte der Stadt.

Auch in vielen Städten des westlichen Deutschlands richtete sich in diesen Jahren eine Abrisswut, die sich zur nachträglichen Handlangerin des Bombenterrors machte, gegen kostbare Ruinen; in Braunschweig und in Hannover wurden die ausgebrannten Schlösser dem Erdboden gleichgemacht. Dass im westlichen Berlin der Überrest des Charlottenburger Hohenzollernschlosses vor dem vorbereiteten Abriss bewahrt werden konnte, war das Verdienst einer unermüdlich intervenierenden Museumsleiterin; in letzter Stunde hatte sie das Ohr Ernst Reuters gewinnen können.

Dennoch war der Totalabriss der Stadtschlossruine nicht nur ein Verbrechen an dem in der DDR programmatisch hochgehaltenen kulturellen Erbe, er war auch ein politischer Fehler. Denn der Staat, der diesen Parteibeschluss vollzog, konnte, falls er nicht in einem neuen Gesamtdeutschland aufging, nichts anderes sein als ein preußischer Nachfolgestaat – auf proletarischer statt, wie vormals, auf feudalaristokratischer Basis. Das pyramidal auf die Staatsspitze – früher den König, nun den Ersten der Sekretäre – ausgerichtete Gefolgschaftsbewusstsein seiner Kader war, bei allem Kontrast der sozialen Intention, durchaus analog. Es war für die psychopolitische Disposition der deutschen Arbeiterbewegung nicht folgenlos gewesen, dass viele ihrer Protagonisten, wenn auch zähneknirschend, in der preußischen Armee Wehrdienst geleistet hatten. Ihr gesellschaftliches Grunderlebnis, die innerbetriebliche Fabrikdisziplin, hatte ein Übriges getan, hierarchische Strukturen zu verinnerlichen. Mit der Vernichtung der Schlossruine vergab das entstehende Saxoborussien ein wichtiges historisches Bezugsmoment; vielleicht hatte ebendies im Hintergrund des Winks aus Moskau gestanden.

Die Instanzen suchten den Fehler auszugleichen, indem sie das Forum Fridericianum mit einer Sorgfalt aus den Ruinen wiedererstanden ließen, die im westlichen Deutschland, München angenommen, nicht ihresgleichen hatte; 1966 war, einschließlich seines Kuppelsaals, auch Schinkels Altes Museum wiederaufgebaut. Die Schlossapplanierung gab den regierenden Staatssozialisten den Freiraum für die Errichtung eines neuen, selbstverantworteten Staatszentrums. Hätten sie 1950 statt auf ihre eigenen Füße auf Moskau oder Peking geblickt, so hätten sie, ohne einen zu kleinen Aufmarschplatz zu bekommen, von der Schlossruine we-

nigstens die unmittelbar auf Schlüter zurückgehenden Teile stehen gelassen und damit ein Analogon zum Roten Platz und dem Platz des himmlischen Friedens gewonnen, die ihre Würde beide von der Präsenz der alten Palastmauern erhielten. Doch siegreiche Staaten denken anders als solche, die das Ergebnis eines Vorgangs sind, für den das Wort Grundbruch am Platze ist; das Tabula-rasa-Syndrom liegt dann nahe.

Doch war das Erste, was außer einem hochragenden Querriegel von der neuen Anlage fertig wurde, ein architektonisch hochqualifizierter Baukörper, der zum Träger eines Schlossrelikts wurde: des nach schlüterschem Muster gestalteten Lustgartenportals IV, von dessen Balkon Karl Liebknecht am 9. November 1918 namens der revolutionären Arbeiterklasse die Sozialistische Republik Deutschland ausgerufen hatte. Die Stelle war passend gewählt; vier Jahre zuvor hatte von derselben Stelle Wilhelm II. seine Untertanen auf den Krieg eingeschworen. Der SPD-Abgeordnete Scheidemann hatte Wind von Liebknechts Aktion bekommen und kam ihr aus einem Fenster des Reichstags zuvor: Vom Parlament aus verkündete der Sozialdemokrat, vom Schloss her der Kommunist die deutsche Republik. Das Letztere war folgerichtig als Protest und als Prophetie aufzufassen. Denn wenn man die spärlichen Hinweise, die Karl Marx über das Zwischenreich einer Diktatur des Proletariats in seinen Schriften gegeben hatte, ernst nahm, dann kam man, was Karl Liebknecht fern lag, auf einen Lehens- und Beamtenstaat neuen, aber nicht unverwandten Typs.

1 Vgl. hierzu vom Friedrich Dieckmann: Glockenläuten und offene Fragen, Frankfurt/M. 1991, S. 22, sowie: Vom Einbringen, Frankfurt/M. 1992, S. 212.

Umbruch, Tabula rasa 2

Die Reminiszenz an das Schloss war das Erste, was den Erbauern der neuen Staatsmitte einfiel; das Zweite war die Errichtung eines Stadtturms von so überragender Gestalt, wie sie einst Schlüter misslungen war. Was Friedrich I. hatte aufgeben müssen, erneuerte der Parteimonarch Walter Ulbricht in Gestalt eines Fernsehturms, der die ganze innere Stadt majorisierte. Seine Erbauung, bei der Polizisten die Betonmischer überwachten, war eine technisch-architektonische Meisterleistung, und sie hielt, trotz ihrer urbanen Unverträglichkeit,¹ den Veränderungen der Machtgegebenheiten stand.

Anders erging es dem quer auf das alte Schlossareal gesetzten

- 2 Die auf der Tribüne aufgereihten Parteiführer wurden, so zeigte sich, vor der dunklen Palastfassade gewissermaßen unsichtbar, und bei Militärparaden blies ihnen der meist von Westen wehende Wind die Panzerabgase in bedrohlicher Weise ins Gesicht.

Hauptbau der Nach-Ulbricht-Ära, dessen Name mit feudalen Erinnerungen spielte: *Palast der Republik*. Er nahm in einem abgeschlossenen Trakt das zur Machtlosigkeit verurteilte Parlament des neuen Klein-Preußens auf und enthielt in seinem publikumsoffenen Teil, just auf der Fläche des einstigen Schlüterhofs, ein Wunderwerk vielseitig verwandelbarer Saalarchitektur, innerhalb derer alle fünf Jahre eine zu der gleichen Ohnmacht verurteilte Parteiversammlung ihre vorbestimmten Häupter wählte; die Imitation der Monarchie hatte sich unter Erich Honecker hoffnungslos perfektioniert. Vor allem aber – und das markierte einen Unterschied zu Alt-Preußen – war dieses Haus eine phantastische Volksvergnügsstätte. Sie stand in der funktionalen Nachfolge der alten, sozialdemokratisch fundierten Volkshäuser und zeigte durch ihre von weißen Marmorbändern gefasste Glasfassade in dunklem Goldton auch nach außen hin an, dass hier des Volkes wahrer Himmel sein sollte, in Gestalt zahlreicher Restaurants, des erwähnten Großsaals und eines Foyers, dessen Wände mit relevanten Bildwerken geschmückt waren.

Aber dieses sozialistische Gegen-Schloss hatte zwei Fehler, und sie wurden ihm zum Verhängnis. Der eine Fehler lag im Material; obschon Asbest um das Jahr 1973 bereits als gesundheitlich fragwürdig erkannt war, hatte man diesen prekären Stoff, wie in dem gleichzeitig errichteten Charlottenburger Kongresszentrum, aus Feuerschutzgründen vielfach verwendet. Der andere Fehler bestand in der Lage des Bauwerks, dessen Grundfläche ein längliches Rechteck bildete; seine Längsachse lag parallel zu den beiden Spreearmen, die das Schloss miteinander verbunden hatte. So hatte man vor der Westfront des Baus einen Demonstrations- und Paradeplatz gewonnen, der sich, als die diskret angesetzte Tribüne fertig war, aus mehr als einem Grund als unbenutzbar erwies.² Vor der Front des Gebäudes breitete sich eine vor allem als Parkplatz dienende Leerfläche aus, die bis an die Spree reichte und gestaltlos blieb bis zu dem Moment, da in den Volkskammersaal dieses Palastes ein unter revolutionären Auspizien gewähltes Parlament einzog, das diesen Namen verdiente. Ihm gelang, was Friedrich Wilhelm IV. im April 1849 den Abgeordneten der Paulskirchenversammlung verwehrt hatte: die deutsche Staatseinheit zu beschließen.

Schon kurz davor wurde das Haus des Volkes, der Palast einer sich aufhebenden Republik, geschlossen; der Asbest lieferte den Vorwand, nicht den Grund. Aber es gab ihn tatsächlich, und die Abgeordneten des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages, die in Bonn über die Mittel zur Sanierung des Bauwerks zu befinden hatten, sahen sich im Juni 1995 drei Sachverständigen aus allen Zonen der Republik gegenüber, die übereinstimmend erklärten: Sagt uns, was ihr mit diesem Gebäude machen wollt, und wir sagen euch, wie man es funktionsgerecht saniert!³ Aber man – das war die Regierung des Kanzlers Kohl – wollte gar nichts machen mit einem Bauwerk, dem sie so abweisend gegenüberstand, wie es der Friedrichshainer Bürgermeister Starck 1946 gegenüber der Schlossruine formuliert hatte: «dem Symbol einer für uns nicht mehr tragbaren Zeit». Darum verordnete sie – es war im Herbst 1998 ihre letzte Amtshandlung – dem Bau eine Totalsanierung, der ihn als Rohbauskelett, also als Ruine, hinterließ. Zum zweiten Mal binnen eines halben Jahrhunderts war an dieser exponierten Stelle Tabula rasa verfügt worden, und die Parallele war damit nicht erschöpft. Wie das Schloss, so hatte auch der zum Untergang verurteilte Palast auf der architektonischen Höhe einer allerdings sehr viel weniger gestaltmächtigen Zeit gestanden, und wie die Schlossruine wurde er als Bauwerk mit den Herrschaftsverhältnissen identifiziert, die ihn hervorgebracht hatten.

Locus herbidus, vielseitige Aktivitäten

Waren mit jener Totalsanierungsverfügung, aus der zehn Jahre später ein *locus herbidus*, eine Rasenfläche, hervorging, die Würfel für einen Neubau, der dem verschwundenen Schloss nach Lage und Baukörper gleichen sollte, bereits gefallen? Auf diesem Weg gab es zwei wichtige Etappen. Vom Juli bis zum Oktober 1993 hatte eine von dem Hamburger Unternehmer Wilhelm v. Boddien initiierte Kulissen-Reproduktion jener Schlossfassaden, deren Baugrund nicht von dem DDR-Palast besetzt war, die Stadt in Bewegung gebracht; dem sich die Augen reibenden Berlin präsentierte sich eine Collage aus dem real existierenden Volkshaus und der unmittelbar an ihn anstoßenden, durch einen Spiegel optisch von ihm getrennten Fassadenmalerei einer Pariser Firma, die der Architekt Frank Augustin auf ein aufwendiges Stahlrohrgestänge

3 Vgl. Deutscher Bundestag, 13. Wahlperiode, Haushaltsausschuß, Protokoll Nr. 19, Kurzprotokoll der 19. Sitzung des Haushaltsausschusses am 21. Juni 1995: Öffentliche Anhörung über die Zukunft des Palastes der Republik in Berlin-Mitte, S. 24–27, 34, 37, 129, 133.

gespannt hatte. Eine Ausstellung, auch sie von dem *Förderverein Berliner Stadtschloss* des heiter-unwiderstehlichen Schlossfreundes veranstaltet, ergänzte die Hundert-Tage-Unternehmung, und ein inhaltsreiches Beibuch gab Auskunft nach allen Seiten: über die Entstehung, die Bedeutung, die mögliche Zukunft des einstigen Berliner Zentralbaus. Der Architekturhistoriker Goerd Peschken und der Architekt Frank Augustin erläuterten hier, was sie – «Tabula rasa gegen Tabula rasa, das ist uns zu platt» – schon 1991 vorgeschlagen hatten: eine Collage aus Gegenwart und erneuerter Geschichte, die beide, Schloss und Palast, als Fragmente miteinander verbinden sollte. Peschkens der Bau-Klasse der Berliner Akademie der Künste vorgetragene Thesen zu den Möglichkeiten eines partiellen Wiederaufbaus stießen auf Widerstände, die es sich in dem Bewusstsein, schrankenlos über die Gegenwart verfügen zu können, mit Schlüter allzu leicht machten. Da man ihn als Konkurrenten nicht überwinden konnte, beschloss man, ihn als Mitwirkenden so wenig zuzulassen wie den Palastarchitekten Graffunder.

Dies war zugleich die Voraussetzung der zweiten Station. Den Baukünstlern der Gegenwart, denen das wiedervereinigte Berlin so viel Raum gab, wie kaum jemals eine Stadt ihren Architekten geboten hatte (ebendies hatte schon für die Nachkriegszeit gegolten), öffnete sie auch an dieser Stelle ein weites Feld: in Gestalt eines städtebaulichen Ideenwettbewerbs, der jene Spreeinsel betraf, auf der und an der die DDR-Instanzen ihr Klein-Brasilia in Auftrag gegeben hatten, das sich vom Fernsehturm am Bahnhof Alexanderplatz bis zu dem Querriegel des Außenministeriums erstreckte. An den Flanken dieser Riesensfläche hatten das portaleschmückte Staatsratsgebäude und der Dom Wilhelms II. ihren Platz; ihr Inneres wurde von dem Neptunbrunnen des Reinhold Begas und einem Denkmalspark eingenommen, der mit künstlerischer Strenge den Heilsweg der kommunistischen Weltmission veranschaulichte. Ein pflichtgemäß denkender Landesdenkmal-schützer aus dem Westen der Stadt hatte sich 1991 zur Absetzung verurteilt, indem er Miene machte, diese wahrhaft moderne Gesamtkomposition in ihrer exemplarischen Stadtwidrigkeit für schutzwürdig zu erklären.

Das neue Bauen hatte hier seit 1962 seine Chance gehabt und

sie wahrgenommen. Nun sollte es eine zweite Chance bekommen, unter der von den Auslobern des Wettbewerbs – das waren die Regierungen des Bundes und des Landes Berlin – fixierten Voraussetzung, dass sowohl der inzwischen stillgelegte Palast der Republik wie das ihm jenseits der Spree gegenüberliegende Außenministerium abgerissen würden: Freie Bahn für den neuesten Städtebau! Dabei war das künftige Zentralbauwerk seiner Funktion nach vage genug bestimmt: Es sollte ein Konferenzzentrum werden. Die Ergebnisse des weltweit ausgeschriebenen und von 1105 Einsendern beschickten Wettbewerbs wurden 1994 im einstigen Staatsratsgebäude präsentiert, und das Merkwürdige geschah: Auch die Bauklasse der Akademie der Künste ist auf diese Erfüllung ihrer Wünsche und Forderungen niemals zurückgekommen. Den ersten Preis erhielt der Berliner Bernd Niebuhr mit einem Entwurf, dessen Kernstück ein Gebäude von der Position und den Ausmaßen des Schlosses war, ein oblonger Quader mit einem großen elliptischen Innenhof, der manche Betrachter an eine Stierkampfarena erinnerte. Auch der zweite Preis (für das Berliner Team Krüger, Schubert, Vandreike) und der dritte (für den Berner Rudolf Rast) sahen ein rechteckiges Gebäude vor, dessen Position und Proportion dem verschwundenen Schloss nahe kamen. Krüger, Schubert und Vandreike hatten historische Bezüge markiert, indem sie der Westfront ihres Konferenzzentrums die stülersche Kuppel aufsetzten und an der Nordost-Ecke, wo einst die alte Hofapotheke gestanden hatte, jenen Volksskammersaal herausragen ließen, in dem im August 1990 die deutsche Staatsvereinigung in der Form eines Beitritts überfallartig beschlossen worden war, nicht ohne dass ein kämpferischer Bürgerrechtler – der Theologe Wolfgang Ullmann – den Vorgang als einen Akt des Landesverrats gebrandmarkt hatte; er hielt den Zeitpunkt für verfrüht.

Erst der vierte Preis hatte einen der großen Architekten der alten Westrepublik ins Spiel gebracht, Oswald Mathias Ungers, der vorschlug, was die DDR unterlassen hatte: Er wollte den Palast als Gebäude erhalten und den großen Vorplatz allseitig-vielgestalt umbauen. Das wäre die angemessene Synthese im Namen der Moderne gewesen – die Jury verwies sie auf den aussichtslosen vierten Platz. Aber auch die drei davor platzierten Entwürfe wur-

- 4 Vgl. Internationale Expertenkommission Historische Mitte Berlin/Materialien, Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen und Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Berlin 2002, S. 110f.
- 5 Als Moderatoren vorgesehen, vindizierten sie sich volles Stimmrecht; die drei Landesvertreter wurden nach dem Berliner Regierungswechsel ausgetauscht.
- 6 Vgl. Internationale Expertenkommission Historische Mitte Berlin: Abschlußbericht, Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen und Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Berlin 2002. Der Band enthält den Auftrag, die Zusammensetzung, die Arbeitsweise und die Empfehlungen der Kommission.

den bald allgemein ad acta gelegt; damit war die noch lange danach erschallende Forderung nach einer sowohl das verschwundene Schloss wie den real existierenden Palast übergreifenden zeitgenössischen Lösung ins Imaginäre verwiesen. Das einzige Fazit des aufwendigen Wettbewerbs war die Erkenntnis, dass das künftige Zentralgebäude Lage, Grundriss und Höhenmaße des Schlüter-Eosander-Baus erneuern solle, dessen städtebauliche Position sich über zweieinhalb Jahrhunderte bewährt hatte, auch und gerade nach der Öffnung des Lustgartens durch zwei Brückenbauten des 19. Jahrhunderts. Unklar blieb, welcherart die Funktion des Neubaus sein müsse, um dessen Kosten zu rechtfertigen. Denn zum Konferenzzentrum hätte man schließlich auch den bestehenden Palast umbauen können.

Ein 1996 folgender Investoren-Wettbewerb, der *Interessenbekundungsverfahren* hieß und sich auf das zentrale Gebäude beschränkte, verlief seinerseits im Sande. Eine lange Reihe namhafter deutscher Architekten wartete mit überwiegend schlossbezüglichen Varianten auf⁴, aber eine Funktionsbestimmung, die den staatlichen Instanzen die Finanzierung hätte abnehmen können, wollte sich nicht einstellen. Entsprechende Vorschläge, bei denen Luxushotels eine besondere Rolle spielten, machten deutlich, dass kein Investor ihnen die Verantwortung für dieses Bauwerk von höchstem städtebaulichen Rang abnehmen könne.

Eine Kommission und zwei Parlamentsbeschlüsse

In dieser Situation beriefen die Regierungen des Bundes und des Landes Berlin im Jahre 2000 eine Kommission aus siebzehn Fachleuten aller Art, darunter drei Geschäftsleuten, und aus sechs Bundes- und Landespolitikern,⁵ denen es aufgegeben war, binnen eines Jahres Vorschläge für die Nutzung der vorhandenen bzw. neu zu errichtenden Gebäude des Schloss- bzw. Palastareals und für die Gestaltung der letzteren und ihres städtebaulichen Umfelds zu machen; auch die Finanzierung stand auf der Themenliste. Im Lauf von zwölf Sitzungen zwischen dem März 2001 und dem März 2002 ergaben sich präzise Vorschläge, die, eingehend kommentiert, im April 2002 den Auftraggebern und der Öffentlichkeit unterbreitet wurden.⁶ Sie zielten auf ein Bauwerk, für das die von dem Wiener Europaabgeordneten Dr. Hannes Swoboda

geleitete Kommission den Namen *Humboldt-Forum* vorschlug, mit Blick darauf, dass darin sowohl die Sammlungen der unter der Ägide Wilhelm v. Humboldts gegründeten Humboldt-Universität ihren Ort finden sollten (sie hatten ihren Ursprung einst im Naturalienkabinett des Schlosses gehabt) wie auch und vor allem die außereuropäischen Sammlungen der Berliner Museen, die den Forschungen Alexander v. Humboldts wesentliche Impulse verdanken; ihre Unterbringung in dem entlegenen Vorort Dahlem war aus mehreren Gründen problematisch geworden. Den dritten Nutzungsstrang sollte die Berliner Zentral- und Landesbibliothek bilden, die dringend der Erweiterung bedurfte, den vierten ein Veranstaltungsbereich, für den der bildungsschwangere Name *Agora* gefunden wurde. *Humboldt-Forum* – der Name war gut gewählt, aber auch *Leibniz*, von der Kommission ernsthaft in Betracht gezogen, wäre ein guter Namenspatron gewesen. Mit ihm wäre man, wenn nicht dem Weltgeist, so doch der Ursprungszone des Bauwerks, zu dessen Gestalt man sich bekannt hatte, ein Stück näher gewesen, namentlich Schlüter und Eosander, Friedrich I. und Sophie Charlotte, Spener und Thomasius, die um 1700 mit und neben *Leibniz* in Berlin gewirkt hatten.

Über Lage und Volumina des künftigen Forums konnte sich die Kommission relativ rasch einigen; beides, einschließlich der beiden Höfe, sollte dem früheren Stadtschloss entsprechen. Lebhafte Diskussionen entspannen sich über die Fassaden: Durfte dieser Neubau in den Maßen und auf der Stelle des Schlosses sich in der äußeren Gestaltung zu den Formfindungen Schlüters und Eosanders bekennen? Was dagegen sprach, hielt näherer Betrachtung nicht stand; deren Argumente, an anderer Stelle, auch in den Begründungen der Kommission, eingehend dargelegt,⁷ sollen hier nur ganz summarisch umrissen werden.

Das häufig vorgetragene Postulat, es sei unzulässig, alte Architekturen nach den erhaltenen Vorlagen und Fragmenten äußerlich getreu, im Innern variativ zu wiederholen (der Begriff der *Iteration*, Wiederholung, scheint auf diesem Feld fruchtbarer als derjenige der Replik oder Duplik; polemische Formulierungen wie *fake*, also Fälschung, widerlegen sich selbst), hat kein tragfähiges ästhetisches oder historisches Fundament. Ähnlich wie es in der Musik ein Repertoire gibt, das auf der Möglichkeit beruht, wertvolle alte

7 Vgl. auch Friedrich Dieckmann: *Schloß, Palast, Humboldt-Forum*. Anmerkungen zu einem Votum, in: Hannes Swoboda (Hg.): *Der Schloßplatz in Berlin. Bilanz einer Debatte*, Berlin 2002, S. 89–96. Siehe auch Friedrich Dieckmann: *Der Bär und das Tor oder Die symbolische Stadt*, in: Ulrich Eckhardt (Hg.), *Berlin Kultur(haupt)stadt*, Berlin 2003, S. 53–68; *Kann man Städte heilen?*, in: *Merkur* Nr. 624, April 2001, S. 281–293 und: *Bauen in zerstörten Städten*, in: *Merkur* Nr. 718, März 2009, S. 202–209.

- 8 Vgl. Friedrich Dieckmann: Alte Werke auf neuen Instrumenten spielen. Zum Begriff der Wiederaufführung in Musik und Architektur, in: kunsttexte.de (4/2010).
- 9 Die Verletzung dieser Sensibilität hat den Neubau des Gouverneurshauses am Ostende der «Linden» zum Misslingen verurteilt.

Partituren in Räumen und auf Instrumenten erklingen zu lassen, die nicht die originalen sind und sich dem ursprünglichen Klang immer nur annähern,⁸ so verkörpern die europäischen Städte in Gestalt gewachsener Ensembles aus alten, neueren und neuesten Bauwerken ein architektonisches Repertoire, das Schöpfungen vieler Zeitalter umfasst. Fallen in einem solchen Ensemble durch Brand- und Bombenzerstörung Elemente von besonderem Rang und besonderer Bedeutung aus, dann ist es nicht nur zulässig, sondern geboten, an Ort und Stelle eine qualifizierte Reproduktion anzustreben, die nur in Ausnahmefällen das Gesamt des zerstörten Gebäudes wiederherstellen können wird. Was sie vermag, ist, an der authentischen Stelle das form- und materialgetreue Bild des historischen Bauwerks zu erneuern.

Ein solches Aufbauwerk wird erleichtert, wenn von dem Original wesentliche Bruchstücke an Ort und Stelle erhalten geblieben sind, die Fassade oder, wie bei der Dresdner Frauenkirche, Bruchstücke derselben. Die Forderung, dass es beim Wiederaufbau hinter der erneuerten Fassade genauso aussehen müsse wie vor der Zerstörung, ist rein prohibitiv; sie hätte, befolgt, jene Tabula rasa bewirkt, die, als Ort vergessenmachender Neubauten, das eigentliche Ziel der Opponenten solcher pragmatischer Wiederherstellungen ist. Sie wurde im Zentrum Berlins, beiderseits der «Linden», dadurch vermieden, dass hinter den wiederaufgebauten Fassaden mit neuen Funktionen neue bauliche Strukturen Raum griffen. Von daher waren alle diese Erneuerungen einer geschichtlich beglaubigten Architektur zugleich Schöpfungen einer Gegenwart, die, wenn sie achtsam operierte, im Innern Rücksicht auf die axialen Symmetrieverhältnisse nahm.⁹ Nur bei einigen wichtigen Kirchenbauten (ein Hauptbeispiel bietet die Dresdner Frauenkirche) konnte beim Wiederaufbau von der Voraussetzung eines funktionsgerecht veränderten Innern Abstand genommen werden; im Innern von Berlins Altem Museum verband sich die Wiederherstellung *eines* exemplarischen Raums mit der Neu-disposition aller übrigen.

Und wenn am authentischen Ort *keine* Bruchstücke des Originals mehr vorhanden sind, sondern nur an verstreuten anderen Plätzen? Diese Situation hatte sich bei dem Prinzessinnen-Palais östlich der wiederaufgebauten Staatsoper ergeben; ein Neubau

sollte an dieser Stelle die Formsprache der Gegenwart zur Geltung bringen. Das Vorhaben wurde 1965 aufgegeben, die Verantwortlichen hatten begriffen: Nur eine Iteration des alten Baus konnte an dieser Stelle ästhetisch bestehen. Auch von der Schinkelschen Bauakademie, deren Ruinenabriss zugunsten des DDR-Außenministeriums ein wirkliches Architekturverbrechen war, war an Ort und Stelle nichts übriggeblieben; dennoch ist die Intention, sie unter Einbeziehung erhaltener Teile neu zu errichten, kaum je auf den Einspruch jener Ästhetiker gestoßen, die an dem geplanten Humboldt-Forum keine barocken Elemente dulden wollten. Ihr Einwand gründete in einem politisch-historischen Vorbehalt, der die ästhetische Argumentation als vorwändig erwies; beide sind schwach gegründet. Man legt die verwichene Funktion des zu erneuernden Bauwerks dessen ästhetischer Gestalt zur Last und verwirft in der Erhabenheit des eigenen Fortschrittsdenkens mit jener auch diese. So geschah es in Kreisen der sächsischen Landeskirche bei dem Projekt des Wiederaufbaus der Dresdner Frauenkirche; man fürchtete, mit einer solchen Wiederherstellung den Geist der alten lutherischen Staatskirche wiederzuerwecken, von dem man sich mit Grund losgesagt hatte – das Bauwerk als magische Flasche, aus deren entkorktem Hals böse Geister über den leichtsinnigen Öffner kommen könnten.

Der ängstliche Puritanismus solcher Blickweisen vollzog einen Kurzschluss zwischen Zweck und Form, der, ohne Gefühl für den Transzendenzcharakter der Letzteren, für banausisch gelten kann; dem Vandalismus der Bomben attachierte sich der Vandalismus der Blicklosigkeit. Die Bauwerke, in denen Gottfried Semper, dem großen Architekten des 19. Jahrhunderts, eine unbedingte Identität von Zweck, Gesinnung und Form gelang, waren seine vergänglichsten, es waren Barrikaden, die unter seiner Leitung zur Verteidigung der Reichsverfassung aus Dresdens Boden gewachsen waren. Bei seinen andern Bauwerken, einem Museum und einem Theater, überstieg das Ingenium des Architekten die ihm aufgegebenen Nutzungen, indem es deren Anforderungen erfüllte; darum wandte sich ihnen die Liebe der Stadtbewohner in einer Weise zu, die die Zerstörung überwand und die Wiederaufrichtung ermöglichte. Wer denkt angesichts des Dresdner Zwingers noch an die Bestimmung feudalabsolutistischer Festrepräsentation, der

10 Weder die Kuppel des 19. Jahrhunderts noch das die Ostseite des Schlosses einnehmende vorbarocke Ensemble waren in die Empfehlung der Kommission einbegriffen. Dem Vorschlag, dem künftigen Bauwerk an dieser Seite die Spree-Fassade des DDR-Palastes zu integrieren, fehlte in der Kommission eine Stimme zur Verabschiedung.

das exorbitante Bauwerk seine Entstehung verdankte? Einer seiner Hauptbestandteile, der Wallpavillon, fiel den Bomben des Februar 1945 vollständig zum Opfer. Hätte man, den Puristen der Gegenwartigkeit zuliebe, ein Glashaus aus dem Geist der Moderne an seine Stelle setzen sollen?

Die Gedankenschienen, auf denen die Opposition gegen ein mit den barocken Fassaden umkleidetes Humboldt-Forum sich bewegt, führen ins Leere. In jener Kommission, deren mehrheitlich verabschiedete Vorschläge in den Jahren 2002 und 2003 von zwei fraktionsoffenen Bundestagsbeschlüssen mit großer Mehrheit aufgenommen und zur Realisierung bestimmt wurden, setzte sich die Einsicht in den überragenden künstlerischen Rang der Schlüterschen und Eosanderschen Schlossfassaden in Verbindung mit der Erwägung durch, dass es, wenn man Grundriss, Volumina und Standort des barocken Mehrzweckbaus erneuere, einer Fälschung, tatsächlich einem *Fake* gleichkäme, ihm die Fassaden vorzuenthalten.¹⁰ Der nördlichen von ihnen, dem Lustgarten und dem Alten Museum zugewandt, kommt eine besondere Bedeutung zu, insofern der Schrägblick auf diese Front die Perspektive ist, aus der man von Westen her, von der Avenue Unter den Linden, auf das Bauwerk blickt. Das marmorn umfasste Altgold des breit hingelagerten DDR-Palastes bot zu diesem Anblick eine relevante Alternative; sie war nur durch die Wiederherstellung der Schlüter-Eosander-Fassade zu überbieten. So wie der Abriss jenes Großen Saals im Innern des DDR-Palastes, der nicht nur technisch singulären Ranges war, nur durch *eine* Alternative zu rechtefertigen war: die Wiederherstellung des schlüterschen Innenhofs, der sich genau an dieser Stelle befunden hatte.

Im Jahre 2008 hat ein von 84 Teilnehmern beschickter Realisierungswettbewerb die durch den Bundestag beschlossenen Vorgaben für das künftige Humboldt-Forum in ein architektonisches Projekt überführt, an dessen Detailausführung nicht nur der über-raschende Sieger, Franco Stella aus Vicenza, arbeitet, sondern unter seiner Direktion auch zwei bedeutende deutsche Architekturbüros, die im Wettbewerb keine vorderen Plätze belegt hatten. Wie mag es unter Berlins Architekten zugegangen sein, als Friedrich I. den Schlossbau in die Hand des eingewanderten Danzigers legte? Über das bauliche Ergebnis fand ein Kollege hundert Jahre

später Worte, denen wir trauen können. «Von eigentlich klassischen Gebäuden, die in ihrer ganzen Idee etwas wirklich Eigentümliches und vorzüglich Großartiges haben», schrieb Karl Friedrich Schinkel 1817 in einem Gutachten, ehe er selbst hier ein Theater und ein Museum baute, «besitzt Berlin nur zwei: das Königliche Schloß und das Zeughaus. Den Kunstwert beider verdanken wir Schlüter; sie stehen zugleich als Monumente der Kunst da und werden immer wichtiger, je weniger die Zeit imstande sein wird, sich auf so große und vollkommene neue Werke einzulassen, und zugleich wird von dieser Seite die Pflicht um so dringender, die geerbten Schätze in ihrer ganzen Herrlichkeit zu erhalten. Selbst in den ungünstigsten Zeiten sind die hierauf zu verwendenden Mittel nie als eine überflüssige Verschwendung anzusehen, weil der zwar nur indirekte Nutzen, welcher daraus erwächst, zu allgemein und groß ist.» Wo die Erhaltung durchkreuzt wurde, tritt Erneuerung, *renovatio*, an ihre Stelle.

Doch es gilt festzuhalten: In Berlin baut das vereinigte Deutschland kein neues Schloss, sondern das Humboldt-Forum, ein Museum der Weltkultur, in dem gewiss auch die preußische Geschichte und die der DDR in all ihren Ambivalenzen einen Ort der Veranschaulichung finden werden. Fertiggestellt und den Nutzern, uns allen, freigegeben, wird es als der Palast der vereinigten Republik dastehen und an sich selbst das Vereinigungsdenkmal sein, das verblendete Planer sich an der Stelle denken, wo einst Wilhelm II. seinem kaiserlichen Großvater ein Monument der Verkennung errichtete. Keine Schaukelschale, aber ein Bau, der sich die Welt ins Innere holt und zugleich ein bauliches Erbe erneuert, das der Weltkultur angehört, wird sich als dieses Denkmal beglaubigen.

Der preußische Militärstaat und seine Feinde

1 Marie-Louise Plessen u. Daniel Spoerri: *Le Musée Sentimental de Prusse*, Berlin 1981, S. 7, 188, 190, 274.

I. Ruhe nach dem Sturm

Es ist ruhig geworden um Preußen. Vorbei sind die Jahre, in denen gestritten und gekämpft wurde, mit harten Bandagen. In den Siebzigern und frühen Achtzigern des vergangenen Jahrhunderts waren Preußen-Freunde und Preußen-Kritiker rechts und links der Elbe noch mit Wucht aufeinandergetroffen. Die DDR, ursprünglich ganz im Lager der Kritik, begann jedoch vorsichtig, sich auf die guten Seiten Preußens zu besinnen: Ihre Historiker entdeckten die «fortschrittlichen» Anteile friderizianischer Rechts- und Wirtschaftspolitik, die Nationale Volksarmee erhob die preußischen Heeresreformer Scharnhorst und Gneisenau zu ihren Ahnherren, und Erich Honecker ordnete 1980 an, das berühmte, 1950 nach Potsdam exilierte Reiterstandbild Friedrichs II. an seinen gewohnten Platz Unter den Linden zurückzubringen.

Zur gleichen Zeit arbeitete man im Westen Berlins unter Hochtouren an der großen Preußenausstellung, die 1981 ihre Tore öffnete und viel Publikum anzog. Ihre Kuratoren wussten um den politischen Eiertanz, der ihnen abverlangt wurde. Die linke und linksliberale Intelligenz warnte davor, das kantig-kritische Preußenbild weichzuzeichnen, und fürchtete die apologetisch-nostalgische Wiederbelebung des «preußischen Geistes» in Gesellschaft und Politik. In konservativen Kreisen dagegen erinnerte man sich gern und mit Vorliebe an altbewährte preußische «Tugenden» und an die großen Leistungen jenes Geistes in Kultur und Wissenschaft. Beide Lager sollten sich in der Ausstellung wiederfinden und Licht- und Schattenseiten Preußens aufeinander beziehen. Das gelang erstaunlich gut; die erregten Diskussionen, die der Ankündigung des Projekts gefolgt waren, ebten ab. Skeptiker, die einen «Obrigkeitsstaat im Goldrähmchen» (Hans-Ulrich Wehler) erwartet hatten, sahen sich nicht bestätigt; umgekehrt ließ selbst das *Musée sentimental de Prusse* keinen Zweifel daran, dass zu seinen «emotional aufgeladenen» Schaustücken nicht nur das Reisenecessaire Felix Mendelssohn Bartholdys gehörte, sondern auch antisemitische Karikaturen und Hetzschriften berühmter Geschichtswissenschaftler.¹

Dass Preußen ein vielschichtiges «Phänomen» war, «kontrovers, schillernd und emotionsträchtig», wie es 1981 im offiziellen Ausstellungskatalog hieß, war damit in der breiten Öffentlichkeit und

in der politischen Klasse der Bundesrepublik angekommen. Sozial- und Christdemokraten gleichermaßen lernten, mit dieser Vielschichtigkeit umzugehen. 1977, als der Sozialdemokrat Dietrich Stobbe zum Regierenden Bürgermeister von Berlin gewählt wurde, protegierte er, überzeugt von der «Aktualität» des preußischen «Erbes», das Projekt, die «Spuren Preußens im Positiven wie im Negativen» zu verfolgen sowie «Größe und Elend» jenes Staates erfahrbar zu machen. Vier Jahre später war es an Stobbes Amtsnachfolger Richard von Weizsäcker, als Christdemokrat darauf hinzuweisen, «wie sehr Gegenwart auf den Fundamenten der Vergangenheit ruht, im Guten wie im Bösen». Dem «geschichtlichen Phänomen Preußen» könne man, so Weizsäcker, weder durch «unkritische Abneigung» noch durch «emotionale Verherrlichung» beikommen. «Kritische Distanz» tue not – und sei, eine Generation nach Preußens Verschwinden von der Bildfläche, nunmehr auch möglich.²

Dabei ist es geblieben. Auch die deutsche Wiedervereinigung hat die Auseinandersetzung mit Preußen nicht mehr aus dem damals gefundenen Lot gebracht. Während manche Facetten einhellige Kritik hervorrufen – dazu gehört allen voran der preußische «Militarismus», verbunden mit autoritär-obrigkeitsstaatlichen Strukturen und der Orientierung an territorialer Machterweiterung –, werden andere sehr viel milder beurteilt. Überaus entspannt konnte 2006 der sozialdemokratische Ministerpräsident des Landes Brandenburg eine Rückbesinnung auf «preußische Tugenden» fordern; sein saarländischer Parteifreund hatte sie 1982 noch als «sekundär» abgestraft und hinzugesetzt, mit ihnen könne man auch ein KZ betreiben (womit er, vermutlich unwissentlich, Hannah Arendts Überlegungen zum Eichmann-Prozess zitierte). Selbst über die Grenzen des ehemaligen Preußen hinaus sind jene sprichwörtlichen Tugenden inzwischen zustimmungsfähig geworden. In ihrer Geburtstagsrede auf den scheidenden CSU-Vorsitzenden und bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber schreckte Kanzlerin Angela Merkel 2007 nicht davor zurück, sie dem bekennenden Urbayern zu attestieren – ohne dass es zu einem Aufschrei der Parteibasis kam.

² Preußen. Versuch einer Bilanz. Ausstellungsführer, hg. v. Gottfried Korff, Bd. 1, Reinbek 1981, Zitate S. 5, 19 f., 23.

II. Der antipreußische Affekt

Das ist umso bemerkenswerter, als gerade Bayern ihre ebenfalls sprichwörtliche Aversion gegen Preußen und alles Preußische bis heute liebevoll kultivieren. Nirgendwo sonst stößt man so unvermindert auf antipreußische Affekte wie im süddeutschen Freistaat. Wer im Münchner Hauptstaatsarchiv darauf hinweist, dass die Öffnungszeiten im Berliner Bundesarchiv (das die preußischen und die Reichsakten verwahrt) benutzerfreundlicher seien, erntet ein indigniertes «Ja mei, die Preiß'n». Wer sich dann, in der huldvoll gewährten knappen Zeit, in bayerische Akten aus dem 19. und 20. Jahrhundert versenkt, stößt allüberall auf historische Zeugnisse dieser Antipathie.

Am 28.11.1918 ging bei den Münchener Neuesten Nachrichten ein anonymes Schreiben ein. «Die Mehrheit des Volkes», hieß es darin, «ist nicht *gegen* den Abfall von Preussen sondern bereit zu jeder Rache an diesem Dreckbubenstaat, der über uns Bayern das ganze grosse Unglück gebracht hat. Und wenn wir Preussen im entscheidenden Moment im Stiche lassen, so ist das nur die geringste Genugtuung, die wir uns in Bayern vorläufig verschaffen können. Im Gegenteil: Die Mehrheit des Volkes, nein, das ganze bayerische Volk würde mit Begeisterung noch einmal die Waffen schwingen, wenn es sich Rache an Preussen nehmen dürfte.»

An den neuen Ministerpräsidenten Kurt Eisner richtete sich der Tierarzt August Schuster, ursprünglich aus München, jetzt im (noch preußischen) Posen: «Die Führung Preußens im Reiche ist die Ursache, dass auch Süddeutschland heute die Folgen des verlorenen Krieges zu tragen hat. Soll Bayern für die Zukunft wiederum der unheilvollen Führung des preußischen Volkes ausgeliefert werden? Eines Volkes, dessen Gedankengänge sich heute noch in den Zeiten Friedrichs des Großen bewegen, dessen verhängnisvolle Einseitigkeit und Rückständigkeit ihm niemals erlauben werden den Geist der neuen Zeit und ihre Bedürfnisse voll zu erfassen.»

Im Oktober 1921 wandte sich der stramm rechts aufgestellte Journalist Karl Graf von Bothmer an Generalmajor Franz Ritter von Epp, dessen berühmt-berüchtigtes Freikorps 1919 Eisners Räte-republik und 1920 die sozialdemokratische Regierung Hoffmann

zu Fall gebracht hatte. Bothmer war bekannt dafür, dass er sich vehement für die Wiederherstellung der bayerischen Monarchie und für die (damals von Frankreich forcierte) Loslösung Bayerns vom Reich aussprach. Als Grund nannte er den verderblichen Einfluss Preußens, das er als «Land der klassischen Unfähigkeit, Menschen zu behandeln», bezeichnete. Über Ludendorff schrieb er: «Er ist der typische Preusse, für den das Gefühl von Macht, auch von eingebildeter Macht, alles ist.»³

In diesen Briefen aus den turbulenten Nachkriegsjahren finden sich fast alle Argumente aufgereiht, die gegen «die Preußen» in Anschlag gebracht wurden: Sie seien machthungrig, dominant und ohne Respekt für die Interessen anderer (hier: der Bayern), sie hielten starr an ihren auf Friedrich II. zurückgehenden «einseitigen» Traditionen und Grundsätzen fest, und sie seien an allem schuld, besonders an der Kriegsniederlage. Im Gegenzug fühlten sich die Bayern als ohnmächtige und missachtete Opfer preußischer Herrschaft – und schworen Rache. Das Gefühl der Ohnmacht und Erniedrigung hat eine lange Tradition, die in die 1860er Jahre zurückreicht, möglicherweise sogar noch weiter. Schon zu Zeiten des Heiligen Römischen Reichs Deutscher Nation war Bayern immer der an Territorium und Bevölkerung kleinere Staat gewesen. Selbst der enorme Zugewinn von Napoleons Gnaden hatte die Größenverhältnisse nicht grundlegend verändert, zumal Preußen in den Jahrzehnten friderizianischer Expansionspolitik ebenfalls deutlich zugelegt hatte.

Zu einer direkten militärischen Konfrontation zwischen Preußen und den südlichen und südwestlichen deutschen Staaten (die diesmal auf der Seite Österreichs standen) kam es dann 1866. Die preußischen Truppen siegten, und dieser Sieg hinterließ bei den Besiegten Angst, Misstrauen und Ressentiments. Obwohl die Berliner Regierung unter ihrem Ministerpräsidenten Bismarck alles tat, solche negativen Gefühle durch eine großzügige Friedensregelung zu besänftigen, saß der Stachel der Niederlage tief. In der bayerischen Bevölkerung machten sich Gerüchte breit, wonach das einheimische Militär fortan «dem Könige von Preußen schwören» und «in kürzester Zeit alles lutherisch werden» müsse.

Hinter der Angst vor «Verpreußung» stand nicht nur die Identi-

³ Beispiele eins und zwei aus BayHStA München, Abt. II, MA 102378, Beispiele drei aus ebd., MA 102385.

fikation mit der Wittelsbacher Dynastie, mit eigener Mundart und Tradition, sondern auch und sehr konkret die erbitterte Auseinandersetzung um die Militärverfassung, die nach 1866 in den Länderparlamenten und Zeitungen geführt wurde. Während sich die Militärbehörden der süddeutschen Staaten dezidiert für eine Übernahme des siegreichen preußischen Modells aussprachen, regte sich in der Zivilgesellschaft Widerstand. Worum ging es, was entfachte den Streit?

III. Bürgerliche Soldaten oder soldatische Bürger

Die militärische Differenz zwischen Preußen und den Staaten des sogenannten «Dritten Deutschland» (das «zweite» war Österreich) geht auf den Beginn des 19. Jahrhunderts zurück. Unter dem Eindruck der verheerenden Niederlage gegen Napoleon hatten preußische Militärreformer wie Scharnhorst und Gneisenau, gegen den massiven Widerstand des Königs und der meisten Offiziere, eine grundlegende Umbildung der Militärverfassung in Angriff genommen. Ihr Kernstück war die allgemeine Wehrpflicht für Männer. Nicht nur im Krieg, sondern auch in Friedenszeiten musste fortan jeder junge, gesunde Mann im Heer dienen und sich zum Soldaten ausbilden lassen. Das galt selbst für diejenigen, die bisher niemals eine Kaserne von innen gesehen hatten: die Sprösslinge bürgerlicher Familien, angehende Beamte, Kaufleute, Unternehmer. Sie genossen zwar einige Privilegien (wie den einjährigen anstelle des zwei- oder dreijährigen Dienstes), mussten dafür aber ihre Ausrüstung und Verpflegung selbst finanzieren. Als Lohn winkte die Beförderung zum Unteroffizier, womöglich sogar zum Landwehr- oder Reserveoffizier.

Wie stark gerade bürgerliche Schichten gegen den neuen Militärzwang revoltierten, erlebten die preußischen Behörden schon Anfang 1813, als der König zum Waffengang gegen Napoleon trommelte. Die Bitten um Exemption füllten Waschkörbe. Stadtverordnete ersuchten darum, junge Bürgersöhne wie gewohnt freizustellen, damit sie ihre handwerkliche, kaufmännische oder wissenschaftliche Ausbildung abschließen könnten. Eine Unterbrechung ihrer «Carriere» durch den Kriegsdienst würde sie zu «völlig unbrauchbaren Staatsbürgern» machen und Handel und Gewerbe auf Dauer «zerrütten».

Trotz dieser geballten Kritik hielten die Reformer an ihrem Konzept fest und setzten es gegen alle Widerstände durch. Denn auch das militärische Establishment war, wie gesagt, alles andere als *amused*. Anstatt alle zwei bis drei Jahre, je nach Länge der Wehrpflicht, neue Rekruten ausbilden zu müssen, hätten Offiziere lieber mit sogenannten «Einstehern» gearbeitet. Sie taten in den süddeutschen Armeen Dienst, wurden von den eigentlich Wehrpflichtigen als deren «Stellvertreter» finanziert und verpflichteten sich meistens langfristig. Nur langsam schmolzen die beiderseitigen Vorbehalte. Letztlich versöhnten die Offiziere sich mit ihrer neuen Rolle als «Lehrer» des ganzen (männlichen) Volkes und lernten den Einfluss schätzen, den sie damit auf die «Erziehung der Nation» gewannen. Umgekehrt gewöhnten sich bürgerliche Familien daran, ihre Söhne dienen zu lassen. Die Landwehr, der zivile Arm der preußischen Militärorganisation, wurde später geradezu zum politischen Lieblingskind liberaler Bürger. Sie erschien ihnen als «glorreichste und glücklichste Einrichtung» Preußens, als Ergebnis einer «vertrauensvollen Hinwendung zum Volke, zu seiner freien Stimme und Mitwirkung». Hier gingen, so tönte 1839 Carl Welcker, badischer Parlamentarier und Mitherausgeber des einflussreichen Staats-Lexikons, «Heer und Volk» eine «organische Verbindung und Wechselwirkung» ein: Während das Heer an «moralischer Kraft» und militärischer Effizienz gewinne, fühle sich das Volk «gehoben», männlich gestärkt und in seinem «vaterländischen Sinn» bestätigt.⁴

In dieser Eloge spiegelt sich die Ideologie des frühen Liberalismus, der die Aversion gegen «stehende Heere» mit der Vision einer Fundamentalmilitarisierung verband. Aus heutiger Sicht mag es schwer verständlich sein, dass alle Petitionen, die 1848 die erste Revolutionsphase in Deutschland einleiteten, die Forderung nach «allgemeiner Volksbewaffnung» enthielten. Liberale und Demokraten gleichermaßen wollten das stehende oder Linienmilitär auflösen und es, nach schweizerischem und US-amerikanischem Vorbild, durch eine Milizorganisation ersetzen. Dahinter verbarg sich eine enorme Hochschätzung des Militärischen, das fest in den bürgerlichen Selbstentwurf eingelassen war.

Vielen Zeitgenossen erschien die preußische Landwehr als der Prototyp einer bürgernahen «Volkswehr». Hier konnten Bürger

4 Staats-Lexikon, Bd. 7, Altona 1839, S. 589–607.

- 5 Stellungnahmen württembergischer Kommandeure und Offiziere von 1866, aus: HStA Stuttgart, E 286, Nr. 33; E 271 c, Nr. 1453.
- 6 Ute Frevert: Die kasernierte Nation. Militärdienst und Zivilgesellschaft in Deutschland, München 2001, S. 189, 202–204.

das militärische Handwerk lernen, ohne ihren zivilen Beruf ad acta zu legen. Geführt wurden sie von anderen Bürgern, die den Offiziersberuf ihrerseits lediglich als Nebenbeschäftigung ausübten und hauptamtlich Beamte, Ärzte, Kaufleute oder Unternehmer waren. Eine solche Symbiose von Zivilem und Militärischem, bei dem das Erstere aber die Oberhand behielt, lag ganz auf der Linie liberaler und demokratischer Vorstellungen, in Preußen nicht anders als in den übrigen deutschen Staaten. Sie inspirierte Turn- und Schützenvereine ebenso wie die zahlreichen «Bürgerwehren», «Jugendwehren» und «Wehrvereine», die sich in den 1850er und 1860er Jahren vor allem in Süddeutschland bildeten.

Als sich die preußische Regierung anschickte, das eigenständige Landwehrmodell durch eine Reservearmee mit Soldaten und Offizieren zu ersetzen, die sämtlich zuvor in der Linie gedient hatten, regte sich erbitterter Widerstand, der erst durch die gewonnenen Kriege der 1860er Jahre gebrochen wurde. Zugleich formierte sich im besiegten Süddeutschland der Protest gegen die drohende Übernahme der «auf Linie» gebrachten preußischen Militärverfassung. Angestoßen wurde die Debatte von dem erklärten Wunsch hoher Offiziere und Militäradministratoren, aus den Erfolgen des Gegners zu lernen. Nicht das Zündnadelgewehr allein sei es gewesen, das «den Preußen den Sieg verschaffte, sondern ihre vortreffliche militärische Ausbildung, die compacte, von dem Geiste der Pflicht, des Ernstes und der Hingebung durchdrungene Organisation und die Intelligenz, welche alle Reihen des Heeres durchweht». Eine solche Ausbildung sei nur in der Linie möglich.⁵

Diese Meinung erntete in der milizfreundlichen liberalen und demokratischen Öffentlichkeit keine Gegenliebe. Selbst Politiker, die dem Milizkonzept skeptisch gegenüberstanden, warnten vor einer «weiteren Verpreußung des Geistes in unserer Armee». Gemeint war damit, wie der württembergische Liberale Moritz Mohl 1868 präziserte, «der Geist des Militärs gegenüber dem Civil, wie er in Preußen stattfindet». Die Hochachtung vor soldatischer Effizienz ging nicht so weit, dass man den Bürger über dem Soldaten vergaß und den militärischen «Kastengeist» akzeptierte.⁶

IV. Preußen als *grande caserna*

Auch außerhalb Deutschlands wurde die Entwicklung Preußens vor und insbesondere nach der Reichsgründung aufmerksam beobachtet. In Italien, das den preußischen Sieg über Österreich 1866 aus naheliegenden Gründen begeistert begrüßt hatte, kühlte der Enthusiasmus nach 1871 rasch ab, und die Distanz zu Preußen als «grande caserna» wuchs.⁷ In Frankreich, das Preußen 1870 den Krieg erklärt hatte und anschließend von einer preußisch-deutschen Streitmacht besiegt wurde, war das Ressentiment mit Händen zu greifen. Selbst große, um «Unparteilichkeit» bemühte Konversationslexika ließen durchschimmern, wie schwer man die Niederlage und den Verlust Elsass-Lothringens verkraftete. Preußen wurde, beginnend mit dem 17. Jahrhundert, als kriegslüsterner Staat und Feind Frankreichs hingestellt; Friedrich II. galt als «Geißel der Menschheit», der das preußische Territorium durch «List oder Gewalt» vergrößert und Millionen von Menschen unter die preußische Knute gezwungen habe. Dass Napoleon die preußische Monarchie nicht zerschlagen habe, sei, wie er selber bekannte, sein größter Fehler gewesen. Als Besatzer im ehemaligen Polen und in Frankreich schreckte die preußische Armee und Verwaltung vor keinen Schandtaten zurück: Sie plünderte, konfiszierte, verschleppte junge Frauen und germanisierte nach Herzenslust und mit Gewalt.⁸

Neunzig Jahre früher hatte das noch ganz anders geklungen. In seiner berühmten *Encyclopédie* verfasste Denis Diderot 1765 unter dem Lemma «Prusse» eine Ode auf Friedrich II. Er habe die sparsame und konsequente Aufbauarbeit seines strengen Vaters genutzt, um seinen Geist zu bilden und seine außergewöhnlichen Talente zu vervollkommen. Unsterblichkeit habe er sich durch seine Gesetzgebung, die Gründung der Berliner Akademie und die Förderung von Kunst und Wissenschaft erworben. Aber er sei auch Verteidiger, General und Ökonom der Nation gewesen und damit ein «Wunder des 18. Jahrhunderts». Unermüdlich habe er an der Spitze seiner Armee gestanden und allen Widrigkeiten standgehalten.⁹

Auch in Großbritannien herrschte damals eine veritable Friedrich-Begeisterung. Vor allem seine Siege im Siebenjährigen Krieg, in dem beide Länder verbündet waren, brachten ihm Respekt und

- 7 Angelo Ara u. Rudolf Lill (Hg.): *Immagini a confronto: Italia e Germania dal 1830 all'unificazione nazionale*, Bologna 1991, S. 239–277; Carlo de Cesare: *La Germania moderna*, 2. Aufl., Rom 1874, v.a. Kap. XX; Klaus Heitmann: *Das italienische Deutschlandbild in seiner Geschichte*, Bd. 2, Heidelberg 2008, Kap. X. Noch Benedetto Croce kontrastierte 1932 das liberale Italien mit einem kaiserlichen Deutschland, in dem es der «preußische oder Potsdamer Geist» zu «absoluter Vorherrschaft» gebracht habe (B. Croce: *Geschichte Europas im 19. Jahrhundert*, Frankfurt 1993, S. 242).
- 8 *Grand dictionnaire universel du XIXe siècle*, hg. v. Pierre Larousse, Bd. 13, Paris 1875, S. 345–351: Artikel «Prusse»; Bd. 16 Suppl., 1877, S. 96–99: Artikel «Allemagne». Vgl. auch Klaus Rudolf Wenger: *Preußen in der öffentlichen Meinung Frankreichs 1815–1879*, Göttingen 1979.
- 9 *Encyclopédie, ou dictionnaire raisonné des sciences, des arts et des métiers*, Bd. 13, Paris 1765, S. 532 f.

- 10 Manfred Schlenke: England und das friderizianische Preußen 1740-1763, Freiburg 1963, S. 237, 242 f.
- 11 Artikel «Prussia» in Encyclopaedia Britannica, 4. Aufl., Bd. 17, 1810, S. 471-487; 8. Aufl., Bd. 18, 1859, S. 646-675; 11. Aufl., Bd. 22, 1911, S. 518-528.

Bewunderung ein. Als Verteidiger des Protestantismus und der Freiheit gegen die dunklen Mächte des Papismus (das katholische Frankreich und Österreich) erfreute sich der preußische König ungeteilter Zuneigung. Man besang seine Heldentaten in Gedichten und Liedern, auf Münzen und Medaillons. Pfarrer beteten für seinen militärischen Erfolg, Porzellanmanufakturen verzierten ihr Geschirr mit seinem Konterfei, und Wirtshäuser ließen seinen markanten Kopf auf ihre Schilder pinseln. Diese Tradition wirkte bis weit ins 19. Jahrhundert hinein. 1842 notierte Thomas Macaulay, ein scharfer Kritiker Friedrichs, dass in *old-fashioned inns* noch immer zwanzig Friedrich-Porträts auf eines von George II. kämen. Selbst nach dem Zweiten Weltkrieg gab es Pubs, die sich *Old King of Prussia* nannten.¹⁰

Die herrschende Meinung allerdings hatte sich inzwischen geändert. Schon bei Macaulay war Friedrichs militärische Eroberungspolitik schlecht weggekommen, wohingegen ihm die *Encyclopaedia Britannica* in ihren Ausgaben von 1810 und 1859 noch Bewunderung zollte. Auch die preußischen Militärreformen erschienen dort in einem positiven Licht; sie hätten, hieß es 1859, Preußen in einen der mächtigsten militärischen Staaten der Welt verwandelt, aber nur «for defensive purposes». 1911 las sich das völlig anders: Jetzt war Friedrich II. jener Despot, der Preußen zu unverhältnismäßig hohem Einfluss in Europa verholfen habe. Unter seinen Nachfolgern habe sich das autoritäre Regiment ungebrochen fortgesetzt, ohne Rücksicht auf den Willen des Volkes und mit dem preußischen König als oberstem «war lord».¹¹

In diesem sowohl in Frankreich als auch in Großbritannien beobachtbaren Stimmungswechsel spiegelten sich die neuen Konfliktlinien des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts. Die Gründung des Kaiserreichs hatte die europäischen Mächteverhältnisse fundamental verschoben. Was auf dem Wiener Kongress noch erfolgreich vereitelt werden konnte, war jetzt Realität: ein großes, von Preußen geführtes Deutschland in der Mitte Europas. Frankreich hatte diese Entwicklung am meisten gefürchtet und ihre Folgen zuerst zu spüren bekommen. Seit den 1860er Jahren war Preußen hier der Buhmann gewesen, vor dem die eigenen Schwächen und Versäumnisse kleingeredet wurden. Die Niederlage von 1870, der Bürgerkrieg von 1871 und der dauerhafte Verlust Elsass-

Lothringens hinterließen tiefe Spuren, die man zum einen durch eine aggressive Anti-Preußen-Rhetorik übertünchte, zum anderen aber auch für den Versuch nutzte, vom Feind zu lernen und seine Stärken, gerade auf militärischem Gebiet, zu imitieren.¹²

Großbritannien, Bündnispartner Preußens im Siebenjährigen Krieg ebenso wie in den antinapoleonischen Feldzügen, sah sich seit den späten 1880er Jahren zunehmend von der neuen kontinentalen Großmacht herausgefordert. Die deutsche Kolonial- und Flottenpolitik tangierte britische Interessen massiv. Bismarcks Versicherung, Deutschland sei mit und nach der Reichsgründung am Ziel seiner Wünsche angelangt, hatte unter dem jungen Kaiser Wilhelm II. ihre Glaubwürdigkeit verloren. Ungeschickte diplomatische Manöver nährten auf der Insel die Wahrnehmung, mit einem explosiven Gemisch aus könig-kaiserlichen Machtambitionen und rabiatem Basisnationalismus konfrontiert zu sein. Bestätigung erfuhr diese Sichtweise durch die offensiv formulierte Neigung jüngerer Wilhelminer, über Bismarcks Errungenschaften hinauszugehen und «Weltpolitik» (Max Weber) zu treiben. Auf britischer Seite korrespondierte dieses Verlangen mit einem weit verbreiteten Gefühl, den Zenit der eigenen Geschichte überschritten zu haben. Die Niederlage britischer Truppen im sudanesischen Khartum und der lange, verlustreiche Burenkrieg hatten ernste Zweifel an der militärischen *national efficiency* geweckt; zudem ließ der rasante wirtschaftliche Aufstieg Deutschlands (und der USA) das Land, das jahrzehntlang als *workshop of the world* gegolten hatte und immer noch ihr Finanzzentrum war, um seine ökonomische und politische Vormachtstellung bangen.¹³

12 Allan Mitchell: *Victors and Vanquished. The German Influence on Army and Church in France after 1870*, Durham 1984.

13 Geoffrey R. Searle: *The Quest for National Efficiency: A Study in British Politics and Political Thought, 1899-1914*, Dublin 1990.

V. Der *German-Prussian Character* nach 1914

Als die europäischen Konflikte und Rivalitäten 1914 eskalierten, erklärte man in Großbritannien nicht nur Deutschland, sondern vor allem Preußen den propagandistischen Krieg. Professoren, Schriftsteller und Journalisten erkundeten den *German character* und verorteten ihn in Preußen. Der Druck des preußischen Staates habe, so die einhellige Meinung, den Habitus und die Denkungsart des gesamten deutschen Volkes beeinflusst. Allen voran sei es die militärische Tradition Friedrichs II., die weiterwirke und Preußen instand gesetzt habe, Deutschland zu unterwerfen, zu «prus-

- 14 Ramsay Muir: *Britain's Case Against Germany: An Examination of the Historical Background of the German Action in 1914*, Manchester 1914; William Harbutt Dawson: *What is wrong with Germany*, 2. Aufl., London 1915; Ford Madox Hueffer: *When Blood is their Argument: An Analysis of Prussian Culture*, London 1915; Edmond Holmes: *The Nemesis of Docility: A Study of German Character*, London 1916; Bernard Shaw: *What Shaw Really Wrote about the War*, hg. v. Jonathan L. Wisenthal u. Daniel O'Leary, Gainesville 2006, S. 34 («We just simply want to put an end to Potsdamnation, both at home and abroad» – womit Shaw auf die Bewunderung mancher britischer Politiker für «Potsdam» als «a very fine and enviable institution» anspielt).
- 15 Thomas Mann: *Gedanken im Kriege (1914)*, in: Ders.: *Gesammelte Werke* in 13 Bänden, Bd. 13: *Nachträge*, Frankfurt 1974, S. 527–545. Mann war 1900 nach knapp vier Monaten wegen Dienstuntauglichkeit aus dem Militär entlassen worden, was er keineswegs bedauerte.

sifizieren» und zu einer Bedrohung des Weltfriedens zu machen. Preußens eiserne Militärdisziplin sei in die innere Seele des Volkes eingewandert, und die preußischen Grundsätze nationaler Machtpolitik, wie sie Heinrich von Treitschke autoritativ zusammengefasst habe, hätten sich gegen die freiheitlich-liberalen Ideen eines Goethe, Freiherr vom Stein und Friedrich Christoph Dahlmann durchgesetzt. Der Krieg, hoffte der bekennende Pazifist George Bernard Shaw, werde zumindest dazu dienen, den Deutschen «Potsdam» ein für alle Mal abzugewöhnen.¹⁴

Der einmütigen Verdammung Preußens entsprach auf deutscher Seite eine vehemente Verteidigung des «Militarismus», in die neben vielen anderen Geistesgrößen auch der schöngeistige (und wegen eines Plattfußes militäruntaugliche) Thomas Mann einstimmt. Von Geburt kein Preuße, sondern Lübecker Bürger, sang er 1914 trotzig-euphorisch das Loblied nicht allein des preußischen, sondern des «deutschen Militarismus»: «Deutschland ist heute Friedrich der Große. Es ist sein Kampf, den wir zu Ende führen.» Militarismus sei keineswegs ein Ausdruck der Barbarei, sondern «in Wahrheit Form und Erscheinung der deutschen Moralität». Die «deutsche Seele» sei «kriegerisch aus Moralität, – nicht aus Eitelkeit und Gloiresucht oder Imperialismus» wie die französische oder britische. Sie hänge nicht am «pazifistischen Ideal der Zivilisation, denn der Friede gelte ihr als «Element der zivilen Korruption». Erst im Krieg entfalte sich «Deutschlands ganze Tugend und Schönheit»: seine «Gesittung und Ehrenhaftigkeit», seine wissenschaftliche Organisation, sein Heroismus.¹⁵

Trieb der Krieg solche wechselseitigen Vorurteile, Stereotypen und Zuschreibungen zum ebenso verletzenden wie geschmacklosen Exzess, trug er zugleich dazu bei, Preußen politisch, militärisch und gesellschaftlich völlig anders aufzustellen. Die Revolution verjagte König und Kaiser, der Versailler Vertrag schrumpfte das Militär ein und schaffte die allgemeine Wehrpflicht ab. Von 1919 bis 1932 stellten Parteien der Weimarer Koalition die preußische Regierung; unter dem fast ununterbrochen amtierenden SPD-Ministerpräsidenten Otto Braun und seinem Innenminister Carl Severing entwickelte sich Preußen zum demokratischen Musterstaat mit beispielhafter Reformenergie. 1932 setzte die rechtskonservative Reichsregierung den Schlusspunkt: Der «Preu-

ßenschlag» erleichterte die nationalsozialistische Machtübernahme und markierte damit den Anfang vom Ende Preußens und des Deutschen Reiches.

Die Weimarer Reformzeit war zu kurz und überraschend, um das auswärtige Preußenbild dauerhaft revidieren zu können. Mit dem Zweiten Weltkrieg kehrten jedenfalls alle bekannten, liebgewonnenen Versatzstücke der Preußenkritik zurück. Ermutigt und gefördert wurde dies durch die propagandistische «Versöhnung» zwischen «altem Preußen» und «jungem [nationalsozialistischem] Deutschland», wie Hitler sie 1933 zusammen mit Hindenburg über dem Grab Friedrichs II. in Potsdam zelebrierte. Der Hitlerismus, hieß es daraufhin bei den Alliierten, sei im Kern eine Fortsetzung des Preußentums in pervertierter Form: Er schließe an die preußische Neigung zur Aggressivität und einen exzessiven, unkontrollierten Militarismus an. Der britische Minister Anthony Eden nannte Hitler «the Prussian spirit of military domination come up again», und für Premier Churchill bestand die «Nazi war machine» aus «clanking, heel-clicking, dandified Prussian officers». Auch in Frankreich betonte man die Kontinuität von Bismarck zu Hitler, und de Gaulle rief 1944 zur Zerstörung sowohl der nationalsozialistischen Herrschaft als auch der «prépondérance prussienne» auf. Preußen mit seinem «goût de batailles» sollte demilitarisiert und zerschlagen werden – was der Alliierte Kontrollrat im Februar 1947 ins Werk setzte: Er löste den Staat Preußen, «seit jeher Träger des Militarismus und der Reaktion in Deutschland», mit einem Federstrich auf.¹⁶

Dieser Schritt fand auch auf deutscher Seite Unterstützung. Der greise Historiker Friedrich Meinecke, der sich 1896/99 mit zwei von Bewunderung geprägten Bänden über den preußischen Militärreformer von Boyen habilitiert hatte (und 1940 den deutschen Einmarsch in Paris begeistert begrüßte), erklärte die «deutsche Katastrophe» 1946 vorrangig mit Hinweis auf den «preußisch-deutschen Militarismus». Er sei der wichtigste Wegbereiter des Nationalsozialismus gewesen und gehöre deshalb mit Stumpf und Stiel ausgerottet: «An diesem niederen und entarteten Militarismus, der sich blindlings zum Werkzeug eines Hitler herzugeben vermochte und schließlich durch die Waffen-SS Himmlers noch eine letzte böartige Steigerung erfuhr, ist Hopfen und Malz verloren.

16 Gilbert Keith Chesterton: *The End of the Armistice*, Freeport NY 1940; Samuel D. Stirk: *The Prussian Spirit: A Survey of German Literature and Politics 1914–1940*, Port Washington 1941; Lothar Kettenacker: *Preußen in der alliierten Kriegszielplanung, 1939–1947*, in: Ders. u. a. (Hg.): *Studien zur Geschichte Englands und der deutsch-britischen Beziehungen*, München 1981, S. 312–340; Henning Köhler: *Das Ende Preußens in französischer Sicht*, Berlin 1982, S. 25, 75.

- 17 Friedrich Meinecke: Die deutsche Katastrophe. Betrachtungen und Erinnerungen, 6. Aufl., Wiesbaden 1965, S. 73, 154.
- 18 Ute Frevert: Die kasernierte Nation, S. 126, 186 f.

Er kann, ja er muß verschwinden, um einer künftigen edleren Entwicklung unseres Wehrgeistes einen von schlechten Keimen freien Wurzelboden zu hinterlassen. Denn ohne einen gesunden Wehrgeist kann ein gesundes Volk in Mitteleuropa auf die Dauer nicht leben und sich als Volk erhalten.»¹⁷

VI. Postscript

Militarismus nein, Wehrgeist ja – darauf wusste man sich in Ost- und Westdeutschland bald zu einigen. Gegen erbitterte Widerstände aus der Bevölkerung stellten sowohl die DDR als auch die Bundesrepublik ab Mitte der 1950er Jahre neue Armeen auf. Sie taten das nicht nur aus eigenem Antrieb, sondern wurden gedrängt und unterstützt von den jeweiligen Verbündeten, die sich als unversöhnliche Gegner im Kalten Krieg gegenüberstanden. Fest eingebunden in die Militärblöcke und unter scharfer Beobachtung der Supermächte, schien weder von der NVA noch von der Bundeswehr eine besondere, an die preußische Geschichte gemahnende Gefahr auszugehen.

Dabei griffen beide auf die gleichen Ahnherren und Traditionen zurück: die preußischen Militärreformer des frühen 19. Jahrhunderts und ihr Konzept des Staatsbürgers in Uniform. In der DDR war es zusätzlich Friedrich Engels, der als Namensgeber der Militärakademie erhalten musste. Engels hatte sich zeit seines Lebens eine Affinität zum Militärischen bewahrt; er schrieb gern und kompetent über militärische Themen und fühlte sich dabei «noch so sehr als Soldat» und «königlich-preußischer Artillerist», dass er militärischen Leistungen oft den Vorrang vor politischen Überlegungen einräumte. Er war im Übrigen auch ein erklärter Anhänger der allgemeinen Wehrpflicht im Linienheer gewesen und hatte die von Sozialisten favorisierte Milizorganisation für Länder wie Preußen als reine «Phantasie» abgelehnt.¹⁸ Das hatte ihn für viele demokratische Zeitgenossen zum «Militaristen» gestempelt, und auch die Preußen-Schelte des Auslandes hatte vor ihm nicht Halt gemacht.

Jenseits des politischen Meinungsstreites aber bleibt festzuhalten, dass die Form seiner Militärverfassung (Wehrpflicht-, Einsteher- oder Berufsarmee) nichts aussagt über die Demokratie- und Friedensfähigkeit eines Staates. Ob er «militaristisch» ist und dem

Militärischen eine Vorzugsposition vor dem Zivilen einräumt, ob er eine militärgestützte Macht- und Eroberungspolitik betreibt oder diese Macht einhegt, ist eine politische und gesellschaftliche Frage, keine militärische. In der preußischen Geschichte ist diese Frage immer wieder anders beantwortet worden; von einem seit dem 17. oder 18. Jahrhundert ungebrochenen Regime des Militarismus kann nicht die Rede sein. Friedrich II. war in diesem Sinne ebenso wenig Militarist wie Friedrich Engels, Otto Braun oder Adolf Hitler. Auch die preußische Gesellschaft des 19. und frühen 20. Jahrhunderts geht im Zerrbild des *prussianism*, der *grande caserma* und des *gout de batailles* nicht auf, selbst wenn ihr die politischen Strukturen des militärfreundlichen Obrigkeitsstaates schwer zusetzten. Diederich Heßling, der preußische Untertan *par excellence*, war, das sei nicht vergessen, in all seiner Militärfrömmigkeit, Autoritätsgläubigkeit und Kaiseridolatrie eine zugespitzte Karikatur und mitnichten das Maß aller preußischen Dinge.

Um dieses Maß auszumessen, taten Zeit und politische Distanz not. Die nach 1945 virulente Phase des Preußen-*bashing* eignete sich dafür nicht. Aber auch die derzeitige Renaissance preußischer «Tugenden» trägt wenig dazu bei, einen klareren Blick auf das «Phänomen» Preußen zu gewinnen. Es erschließt sich nicht daraus, seine angeblich guten (Tugend) und bösen Seiten (Militarismus) gegenüberzustellen. Profil und Trennschärfe bekommt es erst dann, wenn es in seiner Vielschichtigkeit erfasst wird, die in eindimensionalen Kontrastierungen eben nicht aufgeht. Zu Preußen gehörten nicht nur stramm nationale Figuren wie Treitschke, sondern auch *public intellectuals* wie Max Weber, der sich für eine imperiale Weltpolitik ebenso stark machte wie für die Demokratisierung des preußischen Wahlrechts. Dazu gehörten zudem Sozialdemokraten, in deren guter Stube die Porträts von Marx und Lassalle, Bismarck und Moltke in trauter Einigkeit hingen. Und dazu gehörten Preußinnen wie die adlige Generalstochter Lily von Kretschman (ihr Vater trat auch als Autor eines Duell-Leitfadens hervor), die den SPD-Politiker Heinrich Braun heiratete, in der sozialdemokratischen Frauenbewegung aktiv war und 1915 eine glühende Eloge auf den Krieg schrieb, aus dem ihr einziger Sohn nicht mehr zurückkehrte.

Der Polen-Komplex

Das imaginäre Preußen als europäische Chance

Die außergewöhnliche Karriere des preußischen Staates, der in weniger als zweihundert Jahren von einem kleinen Fürstentum und polnischen Lehen zu einer Weltmacht aufstieg, hat in der deutschen Geschichtsschreibung immer wieder Bewunderung hervorgerufen. Die vielfache Überhöhung des preußischen Staates ist daher leicht zu verstehen. Aus polnischer Perspektive ergab sich zwangsläufig ein anderes Bild: Preußen war schuld an den polnischen Teilungen, und Preußens kontinuierlicher Machtzuwachs weckte bei den Polen Sorgen um die Wahrung ihrer nationalen Identität. Vor diesem Hintergrund wurde die militärische, vor allem aber die moralische Niederlage des Dritten Reiches vielfach als Sieg über Preußen verstanden. Dies bereitete den Polen große Genugtuung. Paradoxerweise ging Polen aus den machtpolitischen Auseinandersetzungen der europäischen Mächte letztlich als Gewinner hervor. Preußen hingegen, das für Polen eine tödliche Bedrohung gewesen war, verschwand von der Landkarte Europas. Sein Territorium fiel zu einem großen Teil ausgerechnet Polen zu. Die Frage, welchen Platz die Geschichte Preußens in den deutsch-polnischen Beziehungen einnimmt, ist bis heute offen – doch wird ihre Beantwortung für das Verhältnis beider Länder von zentraler Bedeutung sein.

Die verpasste Liaison

Im Rahmen geschichtswissenschaftlicher Spekulationen und der unter Historikern beliebten kontrafaktischen Fragestellung – «Was wäre wenn?» – kann man sich auch eine völlig andere Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen vorstellen. So kann man Preußen etwa als einen Teil Polens imaginieren, mit einer nur bescheidenen preußischen Komponente. Hierzu schrieb Michał Bobrzyński, einer der bedeutendsten polnischen Geschichtswissenschaftler des 19. Jahrhunderts:

«Der nächstliegende Kandidat für den polnischen Thron, der Polen den größten Nutzen gebracht hätte, war der preußische Herzog Albrecht Friedrich, der 1568 seinem Vater Albrecht nachfolgte und 1569 auf dem Sejm von Lublin dem polnischen König feierlich huldigte. Hätte Polen ihm die Krone aufgesetzt, hätte es sich das Herzogtum Preußen für immer einverleibt und die Brutstätte des

germanischen Hochmuts für immer zerstört. Aber der Herzog von Preußen, der unzweifelhaft der Nachfolger Sigismund Augusts geworden wäre, wenn in Polen die Reformation gesiegt hätte, war nach deren Niederlage untragbar. Sigismund August drängte ihn also noch mehr vom Thron fort, indem er ihm einen Platz im polnischen Senat verwehrte, und so stieß er die Huldigungsdynastie zurück und warf sie unbedacht Deutschland in die Arme.»¹

Wiederholt weist Michał Bobrzyński darauf hin, dass die Geschichte zwischen Polen und Preußen auch anders hätte verlaufen können. So kann er sich zum Beispiel eine Situation vorstellen, in der es auf die eine oder andere Weise zu einer Verbindung der beiden Staaten gekommen wäre – der im 16. Jahrhundert noch großen polnischen Adelsrepublik und dem seinerzeit noch kleinen Preußen. Ganz sicher hätte dann die Geschichte Deutschlands wie auch die Polens einen völlig anderen Verlauf genommen. Die deutsche Ostsiedlung hätte keinen politischen Rückhalt in einem ehrgeizigen preußischen Staat gefunden, und der Pluralismus der polnischen Adelsrepublik hätte neben der polnischen, litauischen, weißrussischen und ukrainischen auch eine deutsche Komponente erhalten. Ansatzpunkte für Spekulationen bietet freilich auch noch einmal das 18. Jahrhundert: Als Polen nach der nicht sehr glücklichen Liaison mit den Wettinern vor der Wahl eines neuen Monarchen stand, hätte es sich für den preußischen König entscheiden können. Diese Liaison hätte zwei extreme, aber einander ergänzende Elemente miteinander verbunden: das Republikanische des polnischen Adels mit der – für die damalige Zeit bemerkenswerten – Modernität des sich entwickelnden preußischen Staates. Zwei Interpretationen des Europäischen hätten sich in einem politischen Organismus begegnen können. Möglicherweise hätten sich die Vorzüge beider Staaten wechselseitig ergänzt. Der Wunsch nach einer modernen Ordnung hätte einem Aufblühen der Freiheit nicht im Wege gestanden. Preußen wäre in eine andere Richtung gegangen, hätte sich keinen autoritären Tendenzen gebeugt, und Polen hätte seine staatliche Existenz nicht verloren. Wie wir wissen, ist auch im 18. Jahrhundert aus einer Verbindung zwischen Preußen und Polen nichts geworden. Die beiden Staaten waren zu gegenseitiger Feindschaft verurteilt.

1 Michał Bobrzyński: Dzieje Polski w zarysie [Polnische Geschichte im Abriss], Warschau 1986, S. 315–316.

- 2 Vgl. Hubert Orłowski: Polnische Wirtschaft. Nowoczesny niemiecki dyskurs o Polsce, Olsztyn 1998 [Polnische Wirtschaft. Der moderne deutsche Diskurs über Polen].

Preußische Komplote und Polnische Komplexe

Das 19. Jahrhundert schlug das an Konflikten schärfste Kapitel in der Geschichte der preußisch-polnischen Beziehungen auf. Preußen wurde zu einem der Totengräber Polens. Um die Liquidierung des polnischen Staates zu rechtfertigen, wurden antipolnische Stereotypen wie «polnische Wirtschaft» oder «polnischer Reichstag» in Umlauf gebracht.² Mit der Zeit hörte man auf, Polen als politisches Subjekt anzusehen. Der Osten wurde zum Gegenstand der Kolonisierung. Während der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entzündete sich in Polen ein Streit darüber, welche der Teilungsmächte als Hauptfeind anzusehen sei. Man fragte sich, mit wem man bis auf Weiteres kollaborieren sollte und wen man bekämpfen müsse. Die nationalen polnischen Aufstände waren zwar vor allem gegen Russland gerichtet, doch wurde Preußen als immer gefährlicher angesehen, denn auf polnischer Seite sah man die Modernität des preußischen Staates und die Rückständigkeit des Zarenreiches. Dies erzeugte in Polen einen spezifischen Vorbehalt gegenüber den moderneren und besser organisierten Deutschen, wobei hier zu ergänzen ist, dass für die meisten Polen der Kontakt mit dem Deutschen vor allem im Kontakt mit dem Preußischen bestand.

Die Wiedererlangung der Unabhängigkeit im Jahr 1918 hat man auf polnischer Seite vor allem dem bewaffneten Aufstand zugeschrieben. Die Bedeutung von gesellschaftlichen Prozessen nahm man nur in geringem Maße wahr. Zudem war der wiedererstandene polnische Staat gezwungen, Krieg gegen das bolschewistische Russland zu führen, und der Ruhm dieses Sieges wurde beinahe zum Gründungsmythos der Zweiten Polnischen Republik. Tatsächlich jedoch erlangten auch andere Völker wie die Tschechen, Slowaken, Litauer und Letten ihre Unabhängigkeit. Doch diese Völker – sie waren viel kleiner als das polnische – errangen ihre Unabhängigkeit keineswegs mit Waffengewalt. Die Modernisierung mit ihrem demographischen Wachstum, der Urbanisierung und Industrialisierung, der Volksschule und dem steigenden Bildungsniveau sowie dem, was man als demokratisches Bewusstsein bezeichnen kann, kam paradoxerweise in vielen Fällen den Schwächeren und nicht den Stärkeren zugute. Wäre das bemerkt worden, wären die polnischen Komplexe gegenüber Preußen viel-

leicht geringer gewesen. Höchstwahrscheinlich hätte ein solches Verständnis der Situation auch den preußischen Deutschen geholfen, das Ergebnis des Krieges leichter zu akzeptieren. Doch dazu kam es nicht. Für Preußen mit seinen großen, im 19. Jahrhundert gewachsenen Ambitionen war eine Niederlage durch das von ihm unterschätzte Polen nicht akzeptabel. Man versuchte nicht, die alten antipolnischen Stereotype zu hinterfragen. Einen Antrieb dazu hätte Friedrich Naumanns Konzeption von «Mitteleuropa» geben können, trotz aller in ihr enthaltenen Zweideutigkeiten. Doch niemand machte sich die Mühe, weiterzudenken und aus der erlittenen Niederlage Schlussfolgerungen zu ziehen. Im Gegenteil: Der verletzte preußische Ehrgeiz wurde mit einer Stärkung antipolnischer Stimmungen und antipolnischer Stereotype kuriert. Die Wege Preußens und Polens gingen noch weiter auseinander.

Mitteleuropas Tragödie

Der Zweite Weltkrieg veränderte das Stereotyp von Preußen in Polen nicht. Er fügte ihm nichts hinzu, in gewisser Weise drängte er es an den Rand. Der Deutsche konnte weiterhin «Preuße» genannt werden, und das Deutsche an sich war das «Preußentum» – mit der ganzen verächtlichen Zweideutigkeit dieses Wortes. Das negative Stereotyp des Deutschen drückte sich nun jedoch vor allem in dem Wort «hitlerowiec» (Hitlerist, Nazi) aus.

Obwohl in der kommunistischen Nachkriegspropaganda «Preußen» eindeutig mit dem Dritten Reich verbunden wurde, veraltete der Begriff «Preuße» zusehends. Preußen gab es nicht mehr. Das Übel des Krieges wurde Deutschland angelastet und nicht einem Teilstaat, der von der Landkarte Europas verschwunden war und dessen Territorium nun mehrheitlich von polnischen Neusiedlern bewohnt wurde. Mit der Zeit begann Preußen sogar ein gewisses Sentiment zu wecken, als Landschaft der auf Dachböden gefundenen alten Postkarten, die mit einer geheimnisvollen Vergangenheit jener Orte verbunden war, an denen viele Polen ihre Kindheit verbracht hatten. Die Kontakte zwischen der Gräfin Dönhoff mit einem aus einer Bauernfamilie stammenden, nicht weniger einflussreichen polnischen Journalisten und Politiker vermittelten den Eindruck, mit manchen «Preußen» sei sogar einfacher klarzu-

kommen als mit den anderen Deutschen. Spätere Kontakte bestätigten diesen Eindruck noch, um nur an Persönlichkeiten wie Christian Graf von Krockow oder Rudolf von Thadden zu erinnern, die sich um die deutsch-polnischen Beziehungen sehr verdient gemacht haben.

Andererseits hatte sich auf preußischem Gebiet ein großer Teil der NS-Konzentrationslager befunden, und Preußen war Ort der Zwangsarbeit für Hunderttausende von Polen gewesen. Die durchschnittlichen Einwohner Preußens waren gegenüber Polen kein bisschen gnädiger gewesen als andere Deutsche.

Das «Ereignis» des Verlustes der Ostgebiete scheint im landläufigen deutschen Kollektivgedächtnis eng mit dem Jahr 1945 verbunden zu sein. Tatsächlich ist dies jedoch ein mit den Tragödien Dutzender Millionen Menschen und vieler Völker belasteter Prozess, an dessen Beginn nicht allein der Ausbruch des Zweiten Weltkrieges vom September, sondern auch der sogenannte Hitler-Stalin-Pakt vom August 1939 stehen. Mitteleuropa, wie es sich nach dem Ersten Weltkrieg infolge der Politik des amerikanischen Präsidenten Wilson und des Versailler Vertrages herausgebildet hatte, zerfiel infolge dieses Paktes als Gebilde unabhängiger Staaten erneut, diesmal für genau fünfzig Jahre. Seine Wiedergeburt erfolgte 1989. Die Tragödie Mitteleuropas, das unter der sowjetischen Herrschaft das Schicksal des «gestohlenen Europas» erlitt, wie Václav Havel es nannte, betraf auch jene Deutschen, die gezwungen waren, im östlichen Teil ihres geteilten Landes zu leben. Diese Schicksalsgemeinschaft wurde jedoch in Deutschland nach 1989 nicht hinreichend wahrgenommen.

Typisch für Mitteleuropa war ein Kulturgemisch, das die besondere Atmosphäre dieses Teils des Kontinents prägte. Polen, Ukrainer, Weißrussen, Juden, Deutsche und viele andere Nationalitäten und Volksgruppen lebten hier trotz aller bestehenden Konflikte seit Jahrhunderten nebeneinander. Der Völkermord durch Nazis und Sowjets sowie die Zwangsmigrationen während des Zweiten Weltkriegs setzten einen Schlussstrich unter diese Vielfalt. Das Ende Mitteleuropas war das Ergebnis einer bewussten Politik und Planung sowohl durch Stalin als auch durch Hitler. Der NS-Staat wollte «Lebensraum» für sich schaffen, Sowjetrussland sich mit einem Gürtel scheinsouveräner Satellitenstaaten umgeben.

Piastische Legenden und jagiellonische Ideen

Als Kind verbrachte ich in den fünfziger Jahren die Ferien in Masuren. Alles dort war geheimnisvoll, denn es war ehemals deutsch gewesen und eigentlich immer noch deutsch und erinnerte an den Krieg. Auf dem Rücksitz einer alten Zündapp sitzend, die mein Vater lenkte, stellte ich mir vor, aus dem Wald könnten versprengte Soldaten der Wehrmacht kommen, und die Ruinen von Hitlers Wolfsschanze in Kętrzyn (Rastenburg), die noch weit davon entfernt waren, zu der heutigen Touristenattraktion zu werden, waren Zeichen einer noch nicht fernen, düsteren Vergangenheit.

Tatsächlich kann man in den an Polen angeschlossenen Nord- und Westgebieten dem Kontakt zum «ehemals Deutschen» nicht entgehen. Ein Drittel Nachkriegspolens liegt auf ehemals deutschem Gebiet. Diese Bezeichnung ist jedoch bis zu einem gewissen Grad ungenau. Ein beträchtlicher Teil von dem, was Polen gern «ehemals deutsch» nennen, ist in Wirklichkeit «ehemals preußisch», doch lange Zeit war alles Preußische in polnischen Augen vor allem deutsch gewesen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg sollte dann der größere Teil des alten, historischen Preußen zu Polen gehören. Und ebenso machten diese Gebiete einen beträchtlichen Anteil des polnischen Staates innerhalb seiner neuen, durch den Krieg erzwungenen Grenzen aus. Von der Persistenz deutscher Kultur und Lebensart wollten die kommunistischen Machthaber aber nichts wissen. Die «wiedergewonnenen Gebiete» in Besitz zu nehmen war ein wichtiger Faktor für die Legitimation der kommunistischen Macht. Es war offizielle Sprachregelung, dass die Ostgebiete der Zweiten Polnischen Republik unwiederbringlich verloren seien. Deshalb war die Inbesitznahme der Westgebiete für die Existenz des polnischen Staates entscheidend. Man sprach von den «wiedergewonnenen Gebieten», obwohl etwas später auf offizieller Ebene der Begriff «Nord- und Westgebiete» bevorzugt wurde. Die Bezeichnung «wiedergewonnene Gebiete» bürgerte sich dennoch ein. Diese Gebiete sollten «wiedergewonnene» sein, weil im frühen Mittelalter ein Teil von ihnen zum polnischen Piastenstaat gehört hatte. Hier lagen im 10. und 11. Jahrhundert die Anfänge polnischer Staatlichkeit, und auf diese «piastischen» Ursprünge wollten sich die Kommunisten nun berufen. Die katholische Kirche sprach

- 3 Vgl. auch Stanisław Salmonowicz: *Polacy i Niemcy wobec siebie. Postawy – opinie – stereotypy (1697–1815)*, Olsztyn 1993 [Polen und Deutsche übereinander. Einstellungen-Meinungen-Stereotype (1697–1815)].

ebenfalls von den piastischen Gebieten und unterstützte ihre Einverleibung. Zudem erfüllte in der überaus schwierigen Nachkriegssituation die «piastische Idee» in gewisser Weise eine integrative Funktion für diejenigen, die sich dort ansiedeln mussten. Die Kommunisten wiederholten derweil unablässig, die «wiedergewonnenen Gebiete» seien ihnen und der Sowjetunion zu verdanken. Die Freundschaft zur Sowjetunion bilde zudem die Garantie dafür, dass die Deutschen die «wiedergewonnenen Gebiete» nicht mehr annektieren könnten. Dieses Argument besaß bis zu einer bestimmten Zeit eine gewisse Glaubwürdigkeit.

In den siebziger Jahren stand die jüngere Generation in Polen der piastischen Legende zunehmend kritisch gegenüber. Nach dem Grundlagenvertrag von 1970 wurde es auch immer schwieriger, die deutschen «Revisionisten» als Schreckgespenst zu benutzen. Das in den siebziger Jahren entstandene Museum der Eroberer des «Ostwalls», wo auf dem Eingangsrelief piastische Soldaten hinter einem Schwarm von T-52-Panzern vorrücken, wirkte schon im Jahre seiner Errichtung lächerlich. Gebaut wurde es zu Ehren solch fragwürdiger Militärs wie General Jaruzelski, die ihre militärischen Biographien dramatisieren mussten, um ihre kommunistische Parteikarriere voranzutreiben. Die jüngere Generation fühlte sich indes schon so heimisch, dass sie es nicht mehr nötig hatte, sich auf die «Piastenlegende» zu stützen. Kennzeichnend für das Heimischwerden wurde der Wunsch nach einem besseren Verständnis der lokalen Umgebung, wofür man gerade Wissen über die deutsche Geschichte benötigte. Ein wichtiges Signal für die sich verändernde Atmosphäre war die Monographie *Preußen. Geschichte des Staates und der Gesellschaft* von Stanisław Salmonowicz, die noch vor 1989 erschienen ist. Das Preußen in diesem Buch war nicht mehr Inbegriff der Feindschaft, und der Autor begriff auch die Entwicklung des preußischen Staates als einen Prozess, der zumindest teilweise auf den Idealen der Aufklärung basierte. Vor 1989 war es in Polen revolutionär, sich auf diese Weise zur preußischen Geschichte zu äußern.³

Die piastische Ideologie wurde von den Kommunisten der «jagellonischen Idee» gegenübergestellt, also der Zeit des 15. bis 17. Jahrhunderts, die gleichsam die «goldene Epoche» der Adelsrepublik bildete. Diese Zeit musste von der kommunistischen Ge-

schichtspolitik aus vielerlei Gründen in den Hintergrund gedrängt werden. Unpassend war der Gegensatz zum Moskauer Staat, der sich in jener «goldenen Epoche» entwickelte, vor allem aber erinnerte das jagiellonische Polen an die verlorenen Ostgebiete der Zweiten Polnischen Republik. Dieses Thema war jedoch in der Volksrepublik ein Tabu, zusammen mit dem gesamten Komplex des Hitler-Stalin-Paktes. Dieser wurde in der Volksrepublik Ribbentrop-Molotow-Pakt genannt, was ihn gewissermaßen seiner Bedeutung beraubte, denn er hörte auf, der Pakt zweier Diktatoren zu sein.

Die Besiedelung der nach dem Krieg an Polen angeschlossenen Gebiete war außerordentlich schmerzhaft und beschwerlich. Die Kommunisten stellten sie als triumphale Rückkehr in ein ehemals eigenes Land dar. In Wirklichkeit waren die Bedingungen, unter denen man dort leben musste, überaus schwierig. Deshalb sind die Erklärungen mancher Vertreter der deutschen Vertriebenenverbände heute so irritierend, wonach die Polen ihre Ausdehnung nach Westen angeblich geplant hätten. Einige behaupten gar, sie hätten dies seit 1848 getan.

Die deutsche Seite wird immer Schwierigkeiten haben, das Verhältnis der Polen zu den ehemals deutschen und heute polnischen Gebieten einschließlich Preußens zu verstehen, wenn sie den Verlust der polnischen Ostgebiete außer Acht lässt. Übrigens gibt es hier sowohl starke Analogien als auch klare Unterschiede zum Verlust des deutschen Ostens. In gewisser Weise hat sich das, was in der Zweiten Polnischen Republik östlich gewesen war, nicht nach Zentralpolen, sondern gerade in die im Westen neu gewonnenen Gebiete übertragen. Eine Stadt, deren Geist man ohne diesen Aspekt wohl überhaupt nicht verstehen kann, ist Breslau. Dabei geht es nicht nur um die typische Sprachmelodie des Lemberger Dialekts, die heute noch im Polnisch der Breslauer vernehmbar ist. Die Breslauer Universität ist gewissermaßen die Fortführung der Lemberger Jan-Kazimierz-Universität (so wie sie auch die Erinnerung an die alte deutsche Universität Breslau pflegt). Das ebenfalls dort ansässige Ossolinski-Institut, eine der angesehensten polnischen Kultureinrichtungen, wurde im 19. Jahrhundert in Lemberg begründet und konnte nach 1945 mitsamt seiner Bestände nach Breslau überführt werden.

- 4 Ingrid Mittenzwei: The Unwelcome Heritage. Prussia and the GDR, in: The Prussian YearBook. An Almanac, Berlin 2001.

Das Atlantis des Nordens

In Polen hat der Kalte Krieg mit dazu beigetragen, dass man Preußen in den achtziger Jahren fast vergessen hatte. Doch im Gefolge der deutschen Wiedervereinigung wurde das Echo Preußens wieder vernehmlich.⁴ Nach 1989 wurden die polnischen Westgebiete nicht mehr nur als «ehemals deutscher» Block angesehen, sondern differenzierter und individueller wahrgenommen. Das machte es möglich, auch das «Preußische» auf völlig neue Weise wahrzunehmen. Ein wichtiges Indiz für dieses neue Denken war, dass eine Gruppe von Intellektuellen aus Olsztyn ihren Verein *Borussia* nannte. Mit der Zeit sollte gerade diese Gruppe, die das Konzept eines «offenen Regionalismus» entwickelte, einen nicht geringen Einfluss auf das polnische Kulturleben gewinnen. Es ist kaum als Zufall anzusehen, dass dieses Konzept gerade in Olsztyn in Konfrontation mit dem ehemaligen Preußen entstand. Die komplexe Situation in Schlesien wäre für die Entwicklung eines solchen Konzepts weniger günstig gewesen. In Olsztyn stellte der schon fast vergessene Erzfeind Preußen mit seinem Erbe eine ernsthafte Herausforderung dar, als die deutsch-polnische Versöhnung zum Ziel wurde. Zugleich war es ein innerpolnisches Problem, wie man etwas benennen sollte, das Symbol von Feindschaft gewesen war und nun gewissermaßen als Eigenes angesehen werden musste. Eben deshalb wurde das von der polnischen *Borussia* vorgeschlagene Konzept «offener Regionalismus» genannt, denn es musste ein Regionalismus sein, der über die Grenzen des Eigenen hinausreichte. Ein irgendwie gearteter intellektueller oder buchstäblich verstandener Provinzialismus hätte das Entstehen eines polnischen Regionalismuskonzeptes in den ehemaligen preußischen Gebieten unmöglich gemacht.

Sehr wichtig wurde eine von der *Borussia* organisierte Ausstellung. Sie zeigte Fotos aus dem alten Ostpreußen, die sich in polnischen Archiven erhalten hatten. Ihr Initiator war der Dichter Kazimierz Brakoniecki, und der poetische Titel, unter dem sie stand, lautete *Das Atlantis des Nordens*. Das untergegangene Preußen, dessen Kultur von den Polen wie «Atlantis» zu entdecken sei: Dank dieser Ausstellung rückte das historische Preußen in einen neuen Kontext. Im späteren Schaffen von Kazimierz Brakoniecki taucht die Frage nach dem Verständnis jenes Ortes auf, an dem

man aufgewachsen ist und der doch zugleich fremd geworden ist – und dabei geht es gerade um das Preußische. In seinem letzten, teilweise sehr persönlichen Buch *Pole, Deutscher und Herrgott* handelt Brakoniecki diese Erfahrung in einer philosophischen Dimension ab:

«Dass nach meiner Rückkehr nach Olsztyn vor meinen Augen das Atlantis des Nordens auftauchte, hatte nichts mit einer Vergötterung des Lokalen, des ostpreußischen Erbes zu tun, sondern mit der Anerkennung der grundlegenden Tatsache, dass ich kritischer Erbe – und nicht nur zufälliger und vorübergehender Verwalter – eines größeren historischen Gedächtnisses und einer größeren historischen Kultur war, als dies die Propaganda der Volksrepublik Polen oder der BRD hatten wahr machen wollen. Jedes Mal wenn ich den Kopf senkte, tauchten auf dem Gehsteig die Kanaldeckel mit der Aufschrift «Allenstein» auf. [...] Bei jedem Kirchgang sah man deutsche Glasfenster, Buchstaben, Sprüche, Bildunterschriften. [...] Das Atlantis des Nordens tauchte aus den Fluten des Vergessens auf. Ähnlich wie die polnischen Aufschriften, Epitaphe, Friedhöfe, Schilder, Gebäude in Lemberg, Wilna und Grodno.»⁵

Ungeachtet vieler Fortschritte in den deutsch-polnischen Beziehungen kann von einem grundlegenden Wechsel in der Wahrnehmung Polens durch die Deutschen noch nicht die Rede sein. Polens Bild in Deutschland verbessert sich, doch handelt es sich bei diesem Prozess um ein langsames Verblässen negativer Stereotype und nicht um das Erwachen eines neuen Interesses. Eine Faszination an Polen entdeckte ich nur gelegentlich unter den Absolventen der Universität Viadrina in Frankfurt (Oder), die als deutsch-polnische Hochschule gilt, obwohl sie auch als preußisch-polnische angesehen werden könnte. Meiner Ansicht nach hat die Langsamkeit, mit der sich die Einstellungen der Deutschen gegenüber Polen verändern, auf deutscher Seite mit mangelnder Reflexion über die Bedeutung der verlorenen Ostgebiete zu tun. Ein solches Nachdenken konnte es bis 1989 praktisch nur in Westdeutschland geben – doch es kam nur selten dazu. Die Umsiedler, die mit der Zeit die fast biblisch anmutende Bezeichnung «Vertriebene» erhielt

5 Kazimierz Brakoniecki: *Polak, Niemiec i Pan Bóg. Olsztynskie szkice osobiste*, Olsztyn 2009, S. 56 f.

ten, bauten aus verständlichen Gründen eine starke politische Lobby auf, um ihre Interessen wirkungsvoll vertreten zu können. Sie wollten sich mit dem Verlust ihrer Heimat nicht abfinden, was eine gewisse Zeit lang durchaus verständlich war. Sicherlich hätten sich die polnischen «Vertriebenen» aus Lemberg oder Wilna in ihrer überwiegenden Mehrheit genauso verhalten, wenn sie nach dem Krieg ein Stimmrecht in diesen Dingen gehabt hätten.

Die Bonner Politik ging lange davon aus, dass es nach einer Wiedervereinigung Deutschlands zu Verhandlungen über den Abschluss eines Friedensvertrages mit Polen kommen werde, so wie es die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz angekündigt hatten. Die Frage, wie diese unerfüllbare Erwartung – wie wir wissen, hatte Europa seine Angelegenheiten ohne einen solchen Vertrag geregelt – die deutsche Innenpolitik und das Umfeld der «Vertriebenen» beeinflusst hat, müsste gründlich erforscht werden. Die Vermutung liegt nahe, dass man Argumente für solche Verhandlungen sammelte. Selbst wenn man nur die deutsche Wiedervereinigung erreichen wollte und nicht auch auf die teilweise Rückgabe der verlorenen Ostgebiete spekulierte, hätte es die eigene Position geschwächt, diese von vornherein für verloren zu erklären. Ein zweiter wichtiger Grund für die ausbleibende Reflexion ist wohl, dass man den Hauptverhandlungspartner in Moskau sah. So konnten etwaige Zugeständnisse zugunsten Deutschlands nur auf Kosten Polens gemacht werden, denn man durfte kaum erwarten, dass Moskau etwas abtrat, was es sich bereits einverleibt hatte. In der umfangreichen Literatur über die ehemaligen deutschen Ostgebiete – die heute nur noch von historischer Bedeutung ist – fällt auf, dass die an Polen gefallen Gebiete im Vordergrund stehen, während das an Russland angeschlossene Gebiet (Nordostpreußen mit Königsberg) kaum thematisiert wird, was insofern verständlich erscheint, als es wahrscheinlicher war, einem nicht souveränen Polen etwas abhandeln zu können, als dem Hegemon Moskau.

In Deutschland hat bislang keine öffentliche Debatte über Polen und das deutsch-polnische Verhältnis stattgefunden, die sich in ihrer Intensität und Breitenwirkung mit dem Historikerstreit vergleichen ließe. Das ausgezeichnete Buch *Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik* (Frankfurt/M., 1972) von Martin Broszat blieb als Ver-

such eines neuen Blicks auf den östlichen Nachbarn Deutschlands leider eine Ausnahme. Es gehört nicht zum Kanon der deutschen Polenliteratur, obwohl Martin Broszat selbst ein Klassiker der deutschen Zeitgeschichtsschreibung ist. Das Verhältnis zu Polen und zur Präsenz des Polnischen in den ehemaligen deutschen Ostgebieten hat in Deutschland niemals einen breiten Raum eingenommen. Die Romane von Günter Grass oder Siegfried Lenz machen, obwohl sie den Verlust der Heimat aufgreifen, das Verhältnis zu Polen nicht zum Thema. Große Schriftsteller haben die eigene deutsche Geschichte aufgearbeitet, nicht jedoch ihre Einstellung gegenüber dem Nachbarvolk. Und es ist schwierig, einen guten und populären Nachkriegsroman zu finden, der dieses Thema behandeln würde, insbesondere im Zusammenhang mit Preußen. Paradoxerweise ist der einzige Schriftsteller, dem man den Willen zu solch grundlegenden Reflexionen nachsagen könnte, wohl der unterschätzte Johannes Bobrowski, dessen Bücher in der DDR publiziert wurden.

Wenn es tatsächlich so ist, dass sich das polnische Verhältnis zu den unmittelbaren östlichen Nachbarn geändert hat, an welche die eigenen historischen Ostgebiete verloren gingen, sich das deutsche Paradigma hingegen nicht geändert hat, dann stellt sich immerhin die Frage, warum dies so gekommen ist. Ich glaube, dass den Polen eine solche Veränderung aus vielen Gründen leichter gefallen ist als der deutschen Seite. Die lange Phase, in der es praktisch unmöglich war, das Thema der verlorenen Ostgebiete anzusprechen, trug zur Dämpfung der vorher oft negativen Emotionen bei. Der Verlust der polnischen Ostgebiete wurde angesichts des wesentlich größeren Unglücks, das die verlorene Souveränität Polens nach 1945 darstellte, als unwiderruflich empfunden. Nach 1989 war es leicht zu verstehen, selbst wenn die Abneigung gegen die östlichen Nachbarn noch vorhanden war, dass eine unabhängige Ukraine und ein unabhängiges Weißrussland einen strategischen Puffer bilden würden, der Polen vor Russland abschirmte, vor dem man sich immer noch fürchtete. Deshalb reichte es aus, dass sich die Polen einer gewissen Nostalgie und einiger überkommener Ressentiments entledigten, damit sich das Verhältnis zu den direkten östlichen Nachbarn grundlegend wandeln konnte. Anders verhielt es sich und verhält es sich bis zu einem gewissen

Grade noch immer in Deutschland. Die Möglichkeit, sich in den Vertriebenenverbänden zu organisieren, hatte zur Folge, dass die Erinnerung an den Osten und die damit verbundene Nostalgie intensiv gepflegt werden konnten. Dafür wurden institutionelle, rechtliche und finanzielle Grundlagen geschaffen. Und das Bewusstsein des endgültigen Verlustes dieser Gebiete konnte sich in dieser Situation nur viel langsamer durchsetzen.

Polens Weg nach Westen

Nach 1989 hat man sich wiederholt auf die Suche nach guten deutsch-polnischen Beziehungen in der Vergangenheit beider Länder gemacht. Man wählte schließlich jene Epoche, in der die sächsischen Wettiner als polnische Könige regierten. Diese Verbindung beider Länder schien als historisches Medium der deutsch-polnischen Versöhnung gut geeignet zu sein. Eine Einigung beim schwierigen Thema Preußen wäre indes wohl wesentlich wichtiger gewesen. Doch dieses Thema blieb für beide Seiten im Hintergrund. Daraus könnte man den Schluss ziehen, dass wir Preußen nicht mehr brauchen, zumal es ja nicht mehr existiert. Dies wäre jedoch ein voreiliger Schluss, der sich auch kaum in die Praxis umsetzen ließe, denn die Vergangenheit meldet sich als Erinnerung immer wieder zurück.

Die polnischen Territorialgewinne nach dem Zweiten Weltkrieg und der Verlust des Ostens bedeuteten eine überaus schwerwiegende Verschiebung des territorialen Schwerpunktes nach Westen. Das war ein historisches Paradox, denn politisch verschob sich das in den Ostblock gezwungene Polen weiter nach Osten. Doch auf einer tieferen strategischen Ebene hat sich die geopolitische Position Polens grundsätzlich geändert und dies keineswegs zum Nachteil, wie erst das Jahr 1989 und die nachfolgenden Jahrzehnte offenbart haben. Polen hat aufgehört, zwischen Russland und Deutschland zu liegen, obwohl sich die gesellschaftliche Wahrnehmung dieser Tatsache in Polen nur ganz allmählich ändert, was im Hinblick auf die Trägheit des kollektiven Bewusstseins verständlich ist. Die Westverschiebung Polens ermöglichte die Herausbildung einer eigenen ukrainischen, weißrussischen und litauischen Staatlichkeit. Die Prozesse der Nationenbildung, die im 19. Jahrhundert durch die Grenzen der Großreiche blo-

ckiert wurden oder im 20. Jahrhundert nur teilweise aus deren Überresten entstanden, konnten dank der neuen Grenzen, die mit der Westverschiebung Polens verbunden waren, erneut an Fahrt gewinnen.

Wenn die Rede ist von der neuen geopolitischen Lage Polens, muss zugleich auf die neue Bedeutung ganz Mitteleuropas hingewiesen werden. Mitteleuropa als Gebiet von einigermaßen eigenständiger geopolitischer Bedeutung tauchte für kurze Zeit nach dem Ersten Weltkrieg auf, obwohl es fragil und zwischen die Großmächte gepresst war, die es zu dominieren strebten. Mit dem Hitler-Stalin-Pakt verschwand es, seiner politischen Unabhängigkeit beraubt, für ein halbes Jahrhundert. Nach 1989 tauchte es wieder auf, diesmal jedoch unter Bedingungen, die eine wesentlich größere Dauerhaftigkeit und Stabilität versprachen. Eine der wichtigsten Voraussetzungen für diese Veränderung war die polnische Westverschiebung. Man kann es freilich auch anders formulieren: Voraussetzung dieses Prozesses war das Verschwinden Preußens. Daher gewinnt die Überlegung, was Preußen gewesen ist, ihr Gewicht.

Im jetzigen Stadium der Diskussion kann man nur einige drängende Fragen stellen, auf die im Übrigen die Antwort in den meisten Fällen spekulativ bleiben muss. Die erste Frage lautet, ob Preußen sich zu einem Nationalstaat hätte ausbilden können. Ich glaube, dass ein *richtig* verlaufender Modernisierungsprozess tatsächlich dazu hätte führen können. Preußen wurde zwar zu einer Großmacht, aber nicht zu einem eigenständigen Nationalstaat. Ein Grund dafür war vielleicht das zu starke polnische Element innerhalb Preußens, das sich durch die polnischen Teilungen ergab. Vielleicht war es gerade die unbewusste Angst vor dem Polnischen (bzw. Slawischen), die in Preußen antipolnische Gefühle freisetzte. Und ausgerechnet dieses auf seine Weise so aufgeklärte und moderne Preußen, das so viele Voraussetzungen für einen eigenständigen Nationalstaat besaß, sollte dann das viel größere Deutschland einigen. Eine weitere wichtige Frage lautet, ob die Vergangenheit Preußens eher zur deutschen Geschichte oder zur Geschichte Mitteleuropas gehört. Preußen war ein faszinierendes Gebilde, das nicht nur an Deutschlands Grenze lag (das doch jahrhundertlang kein einheitlicher Staat wie Frankreich oder Polen

war), sondern immer im Grenzbereich des Deutschen blieb. Und schließlich bleibt die Frage: Hat heute eine gewisse Gleichgültigkeit und Distanz Deutschlands gegenüber Polen nicht auch mit dem Verschwinden Preußens zu tun? Preußen liegt noch immer zwischen Polen und dem heutigen Deutschland als nicht gemeinsam genutzte Vergangenheit.

Wenn das Thema Preußen eine Brücke zwischen Polen und Deutschen werden soll, muss es neu erzählt werden. Wir brauchen heute nicht mehr das Preußen, von dem Polen und Deutsche zwei völlig verschiedene Erzählversionen haben: die eine Erzählung von der Hydra, die man glücklicherweise erwürgt hat und von der nur alte Postkarten für polnische Sammler geblieben sind – die andere von einem verlorenen Paradies, das zwar von Hitler besudelt wurde, an das man jedoch nostalgisch zurückdenkt, wenn man in etwas frühere und glücklichere Zeiten zurückgeht und etwa Theodor Fontane liest. Ich glaube, dass die Möglichkeit einer Erzählung, die beide Seiten zusammenbringt, gerade in der Vorstellung liegt, dass die Geschichte Preußens auch anders hätte verlaufen können. Gerade das imaginäre Preußen, an dessen Vergangenheit wir Fragen stellen, die unser Verständnis von der europäischen Geschichte, von Mitteleuropa und den deutsch-polnischen Beziehungen erweitern, kann heute für uns hilfreich sein. Paradoxerweise sind es vor allem die Polen, die das materielle Erbe Preußens zu bewahren imstande sind. Und je besser sie es bewahren, desto besser werden die deutsch-polnischen Beziehungen sein. Auf diese Weise kann die Erinnerung an Preußen zu einem wichtigen Faktor des europäischen Integrationsprozesses werden.

Aus dem Polnischen von Ulrich Heiße

DAVID E. BARCLAY

Preußens Verschwinden

Ein Streifzug durch die angloamerikanische Literatur

Wenn man bei Google den englischen Begriff «King of Prussia» eingibt, erscheint an erster Stelle die Website der *King of Prussia Mall* in einem Vorort von Philadelphia. Man erfährt dort, dass das Einkaufszentrum dieses Namens «den anspruchsvollsten Shoppfern eine endlose Vielfalt luxuriöser Geschäfte bietet». Auch ein *König von Preußen-iPhone App* steht zum kostenlosen Herunterladen zur Verfügung. Das Einkaufszentrum heißt nach der umliegenden Gegend *King of Prussia*, die ihren Namen wiederum einem Lokal verdankt, das dort im 18. Jahrhundert stand und zu Ehren Friedrichs des Großen «King of Prussia Inn» genannt wurde. Sehr wahrscheinlich werden aber mindestens 95 Prozent der Kunden, die die *King of Prussia Mall* bevölkern, noch nie von Friedrich II. oder von einem Staat namens Preußen gehört haben – und sich auch nicht im Geringsten dafür interessieren. Als Provokation jedenfalls taugt der Name Preußen in den Vereinigten Staaten, wie auch in der übrigen englischsprachigen Welt, schon lange nicht mehr. Mehr noch, außerhalb der akademischen Welt ruft er praktisch überhaupt keine Reaktionen mehr hervor. Möglicherweise wird man hier und da noch ältere Mitbürger finden, bei denen Preußen mit vagen Erinnerungen an zwei Weltkriege des vergangenen Jahrhunderts verknüpft ist, die Assoziationen wie Soldatentum, Angriffslust und Militarismus haben und geneigt sind, das alles auf die gesamte deutsche Geschichte und besonders auf die Nazizeit zu projizieren. Für die meisten Menschen in der englischsprachigen Welt ist der Name Preußen heute aber überhaupt nicht mehr emotional besetzt. Das mag in gewisser Weise das allgemein sinkende Interesse an Deutschland widerspiegeln, das sich vor allem in den Vereinigten Staaten beobachten lässt: Es wird dort immer schwerer, eine Highschool zu finden, die noch Deutschunterricht anbietet, und an immer mehr Universitäten droht der Germanistik die Abschaffung. Dem Zweiten Weltkrieg und dem Holocaust gilt natürlich ein anhaltendes Interesse der englischsprachigen Öffentlichkeit; dieses Interesse überträgt sich aber keineswegs auf andere Aspekte der deutschen – und preußischen – Geschichte. Vor allem der Facebook- und Twitter-Generation scheint Preußen ungefähr so fern wie Karthago oder das mittelalterliche Burgund. Sie haben Preußen buchstäblich nicht «auf dem Schirm».

- 1 Vgl. Christopher Clark: *Preußen. Aufstieg und Niedergang, 1600-1947*, München 2007, S. 761-765.

Das war allerdings nicht immer so. Seit sich Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts die Beziehungen zwischen dem wilhelminischen Deutschland und Großbritannien dramatisch verschlechtert hatten, wurde Deutschland in der englischsprachigen Welt zunehmend mit Preußen identifiziert und die Fehlentwicklungen der deutschen Geschichte insgesamt als Ausdruck eines verhassten «Preußentums» gedeutet. Als dessen Attribute galten Militarismus, Kadavergehorsam, Untertanengeist, Uniformen, Pickelhauben, grimmige und sadistische Junker mit Schmissen im Gesicht ebenso wie Aggression, Expansionslust und Rassismus. Die Führer der englischsprachigen Welt während des Krieges, Churchill und Roosevelt, teilten diese Ressentiments zweifellos und trugen ihrerseits nicht wenig dazu bei, dass die deutsche Aggression weithin als unselige, aber doch logische Folge eines fatalen preußischen Einflusses auf die deutsche Geschichte gesehen wurde.¹ Das alles ist natürlich eine alte und vielfach erzählte Geschichte, die ihren symbolischen Endpunkt bekanntlich in dem – historisch gesehen eher törichtem – Dekret des Alliierten Kontrollrats zur Auflösung Preußens finden sollte, eines Staates, der mit dem Ende der deutschen Herrschaft in den alten Ostgebieten und der Festlegung der Oder-Neiße-Grenze ohnehin schon aufgehört hatte zu existieren.

Aber die Zeiten ändern sich und mit ihnen die Wahrnehmungen, die Klischees und Stereotypen. Obwohl es in den englischsprachigen Medien weiterhin negative Bilder von Deutschland und den Deutschen gibt, haben sie doch an Schärfe verloren, und das Thema Preußen findet sich in den Medien praktisch gar nicht mehr. Das dreihundertjährige Jubiläum der Gründung des Königreichs Preußen erregte in der englischsprachigen Welt keinerlei Aufmerksamkeit; und man darf wohl annehmen, dass auch der dreihundertste Geburtstag Friedrichs II. 2012 nur sehr wenig Beachtung finden wird.

Etwas anders stellt sich die Situation naturgemäß bei den englischsprachigen Historikern und Intellektuellen dar. Für einige von ihnen bleibt Preußen ein Gegenstand intensiver und kritischer Auseinandersetzung. Zu nennen ist hier vor allem der in Cambridge lehrende Australier Christopher Clark, dessen monumentales Buch *Preußen. Aufstieg und Niedergang* von 2007 als die

seit Otto Hintzes *Die Hohenzollern und ihr Werk* von 1915 beste Gesamtdarstellung der preußischen Geschichte überhaupt gelten darf. Zugleich eine Synthese und eine erhellende Neubewertung, erschien Clarks Werk genau sechs Jahrzehnte nach der offiziellen Auflösung Preußens durch die Alliierten und lieferte sowohl eine Summe der englischsprachigen Preußenforschung der Nachkriegszeit als auch eine Übersicht über die aktuellen Forschungstrends zu diesem verblichenen und mehr und mehr in Vergessenheit geratenden Staat.

Die Geschichte der englischsprachigen Preußenrezeption nach 1947 ist also weitgehend eine akademische, und sie beginnt im Wesentlichen mit den gelehrten Emigranten, die in den dreißiger Jahren Zuflucht in Großbritannien und Amerika fanden. Für Historiker wie Erich Eyck, Francis Carsten, Hajo Holborn, Felix Gilbert, Dietrich Gerhard, Fritz Stern, Peter Gay, Fritz Epstein und besonders Hans Rosenberg stellte das preußisch-kleindeutsche Reich von 1871 mit seinen monströsen Ausartungen nach 1914 und vor allem nach 1933 eine historische Gegebenheit dar, eine aktuelle Realität, die der Erklärung bedurfte. Für diese Emigranten war das Bismarck'sche und wilhelminische Reich ein Beleg dafür, wie Preußen – um es mit den berühmten Worten Friedrich Wilhelms IV. von 1848 zu sagen – fortan in Deutschland aufgegangen war. Das katastrophale Geschick des geeinten Deutschlands schien mit seiner preußischen Vergangenheit und besonders mit der unverhältnismäßigen Rolle, die dem Landjunktum und dem regierenden «monarchisch-adlig-bürokratischen Kondominat» (H.-U. Wehler) in diesem Staat zukam, zum großen Teil erklärbar zu sein.² Es ist nicht ohne Ironie, wenn auch nachvollziehbar, dass die kritischen Emigranten die Ansichten jener kleindeutsch-nationalen deutschen Historiker auf den Kopf stellten, die mit der Idee einer «deutschen Sendung» Preußens sympathisierten. Die Flüchtlinge und die von ihnen beeinflussten einheimischen Historiker entwickelten eine Art Gegenentwurf zu den kleindeutsch-nationalen Interpretationen der deutschen Geschichte, wenn sie das preußisch dominierte Deutschland nach 1871 als Resultat einer unseligen Teleologie betrachteten, deren Wurzeln in Preußens autoritärem und antidemokratischem Wertesystem lagen.

² Hans-Ulrich Wehler: Von der Reformära bis zur industriellen und politischen »Deutschen Doppelrevolution« 1815–1845/49. Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Band 2, München 1987, S. 660–702.

Damit soll das Werk dieser Emigranten nicht als interessengeleitet oder wissenschaftlich unzulänglich abqualifiziert werden. Im Gegenteil: viele ihrer Beiträge sind sehr zu Recht Standardwerke zur preußischen und deutschen Geschichte geworden. Das gilt etwa für Francis Carstens (1911–1998) Pionierarbeiten aus den fünfziger Jahren, in denen er die Geschichte Brandenburg-Preußens vor dem Hintergrund der spätmittelalterlichen und frühneuzeitlichen Entwicklung der Staatlichkeit im östlichen Mitteleuropa insgesamt untersucht. Als einer der einflussreichsten Historiker unter den deutschen Emigranten übte Hans Rosenberg (1904–1988) einen massiven Einfluss auf die Nachkriegsrezeption der preußischen Geschichte aus. Nachdem er Mitte der dreißiger Jahre Deutschland verlassen musste, lehrte Rosenberg an verschiedenen amerikanischen Universitäten, so auch an der *University of California* in Berkeley. Er wirkte mehrere Jahrzehnte lang in den USA und erarbeitete sich sowohl in seinem Heimatland als auch in seiner neuen Heimat ein außerordentliches Ansehen. Sicher wäre es zu kurz gegriffen, ihn auf die Rolle eines Preußenfachmanns beschränken zu wollen – tatsächlich widmete er dem Thema Preußen nur ein eher schmales Buch. Und dennoch hatte Rosenberg einen kaum zu überschätzenden Einfluss auf das Preußenbild mindestens einer Generation amerikanischer Historiker.

In seinem Standardwerk von 1958 *Bureaucracy, Aristocracy, Autocracy. The Prussian Experience 1660–1815* nennt Rosenberg den bürokratischen Absolutismus, den die Stein-Hardenberg'schen Reformen zu Beginn des 19. Jahrhunderts etablierten, als einen der wichtigsten Gründe der «deutschen Katastrophe» (F. Meinecke). Für Rosenberg war dieser bürokratische Absolutismus das Resultat einer «Revolution von oben», in der sich die preußische Bürokratie und das preußische Militär von den «Launen des Monarchen» unabhängig machten und so einen modernen Verwaltungsstaat, keineswegs aber einen liberalen Verfassungsstaat schufen. Gewiss sei der bürokratische Absolutismus in Preußen durch eine «Konterrevolution» der preußischen Rittergutsbesitzerklasse, wie sie besonders vernehmlich von Friedrich August Ludwig von Marwitz vertreten wurde, in seinen Möglichkeiten beschränkt worden. Unter dem Strich sei es aber zu einem Arrangement auf der Basis von «Leben und Lebenlassen» gekom-

men, das beide Seiten zufriedenstellte, aber sehr unheilvolle Folgen für die weitere preußische Geschichte zeitigen sollte:

«Die Ersetzung des monarchischen durch den bürokratischen Absolutismus führte in der vorindustriellen Gesellschaft Preußens vor allem zu einer Stärkung der autoritären Herrschaft sowohl der Verwaltungseliten als auch der adligen Gutsbesitzer.»³

In seinem späteren Aufsatz *Die Pseudodemokratisierung der Rittergutsbesitzerklasse* behauptete Rosenberg außerdem, dass Preußens autoritäre agrarische Eliten in den folgenden Jahrzehnten eine bemerkenswerte Fähigkeit zur Anpassung an die ökonomischen und politischen Erfordernisse der kapitalistischen Industriegesellschaft bewiesen hätten.⁴

Wenn Rosenbergs Argumente heute so vertraut und nicht eben originell erscheinen, dann nur deshalb, weil sie jahrzehntlang Historiker beeinflusst haben, und das nicht nur in den englischsprachigen Ländern, sondern auch in Deutschland, wo sie besonders seit der von Fritz Fischer ausgelösten Kriegsschulddebatte und dem Auftauchen von Bielefelder Historikern wie Hans-Ulrich Wehler in den sechziger Jahren große Wirkung entfalten konnten. Tatsächlich scheint es keineswegs abwegig zu behaupten, dass die in den dreißiger Jahren emigrierten Historiker mit ihrer Betrachtung der preußischen Ursprünge des modernen Deutschland wesentlich zur Vorstellung eines deutschen «Sonderwegs» beigetragen haben, einer Interpretation der deutschen Geschichte, in der Preußen seinen schlechten Ruf durchaus verdient hätte.⁵

Seit den fünfziger Jahren wurde die englischsprachige Preußenforschung mehr und mehr von Historikern bestimmt, die nicht in Deutschland geboren oder ausgebildet waren. Zu nennen ist hier vor allem Gordon A. Craig (1913–2005), dessen gewichtiges und einflussreiches Werk in weiten Teilen der preußischen Geschichte und ihrer Nachwirkung gewidmet ist.⁶ In Schottland geboren, wuchs Craig in Kanada und den USA auf und studierte später in Princeton und Oxford.⁷ Nach dem Militärdienst im Zweiten Weltkrieg lehrte Craig jahrzehntlang in Princeton und Stanford, wo er zum nordamerikanischen Doyen der Forschung und Lehre zur deutschen Geschichte wurde. Seine erste größere Arbeit *The Politics of the Prussian Army 1640–1945* von 1955⁸ war nicht nur für

3 Vgl. für das englische Originalzitat Hans Rosenberg: *Bureaucracy, Aristocracy and Autocracy: The Prussian Experience 1660–1815*, Cambridge, Mass. 1958, S. 222.

4 Vgl. Hans Rosenberg: Die Pseudodemokratisierung der Rittergutsbesitzerklasse, in: Hans Rosenberg: *Probleme der deutschen Sozialgeschichte*, Frankfurt/M. 1969, S. 7–50.

5 Zu den nach Nordamerika emigrierten Historikern vgl. u. a. Hartmut Lehmann und James J. Sheehan (Hg.): *An Interrupted Past: German-Speaking Refugee Historians in the United States after 1933*, New York 1991 sowie die lesenswerte Studie von Georg G. Iggers: *Refugee Historians from Nazi Germany: Political Attitudes towards Democracy*, US Holocaust Memorial Museum, Monna and Otto Weinmann Lecture Series, 14 September 2005, Washington, D. C. 2006 (www.ushmm.org/research/center/publications/occasional/2006-02/paper.pdf). Zu Rosenberg und dem Sonderweg vgl. William W. Hagen: *Descent of the Sonderweg: Hans Rosenberg's History of Old-Regime Prussia*, in: *Central European History* 24 (1991), S. 24–50.

6 Es soll an dieser Stelle nicht verschwiegen werden, dass der Verfasser des vorliegenden Artikels bei Gordon Craig in Stanford promoviert hat.

- 7 Eine sehr gute biographische Skizze zu Craig bietet Diethelm Prowe: Gordon A. Craig (1913–2005), in: German Studies Association Newsletter 31, Nr. 1 (Frühjahr 2006), S. 13–16.
- 8 In deutscher Übersetzung erschienen als Gordon A. Craig: Die preußisch-deutsche Armee. 1640–1945. Staat im Staate, Düsseldorf 1960.
- 9 Craig: Die preußisch-deutsche Armee, S. 32.

seine eigenen späteren Studien, sondern für die anglo-amerikanische Preußenforschung insgesamt richtungsweisend. Weniger als ein Jahrzehnt nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs trat Craig mit seiner Studie der verbreiteten Annahme eines autoritären deutschen Nationalcharakters entgegen und behauptete stattdessen, dass es vor allem die Politik der preußischen Armee gewesen sei, die verhinderte, dass liberal-konstitutionelle Institutionen im Deutschland des 19. Jahrhunderts wirklich Fuß fassen konnten. Schon lange hatte diese Armee die Gestalt Brandenburg-Preußens bestimmt:

«Die Schaffung einer Armee, die in der Lage war, den Hohenzollernherrschern internationale Anerkennung zu erringen, wurde nur dadurch ermöglicht, daß die gesamten Energien ihrer Untertanen der Unterhaltung dieses Heeres dienten. Die staatlichen Einrichtungen, die wirtschaftliche Tätigkeit und sogar die Sozialstruktur Preußens wurden weitgehend von den Bedürfnissen der Armee bestimmt; und wenn auch der auf diese Weise geschaffene preußische Staat ein Meisterstück bewußter Planung war, so war er nichtsdestoweniger im wesentlichen ein künstliches Gebilde, eines natürlichen Wachsens oder einer selbständigen Entwicklung unfähig.»⁹

Angesichts der Künstlichkeit des preußischen Staatsgebildes und der vielen Auf und Abs seiner Entwicklung betrachtete Craig die preußische Geschichte nie in teleologischen Kategorien. Als ein Forscher, der die Bedeutung von Strukturen kannte, aber dennoch an die Kontingenz und die verändernde Kraft des Einzelnen in der Geschichte glaubte, war Craig keineswegs davon überzeugt, dass das autoritäre und zunehmend militaristische preußisch-deutsche Kaiserreich nach 1871 – und noch weniger der schrille und überhebliche wilhelminische Staat nach 1890 – eine notwendige und unabwendbare Folge der preußischen Geschichte gewesen sei. Während Rosenberg in der Zeit der preußischen Reformen vor allem den Aufstieg der Bürokratie gesehen hatte, blieb Craig immer ein Bewunderer Steins und Hardenbergs sowie (mit Einschränkungen) auch Wilhelm von Humboldts; voll des Lobes war er für «die Zivilcourage, die geistige Unabhängigkeit und die

tiefe Vaterlandsliebe» der Militärreformer Scharnhorst, Boyen und Gneisenau, während er deren Nachfolger wegen ihres «mangelnden politischen Verantwortungsgefühls» ebenso leidenschaftlich kritisierte.¹⁰ Craig war davon überzeugt, dass Preußen wie alle historischen Phänomene das Resultat bewusster Entscheidungen und nicht ein Produkt unabwendbarer Naturgewalten war.¹¹

Obwohl Craigs Gelehrsamkeit die ganze deutsche Geschichte umfasste und auch größere Themen der Kulturgeschichte, der politisch-diplomatischen Geschichte und der Militärgeschichte nicht aussparte, kehrte er doch während seines langen Lebens immer wieder zur preußischen Geschichte zurück. Besonders gegen Ende seines Lebens sollte sich zeigen, wie sehr er sich vor allem einer Gestalt der preußischen – und deutschen – Geschichte verbunden fühlte, nämlich dem Schriftsteller Theodor Fontane, dem sich Craig in einem seiner letzten und wohl auch wichtigsten Bücher widmete.¹² Fontane steht, wie Craig immer wieder deutlich gemacht hat, vor allem für jene Haltung gegenüber seiner preußischen Heimat, in der sich die Ambivalenz und Widersprüchlichkeit spiegeln, die die preußische Geschichte seit dem 17. Jahrhundert kennzeichnen. Craig teilte Fontanes Ansichten besonders in Hinblick auf jene verhängnisvolle Neigung zu Arroganz und politischer Verantwortungslosigkeit, die seit 1860 in Preußens traditionellen monarchischen, aristokratischen, bürokratischen und agrarischen Eliten zunehmend verbreitet war. Auch stimmte Craig mit Fontane darin überein, dass zu einem nicht geringen Teil Otto von Bismarck für diese Entwicklung verantwortlich war. Craig schreibt dazu: «Bismarcks erfolgreiche Politik der 1860er Jahre machte Preußen größer, zugleich führte sie aber zu einem neuem Borussianismus, der unter Kaiser Wilhelm II. seine übelste und zugleich gefährlichste Gestalt annehmen sollte.»¹³

Wie Christopher Clark treffend bemerkt hat, war Fontane vielleicht ein guter Preuße – was immer man darunter zu verstehen hatte (und tatsächlich bestand darüber niemals Einigkeit) –, seine Literatur war aber vor allem in dem sandigen Boden seiner märkischen Heimat verwurzelt.¹⁴ Obwohl Fontane natürlich weit mehr ist als ein Heimatschriftsteller, ist sein Preußen – wie er es nicht nur in seinen Romanen, sondern auch in seinen *Wanderungen durch die Mark Brandenburg* verewigt hat – in erster Linie die Welt von

¹⁰ Ebd., S. 543.

¹¹ In seinen «Merle Curtis»-Vorlesungen an der University of Wisconsin stellt Craig in diesem Sinne die individuellen Entscheidungen Steins und von der Marwitz', Bettine von Arnims und Otto von Bismarcks, Theodor Fontanes und Wilhems II. sowie Otto Brauns und Konrad Adenauers einander gegenüber. Vgl. Gordon A. Craig: *The End of Prussia*, Madison, Wisconsin 1984.

¹² Theodor Fontane: *Literature and History in the Bismarck Reich*, New York 1999; auf Deutsch unter dem Titel: *Über Fontane*, München 1997.

¹³ Für das englische Original zitiert vgl. Craig: *End of Prussia*, S. 49.

¹⁴ Vgl. Clark: *Preußen*, S. 773-780.

- 15 Einen guten Überblick über die (vor allem) englischsprachige Preußenforschung zu Beginn des 21. Jahrhunderts gibt Philip Dwyer (Hg.): *Modern Prussian History*, 2 Bde., Harlow/Essex 2001.
- 16 James M. Brophy: *Popular Culture and the Public Sphere in the Rhineland 1800–1850*, Cambridge 2010, und Jonathan Sperber: *Rhineland Radicals: The Democratic Movement and the Revolution of 1848–1849*, Princeton 1992.
- 17 William W. Hagen: *Ordinary Prussians: Brandenburg Junkers and Villagers, 1500–1840* (Cambridge 2002).
- 18 Grays jüngste Forschungen sind noch nicht abgeschlossen. Vgl. auch seine frühere Arbeit zu Preußen unter dem Minister Stein: Marion W. Gray: *Prussia in Transition: Society and Politics under the Stein Reform Ministry of 1808*, Philadelphia 1986.

Berlin und seinem märkischen Umland. Gordon Craigs Identifikation mit Fontane verweist aber zugleich auf allgemeinere Trends in der englischsprachigen Preußenforschung, besonders nach den achtziger Jahren. Dazu gehört eine neue Aufmerksamkeit auf Phänomene des Transnationalismus, auf Regionalidentitäten und die Konstruktion von Kulturen ebenso wie die Geschichtlichkeit und Vergänglichkeit der Staaten selbst. In dieser Hinsicht hat sich seit den Tagen Rankes, Sybels, Treitschkes und auch noch Hintzes sehr viel getan.¹⁵ Was nun den speziellen Fall Preußen betrifft, so haben die englischsprachigen Historiker der jüngeren Zeit – häufig in Vergleichsstudien oder innerhalb größerer Problemkontexte – insbesondere folgende (sich zum Teil überschneidende) Themenfelder herausgearbeitet:

1.) Preußen war *nie* ein Nationalstaat, sondern ein veränderliches Konglomerat historisch und kulturell zum Teil extrem unterschiedlicher Teilgebiete vom Rheinland bis nach Schlesien. Preußens proteische, immer dynamische und schwer greifbare Gestalt verlangt genauere Blicke auf die jeweiligen regionalen Besonderheiten. Gerade englischsprachige Historiker haben diesen Regionalspezifika viel Aufmerksamkeit gewidmet und sie immer wieder mit übergeordneten historischen Problemen verknüpft. So haben etwa die amerikanischen Historiker James Brophy und Jonathan Sperber bahnbrechende Studien über das preußische Rheinland im 19. Jahrhundert vorgelegt und dabei Themen wie Volkskultur und politische Mobilisierung vor 1848 sowie die demokratischen Revolutionen danach behandelt.¹⁶

Ähnlich erhellend ist William Hagens von 1500 bis 1840 reichende Langzeitstudie über eine einzelne Gutsherrschaft in der Mark Brandenburg, auf die noch ausführlicher einzugehen sein wird. Hagen beleuchtet hier nicht nur die lokale Lebenswirklichkeit in einem der preußischen Kernlande, sondern vermittelt damit zugleich auch weiterreichende Einsichten in ländliche Gesellschaftsformen im östlichen Mitteleuropa der frühen Neuzeit.¹⁷ Auch von Marion Grays derzeit laufenden Arbeiten über eine andere brandenburgische Gemeinde des 18. Jahrhunderts dürfen wir uns wichtige Erkenntnisse vor allem zu Genderfragen dieser Epoche erwarten.¹⁸

2.) Wie Craig und andere Historiker nach ihm wiederholt betonen, war Preußen immer ein Staat im Werden, dessen Existenz niemals gesichert war und der mehr als einmal am Rande des Untergangs stand. Dass Preußen als Katalysator für die deutsche Einheit fungieren konnte, verdankte sich mindestens ebenso sehr einer Reihe historischer Zufälle – etwa dem Gewinn des Rheinlandes 1815, dem Entstehen des Zollvereins oder dem Verlauf des Verfassungskonflikts der 1860er Jahre – wie einer andauernden und kohärenten Großmachtspolitik des preußischen Staates. In der preußischen Geschichte finden sich nur wenige Belege für das, was Clark im zwölften Kapitel seines imposanten Buches sardonisch als den «Gang Gottes in der Welt» beschreibt.¹⁹ Tatsächlich war, wie der Verfasser des vorliegenden Essays in seiner eigenen Studie über Friedrich Wilhelm IV. und die preußische Monarchie gezeigt hat, eine in sich merkwürdig widersprüchliche und oft völlig planlose Politik, gleichsam eine wohlgeordnete Anarchie, durchaus charakteristisch für das politische System Preußens mit seiner eigenartigen Mischung aus bürokratischem Absolutismus und autonomer Willensgestaltung des Monarchen. Diese semi-anarchischen Verhältnisse resultierten aus der Tatsache, dass Preußen in vieler Hinsicht ein künstlicher und junger Staat war, dem es an langen Traditionen oder einer tief verwurzelten Loyalität seiner Bürger mangeln musste. Das Preußen des 19. Jahrhunderts ist damit ein gutes Beispiel für «erfundene Tradition»: Wo es an echter Tradition fehlte, musste sie künstlich hergestellt werden.²⁰

3.) Angesichts des Fehlens einer echten monarchischen oder territorialen Tradition und der Tatsache, dass sich Preußen ständig neu zu erfinden hatte (wie besonders nach 1789 und 1806), stand der monarchisch-bürokratische Staat technischer und ökonomischer Innovation, aber auch einigen Formen politischen und kulturellen Wandels außerordentlich aufgeschlossen gegenüber – besonders wenn die Letzteren eine Sicherung und Stütze für die zu allen Zeiten erstaunlich maroden staatlichen Strukturen versprachen. Einige der wichtigsten englischsprachigen Arbeiten zu Preußen haben in den letzten 30 Jahren vor allem diesen Zusammenhang herausgearbeitet, wenn auch auf je verschiedene Weise.

Die meisten dieser Arbeiten konzentrierten sich auf die ersten

19 Vgl. Clark: Preußen, S. 448.

20 David E. Barclay: *Frederick William IV and the Prussian Monarchy 1840–1861*, Oxford 1995, auf Deutsch unter dem Titel: *Anarchie und guter Wille. Friedrich Wilhelm IV. und die preußische Monarchie*, Berlin 1995.

- 21 Vgl. Robert M. Berdahl: *The Politics of the Prussian Nobility: The Development of a Conservative Ideology 1770–1848*, Princeton 1988 sowie Hermann Beck: *The Origins of the Authoritarian Welfare State in Prussia: Conservatives, Bureaucracy, and the Social Question, 1815–70*, Ann Arbor 1995.
- 22 Vgl. Eric Dorn Brose: *The Politics of Technological Change in Prussia: Out of the Shadow of Antiquity, 1809–1848*, Princeton 1992.
- 23 Vgl. James M. Brophy: *Capitalism, Politics, and Railroads in Prussia 1830–1870*, Columbus 1998.
- 24 Für das englische Originalzitat vgl. Matthew Levinger: *Enlightened Nationalism: The Transformation of Prussian Political Culture 1806–1848*, New York 2000, S. 227 und 241.

zwei Drittel des 19. Jahrhunderts, von Preußens Zusammenbruch 1806 bis zur Verfassungskrise und den Einigungskriegen der 1860er Jahre. Durchgängig wird argumentiert, dass sowohl die aristokratischen als auch die ökonomischen Eliten Preußens eine bemerkenswerte Fähigkeit zur Anpassung an die neuen Verhältnisse hatten und es ihnen daher immer wieder gelang, ihre eigenen Interessen durchzusetzen. Damit legten, wie Robert Berdahl und Hermann Beck in ihren wichtigen Studien betonen, die preußischen Konservativen der Vormärzzeit das Fundament für das, was Beck einen «autoritären Wohlfahrtsstaat» nennt, der seine Wurzeln unter anderem in der konservativen Idee eines «sozialen Königreichs» habe.²¹ Eric Dorn Brose zeigt darüber hinaus, dass sogar nach dem revolutionären Umsturz von 1819 die hohen Militärs technischen und anderen Innovationen gegenüber weiterhin aufgeschlossen blieben.²² In ähnlicher Weise argumentiert James Brophy, der zeigen konnte, dass preußische Bankiers und Industrielle gerade während der Restaurationsphase in den 1850er Jahren ihre wirtschaftlichen Interessen weit besser durchsetzen konnten, als es in der älteren Forschung meist behauptet wurde.²³ Matthew Levinger betont zudem, dass es der preußischen Führung nach 1806 durchaus gelungen sei, eine Modernisierungspolitik ins Werk zu setzen, die «einen durchgreifenden und unumkehrbaren Wandel» in der politischen Kultur Preußens bedeuten sollte. Levinger zieht den Schluss: «Man wird der preußischen Geschichte im 19. Jahrhundert nicht gerecht, wenn man sie als den Sonderfall einer pathologischen Fehlentwicklung betrachtet, sie scheint vielmehr ein durchaus exemplarischer Fall einer allgemeineren Tendenz der modernen Welt zu sein. [...] Überall waren Regierungen bemüht, die Kräfte ihrer Bürger zu lenken und für den Staat nutzbar zu machen, um so die verfassungsmäßigen Autoritäten eher zu stärken als zu unterminieren.»²⁴

Praktisch alle Arbeiten der achtziger und neunziger Jahre stehen der Idee eines «Sonderwegs» skeptisch gegenüber, und praktisch alle betonen zudem, dass Preußen innerhalb einer weiteren, europäischen Perspektive betrachtet werden müsse. Diese Argumentation findet sich auch in einer der wichtigsten Publikationen zu Preußen, die seit dem Jahr 2000 erschienen sind: William Hagens *Ordinary Prussians*, eine umfangreiche Studie, die das Leben

in der aus acht Dörfern in der Prignitz bestehenden Gutsherrschaft Stavenow über dreieinhalb Jahrhunderte hinweg verfolgt. Hagens sehr detaillierte Mikroanalyse zwingt uns, viele Vorurteile über Preußen zu überdenken, nicht zuletzt das Klischee von erzreaktionären oder «aus Tradition» paternalistischen Junkern einerseits und devoten, passiven und eingeschüchterten Bauern andererseits.²⁵ Hagens Buch zeichnet das wesentlich komplexere Bild einer preußischen Landbevölkerung, die aus konkreten, lebendigen Individuen besteht, durchaus in der Lage, ihre Interessen zu artikulieren und energisch zu vertreten, und in der die angeblich so unterdrückten Dorfbewohner ein bemerkenswertes «Talent zur Auflehnung und Selbstverteidigung»²⁶ besaßen. Mit seiner mikrohistorischen Untersuchung will Hagen eines der hartnäckigsten Klischees über die preußische Geschichte hinterfragen: «Das lange gepflegte Klischee, dass der preußische Staat auf den zwei langen Beinen Bürokratie und Armee sowie auf dem einen kürzeren Bein des Landadels gestanden habe, scheint [...] jedenfalls mit Blick auf die Zeit nach 1740 unhaltbar.»²⁷ Hagens Blick auf die «gewöhnlichen Preußen» liefert das Bild eines Landes, das doch normaler und weit weniger außergewöhnlich erscheint, als es lange wahrgenommen wurde, das sich also durchaus für einen Vergleich mit dem restlichen Europa eignet und in sich als gar nicht besonders anstößig erscheint.

Der andere große Beitrag zur Preußenforschung nach der Jahrtausendwende ist natürlich Christopher Clarks Preußen-Buch, das zugleich eine *Tour d'horizon* und eine *Tour de force* ist. Mitreißend in seiner Erzählung und prägnant in seinen Analysen, bezieht Clark praktisch alle wichtigen Debatten zur brandenburgisch-preußischen Geschichte in seine Studie ein und zeigt auf diese Weise, wie Preußen «gemacht und vernichtet»²⁸ wurde: eine sehr bewusste Wortwahl, die zeigen soll, dass es menschliches Handeln war, das Preußens Aufstieg und Niedergang bewirkt hat. Die konstruierte, ja gekünstelte Staatlichkeit Preußens – «planlos und improvisiert» – ist ein Leitmotiv des Buches. Wie viele seiner Zeitgenossen ist also auch Clark bemüht, Preußen in einem europäischen und nicht so sehr in einem deutschen Kontext zu betrachten: «Die Wahrheit ist, dass Preußen ein europäischer Staat war, lange bevor es ein deutscher wurde. Deutschland [...] war nicht die Erfül-

25 Vgl. Hagen: *Ordinary Prussians*, S. 652.

26 Engl. Originalzitat ebd. S. 654.

27 Engl. Originalzitat ebd. S. 651.

28 Im englischen Original «made and unmade» – die deutsche Ausgabe spricht von Entstehung und Untergang (a. a. O., S. 16) und verschleierte damit die vom Verfasser des vorliegenden Artikels betonte Pointe [Anm. d. Übers.].

29 Clark: Preußen, S. 13.

30 Jonathan Steinberg: Bismarck: A Life, Oxford 2011, S. 27. Vgl. auch die Kritik von Henry Kissinger in diesem Heft.

lung Preußens, sondern sein Verderben.»²⁹ Was am Ende von Preußen und seinem kometenhaften Aufstieg blieb, war das ursprüngliche Kernland: Theodor Fontanes Mark Brandenburg. Die preußische Geschichte begann, wie Clark es ausdrückt, in Brandenburg und sollte auch dort enden. Sein Provokationspotential hat Preußen für Clark, wie für andere englischsprachige Historiker, dabei längst verloren; es ist jetzt nicht mehr und nicht weniger als ein historisches Phänomen, das nach einer schlüssigen Erklärung verlangt.

Könnte man nun behaupten, dass die englischsprachige Preußenforschung mit Clarks Buch an einem Endpunkt angelangt ist? Tatsächlich ist es angesichts seiner monumentalen Leistung kaum vorstellbar, dass – wenigstens in den nächsten zwei bis drei Jahrzehnten – noch einmal eine Gesamtdarstellung der Geschichte Preußens erscheinen wird. Aber natürlich befassen sich einzelne Historiker im angelsächsischen Raum weiterhin mit wichtigen Detailproblemen der brandenburgisch-preußischen Geschichte. So arbeitet z. B. Benjamin Marschke zur Zeit an einer Biographie Friedrich Wilhelms I., die seit langem ein Desiderat ist. Jonathan Steinberg hat gerade eine mitreißende Bismarck-Biographie vorgelegt, die – teilweise an die früheren Arbeiten Ernst Engelbergs erinnernd – besonders die preußischen Wurzeln des Reichsgründers hervorkehrt: «Die preußische Herkunft definierte Bismarcks Ziele, beschränkte sie aber keineswegs.»³⁰

Wenn man auf etwa sieben Jahrzehnte englischsprachiger Preußenforschung zurückblickt, stellt sich die Frage, ob sich darin so etwas wie ein einheitlicher und charakteristischer angelsächsischer Ansatz ausmachen lässt. Man kann das aber wohl nur mit großen Einschränkungen behaupten. Englischsprachige Historiker waren nach 1945 immer auch von ihren deutschen Kollegen beeinflusst, zuerst von den Emigranten, später dann von den Fachkollegen, mit denen sie inzwischen über das Internet, bei Reisen und durch den internationalen Dozentenaustausch in enger Verbindung stehen; die Grenzen zwischen englisch- und deutschsprachiger Geschichtswissenschaft sind deshalb schon seit einiger Zeit immer durchlässiger geworden. Allerdings hat die englischsprachige Geschichtswissenschaft nach dem Krieg und vor allem

seit den achtziger Jahren auf ihre Weise viel dazu beigetragen, Preußen zu entmystifizieren. Clark hat das so ausgedrückt: «Als australischer Historiker, der im Cambridge des 21. Jahrhunderts arbeitet, bin ich glücklicherweise von der Verpflichtung (oder Versuchung) befreit, das historische Erbe Preußens zu beklagen oder zu feiern.»³¹

Nachdem Preußen in der englischsprachigen Welt nun nicht mehr als Provokation zu taugen scheint, muss man sich – trotz der bemerkenswerten Bücher von Hagen und Clark – fragen, ob es nicht sogar aufhören wird, ein wesentlicher Forschungsgegenstand zu sein. In Deutschland sind die Lehrstühle für preußische Geschichte von den Universitäten verschwunden, und in den USA ist das Thema Preußen immer seltener auf den Jahreskonferenzen der *German Studies Association* anzutreffen. Weit davon entfernt, Gegenstand anhaltender geschichtswissenschaftlicher Kontroversen zu sein, ist Preußen – zumindest in der englischsprachigen Welt – immer weniger im Gespräch.³² Sicher ist das bedauerlich, kann uns Preußen doch immer noch viel über die Kontingenz in der Geschichte und über die Entstehung des modernen Staates erzählen. Gerade weil Preußen nie ein Nationalstaat war, muss es in einer Zeit, die auf der einen Seite vom Transnationalismus und auf der anderen Seite von konkurrierenden Nationalismen geprägt ist, an Relevanz gewinnen.

Unterdessen strömen Teenager und Familien weiterhin in die *King of Prussia Mall* bei Philadelphia – fröhlich und gänzlich unbekümmert von der Tatsache, dass sie eigentlich ein Denkmal betreten, das im Jahr 2012 an den dreihundertsten Geburtstag des Philosophenkönigs von Sanssouci erinnern wird.

Aus dem Englischen von Jonas Maatsch

³¹ Clark: Preußen, S. 13.

³² Einige englischsprachige Arbeiten über Preußen haben in ihrer Beschwörung einer für immer verschwundenen Welt fast einen nostalgischen Einschlag. Vgl. James Charles Roys lebendige Darstellung der alten preußischen Ostgebiete: *The Vanished Kingdom: Travels through the History of Prussia*, Boulder, Colorado 1999.

JOACHIM RADKAU

Der Kuss des Atoms

Über die zwei Körper des Theodor Heuss

1 Jean Tulard: Napoleon oder der Mythos des Retters, Tübingen 1978, S. 343.

«Im Aussehen haben Bonaparte und Napoleon nichts gemein»: Mit dieser Beobachtung verblüfft der Napoleon-Biograph Jean Tulard seine Leser. «Der schwächliche General der Italienarmee, dessen schmales, grünliches Gesicht von langen Haaren umgeben war, hatte sich zu einem «kleinen», fast dickleibigen Mann entwickelt, mit einem rundlichen Gesicht, einer wächsernen Hautfarbe und kurzen Haaren.»¹ Gleich geblieben seien nur sein Blick, sein Lächeln, der Akzent von Ajaccio in seiner Stimme. Man könnte hinzufügen: Auch in der zeitüberdauernden Napoleon-Ikone, in den Reproduktionen der Gemälde von Jacques-Louis David lebte der jugendliche Leib Bonapartes fort und bescherte dem verfetteten Kaiser eine ewige Jugend.

Machen wir nun einen großen Sprung in unsere Zeit: einen Salto, der auf den ersten Blick wie eine Banalisierung dieses Themas wirkt. Im September 1950 bekam Theodor Heuss, seit einem Jahr Bundespräsident und alle Tage mit Briefen aus der Bevölkerung überschüttet, von einem Arno Kiessling ein Gedicht zugesandt: *Warnung. Unserem Herrn Bundespräsidenten in aufrichtiger Verehrung zugeeignet.* Das geht los: «Warum wird unser Theodor / in letzter Zeit so dick? / Er hat doch keinen Wettstreit vor / mit Ost-Kollegen Pieck?» Und weiter: «Daß er die jetzt'ge Form bewahrt, / das hielten wir für gut./ Denn's ist doch nicht des Schwaben Art, dass

er sich dicke tut. Ach je! Es war so or'ginell: / Ein dünner Präsi-
dent!- / Doch wird er dicker, sagt man schnell: / Sieh, wie die Zeit
verrennt! Kriegt einer mal vom Staat Gehalt, / sitzt nah dem Ka-
binett, / verliert er seine Linie bald / und wird allmählich fett.»

Ein solches Gedicht an den Bundespräsidenten: eigentlich eine Frechheit; und es wäre nicht zu verwundern, wenn es im Präsi-
dialamt umgehend in einen «Idiotenordner» gewandert wäre. Aber die Verse hatten Witz. Überdies hatte der respektvolle Spötter aus einer mitschwäbischen Vertraulichkeit heraus gereimt; und das Schwabentum war bei Heuss ein weicher Punkt. Und dass der Körper des ersten Bundespräsidenten sich schon im ersten Jahr seiner Amtszeit geradezu schlagartig in der monierten Art ver-
wandelt hat, sieht jeder auf den ersten Blick, der Heuss-Fotos in chronologischer Reihenfolge durchblättert; das war zu jener Zeit keineswegs nur diesem Gedichtemacher aufgefallen. Wie dem auch sei, der mit Arbeit überhäufte Heuss, der sich im Parlama-
rischen Rat noch mit dem Baudelaire-Übersetzer Carlo Schmid wechselseitig mit respektvollen Hexametern bedichtet hatte, schlug prompt mit einer eigenen Reimerei zurück: «Was Arno sieht, seh'n andere auch: / - schon rundet sich ein Bürgerbauch, / was meistens leichten Beifall findet, / weil manche Sorg mit ihm
entschwindet. Der Vorgang selber ist ganz klar, / er stellt ein Durchschnittsschicksal dar, / bei dem der Bundespräsident / sich nicht von seinem Volke trennt.» Und am Schluss der Hieb: «Doch nebenbei dem Warnungsraben: / Ich möchte Arnos Sorgen ha-
ben!»²

In der Tat, das beginnende «Wirtschaftswunder» war vor dem Hintergrund der Hungerjahre die bislang letzte Phase der deut-
schen Geschichte, in der Korpulenz als Ausdruck von Kraft wahr-
genommen wurde. Um die Jahrhundertwende, in Heuss' jugend-
bewegter Jugend, war schon einmal Schlankheit Trumpf gewesen; auch er selbst hatte dieses Ideal verkörpert und als 21jähriger in Naumanns *Hilfe* an den Muskelmännern des Jugendstilmalers Hodler die «Fähigkeit, den Körper zum Ausdruck der Seele zu stei-
gern», bewundert.³ Der disziplinierte Adenauer behielt noch als Bundeskanzler seine schlanke Figur. Das Neben- und Miteinander von Heuss und Adenauer symbolisiert körperlich, aber auch poli-
tisch gleichsam ein Yin und Yang, das die überraschende Stabilität

2 Heuss-Anekdoten. Gesammelt und erzählt von Hanna Frielinghaus-Heuss, München 1964 (immer neue Auflagen), S. 39 f.

3 Die Hilfe XI Nr. 28, 16. 7. 1905, S. 11.

- 4 Auf diesen Gedanken kam ich durch Helwig Schmidt-Glitzner auf der Marbacher Tagung «Heiterkeit als Ausnahmezustand?» im Januar 2011.

des neuen Staates begründete: die notwendige Symbiose des weichen und des harten Prinzips,⁴ der Inklusion und der Exklusion, der Öffnung zur breiten Masse der Staatsbürger über Parteigrenzen hinweg und der ausgrenzenden Parteipolitik, und nicht zuletzt auch: der Offenheit gegenüber der grenzenlosen Welt des Geistes im Anblick der Fronten des Kalten Krieges.

Aber zu diesem letztgenannten Heuss, der dem Bonner Politikbetrieb der fünfziger Jahre – der in den Augen vieler Intellektueller geistlos und provinziell im Zeichen der Restauration stand – ein Flair von Geist und Kultur verlieh, gehörte auch sein früheres, in seinem späteren Charisma fortwirkendes Erscheinungsbild, das er noch bei seiner Wahl zum Bundespräsidenten geboten hatte: das Bild des ausgemergelten, scheinbar ganz aus dem Geist lebenden Idealisten mit den großen Augen. Als Heuss Präsident geworden war und das Schmunzeln zu seinem Markenzeichen wurde – auf früheren Fotos lächelt er fast nie –, verengten sich seine Augen oft zu Schlitzeln; aber ein feiner scharfgeschnittener Zug blieb seinem Antlitz auch bei wachsender Leibesfülle erhalten. Auf seine Art verkörperte er eine Synthese des alten imaginären Landes der Dichter und Denker und des neuen Wirtschaftswunderlandes: eine Synthese, die vielen Zeitgenossen nicht gelang.

Dem körperlichen Wandel war bei Heuss eine geistige Weitung vorausgegangen. Später, als er altmodisch wirkte, erschien er oft als letzte politische Verkörperung des alten deutschen Bildungsbürgertums; und doch hat kaum ein anderer prominenter Deutscher seiner Zeit mit derartiger Intensität und Kompetenz eine Vermittlung zwischen humanistischer Tradition und naturwissenschaftlich-technischer Intelligenz betrieben wie er. Mit dem üblichen Instrumentarium der Politikgeschichte ist es bislang nie gelungen, Heuss' grenzüberwindende Bedeutung, die er im Empfinden vieler Zeitgenossen besaß, auf den Begriff zu bringen; dagegen führt die provokative These des britischen Physikers und Schriftstellers Charles P. Snow von 1959 über die «zwei Kulturen» zu einem Deutungsansatz, der bereits dem politischen Tiefpunkt der Heuss'schen Lebensgeschichte während der Zeit der NS-Herrschaft einen Sinn gibt.

Snows Vortrag war ein Generalangriff auf die aus seiner Sicht nach wie vor bestehende Dominanz der literarisch-geisteswissen-

schaftlichen Kultur in der guten Gesellschaft – im damaligen Oxford und Cambridge noch markanter als in dem vom Krieg verwüsteten Deutschland – und die sich immer noch vertiefende Kluft zu den Naturwissenschaften und der Technik, die aus der Sicht Snows – da war er ein schlechter Prophet – dazu führe, dass der Westen immer katastrophaler hinter den kommunistischen Machtblock zurückfiel. Besonders ärgert er sich über George Orwells «1984». «Wenn die Naturwissenschaftler die Zukunft im Blut haben, dann reagiert die überkommene Kultur darauf mit dem Wunsch, es gäbe gar keine Zukunft.»⁵ Aus heutiger Sicht enthält Snows Rede blühenden Blödsinn: So ist er fest davon überzeugt, Naturwissenschaft und Technik würden bis zum Jahr 2000 – nicht zuletzt dank der Atomenergie – Armut und Ungleichheit auf der ganzen Welt überwunden haben.⁶ Ihm selbst ging es eben gar nicht um die Vermittlung zwischen den beiden Kulturen, sondern um den Sieg der naturwissenschaftlich-technischen Kultur, nicht zuletzt auf der Ebene der staatlichen Fördermittel. So hat er im Endeffekt dazu beigetragen, die Kluft zwischen den beiden Kulturen zu vertiefen. Vor diesem Hintergrund erkennt man umso deutlicher die Leistung eines Theodor Heuss.

Zum 80. Geburtstag von Otto Hahn, dem Entdecker der Kernspaltung, am 8. März 1959 hielt Theodor Heuss eine Festrede, die er wie üblich selber beim Schoppen Wein ohne Ghostwriter verfasst hatte; die Aufgabe seiner Mitarbeiter bestand lediglich darin, seine Reden zu «entheussen», nämlich von Abschweifungen und komplizierten Satzkonstruktionen – Heuss kannte seine Schwäche – leidlich zu entschlacken. Wie so oft zeigte Heuss eine naturwissenschaftliche Detailkenntnis, wie sie nur wenige humanistische Bildungsbürger besessen haben dürften; so wusste er, dass der als «Atomphysiker» geltende Hahn eigentlich Chemiker war,⁷ dann jedoch Pionier im «Niederbrechen der Grenzen zwischen Physik und Chemie» wurde. Das war für Heuss, der den meisten Fachhistorikern mit seinem Arsenal historischer Anekdoten turmhoch überlegen war, eine Gelegenheit, daran zu erinnern, dass einst sein Heilbronner Mitschwabe Robert Mayer, der Entdecker des Gesetzes von der Erhaltung der Energie, diese Fächergrenze bereits von der Physik her durchbrochen hatte.

Aber dann nahm Heuss' Rede eine ungewöhnliche Wende: Der

5 Helmut Kreuzer (Hg.): Die zwei Kulturen. Literarische und naturwissenschaftliche Intelligenz. C. P. Snows These in der Diskussion, München 1987, S. 27.

6 Ebd., S. 51.

7 Ein Lieblingsmemento der Chemiker jener Zeit; auch der damalige Bundesatomminister Siegfried Balke, selber von Hause aus Chemiker, wies gerne darauf hin.

8 Ralf Dahrendorf/Martin Vogt (Hg.): Theodor Heuss – Politiker und Publizist, Tübingen 1984, S. 485 ff.

9 Ebd., S. 486 f.

Bundespräsident erinnerte sich, dass er 1950 Hahn «fast einen Kuss gegeben hätte». Da habe ihm der Atomforscher nämlich gestanden – gewiss kokettierte der Nobelpreisträger ein wenig –, dass er sich bei Aufgaben öffentlicher Repräsentation «so unsicher» fühle. Heuss: «Wieso denn?» «Und dann kam das Geständnis: ›Ich bin ja nur Oberrealschüler!‹ Es war ein schöner Augenblick, die Situation, da Hahn einen Kuss von mir riskiert und meine Liebe gewonnen hatte.» Die Szene wurde bühnenreif: Aus dem Publikum kamen Zurufe, jetzt sei doch der Moment gekommen, Hahn zu küssen; und wirklich, Heuss ging auf ihn zu und umarmte und küsste den Doyen der deutschen Atomforschung. Dieser Kuss wurde im Fernsehen gesendet; Heuss, an die Präsenz dieses neuen Mediums noch nicht gewöhnt, erfuhr erst nachträglich davon, aber diese Art von Publicity machte ihm großen Spaß – immer wieder kommt er in Briefen auf diesen telegenen Kuss –, auch wenn er sich gegen den Verdacht verwahrte, mit dem Kuss des Oberrealschülers das humanistische Gymnasium abwerten zu wollen.⁸

Man bedenke: Dieser Kuss besaß 1959 anders als 1950 einen politischen Beigeschmack, der nicht ohne Pikanterie war; denn Hahn war einer der Unterzeichner des Göttinger Manifests der Atomphysiker vom April 1957 gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr gewesen, das Adenauer auf dem Höhepunkt seiner Popularität erheblich zu schaffen machte, gerade weil der alte Otto Hahn ähnlich wie Albert Schweitzer, der sich zu jener Zeit mit Heuss zu duzen begann, damals wirkungsvoll als Gegenautorität gegen den greisen Bonner Patriarchen aufgebaut wurde. Heuss allerdings, in Wehrfragen loyal gegenüber dem Kanzler, ging vor dem Kuss indirekt zu Hahns politischem Engagement auf Distanz: Zu Unrecht fühle sich der Entdecker der Kernspaltung in «ethischer Bedrängnis». «Ich will Ihnen nur dies sagen, lieber Professor Hahn, von dieser Sorge muss Ihre Seele frei sein und frei bleiben.»⁹

Ein Brückenschlag zwischen dem Schögeistigen und den Naturwissenschaften war in Heuss von Jugend auf angelegt; aber bis zu der vom NS-Regime erzwungenen schöpferischen Pause blieben diese Ansätze unausgegoren. «In der Schule war ich zur Beirühmung meiner Lehrer in der Mathematik nur ein durchschnittli-

cher Schüler, denn meine Interessen lagen viel stärker in den literarischen und künstlerischen Dingen», gestand der Bundespräsident 1952 einem schwäbischen Gymnasialdirektor, der ihm – eigentlich eine naive Autoreneitelkeit! – ein Eigenprodukt *Mathematik für jedermann* zugesandt hatte; aber das habe sich geradezu schlagartig geändert, als er «dauernd Weinberghäuschen» gezeichnet habe, «so dass das kubische Vorstellungsvermögen stärker ausgebildet war als bei den anderen».¹⁰ *Weinbau und Weingärtnerstand in Heilbronn am Neckar* wurde 1905 sein Dissertationsthema bei dem Ökonomen Lujo Brentano; es war, wie der Weinfreund Heuss später zugab, eine «unbekümmerte und unberatene Themenwahl», aber eine höchst originelle, wobei er sich nicht nur mit der «sozialen Frage» und den damaligen Kontroversen um die Zollpolitik beschäftigte, sondern sich auch, so gut das bei seinem raschen Arbeitstempo ging, in die Technik des Weinanbaus und der Winzerei einarbeitete. Das ließ sich nicht allein aus Akten und Büchern lernen; zu diesem Zweck ließ er sich als Hilfskraft in die Weinberge mitnehmen. Am Ende kommt heraus, dass die natürlichen Bedingungen für die Qualität des Weins wichtiger sind als Zollpolitik und Genossenschaftswesen.¹¹ Gerade an solchen Stellen spürt man schon etwas von dem Esprit des späteren Heuss.

Zum politischen und auch geistigen Lehrmeister des jungen Heuss wurde Friedrich Naumann, der Charismatiker des wilhelminischen Liberalismus, dessen rhetorische Feuerwerke allerdings meist ohne praktische Wirkung verpufften. Der begeisterungsfähige Mann verfiel zwischendurch in einen wilden Enthusiasmus für die neueste und kühnste Technik und daher auch für den «Geist des Großbetriebs»,¹² der sich die größte und teuerste Spitzentechnik leisten konnte. Für den Ex-Pfarrer wurde die moderne Technik förmlich zum *deus ex machina*; wie der mit ihm befreundete Max Weber berichtet, brachte er es fertig, zu verkünden: «Gott will die Maschine.» Und in gesperrtem Druck: «*Das erste Merkmal der demokratischen Industriepolitik ist die freudige Zustimmung zu jeder Art von technischem Fortschritt.*»¹³ Zu jeder! Dabei ging seine Technikbegeisterung kunterbunt durcheinander mit anderen Begeisterungen: für Waldgottesdienste und Naturheilkunde, für demokratisches Kaisertum, für deutschen Orient-Imperia-

10 Am 30. 5. 1952 an Richard Stiegler, in: Wolfram Werner (Hg.): Theodor Heuss – Hochverehrter Herr Bundespräsident! Der Briefwechsel mit der Bevölkerung 1949–1959, Berlin 2010, S. 205.

11 Theodor Heuss: Weinbau und Weingärtnerstand in Heilbronn am Neckar, neu hg. mit einer Einleitung von Isolde Döbele-Carlesso, Brackenheim 2005, S. 7 ff., 79, 91.

12 Theodor Heuss: Friedrich Naumann. Der Mann, das Werk, die Zeit, 2. Aufl. Stuttgart 1949, S. 336.

13 Joachim Radkau: Max Weber – Die Leidenschaft des Denkens, München 2005, S. 514.

- 14 Heuss: Naumann, S. 512 f.
- 15 Einer seiner Anhänger schrieb ihm 1896 - und diese Heilserwartung war nicht untypisch: «Wir halten Sie für einen von Gott berufenen Mann, die traurige Zerrissenheit im Innern unseres Volkes zu beseitigen ...» Peter Theiner: Sozialer Liberalismus und deutsche Weltpolitik, Baden-Baden 1983, S. 54.
- 16 So in seinem langen Brief vom 6. 6. 1938 an den ihm gut bekannten Wilhelm Stapel, der die Naumann-Biographie eher enttäuscht, wenn auch respektvoll rezensiert hatte: Heuss sei «mehr gelehrt als leidenschaftlich». «Die Objektivität liegt wie ein Nebel über der Darstellung und macht die Farben grau, die Gegensätze unscharf.» Elke Seefried (Hg.): Theodor Heuss - In der Defensive. Briefe 1933-1945, München 2009, S. 318 f.

lismus, für selbstbewusste Facharbeiter und kinderfreudige Mütter. Es war die Technikschwärmerei eines blutigen Dilettanten.

Gerade in der NS-Zeit, als Heuss seine monumentale Naumann-Biographie schrieb, wurde ihm diese Seite seines einstigen Mentors suspekt. In seinem Nachwort von 1949 verwahrte er sich natürlich dagegen, den Führer der «Nationalsozialen» unter die Vorläufer Hitlers einzureihen, und doch: «Aber eines würde Naumann an Hitler mit Schrecken bewundert haben: die Technik der bewussten Vermassung» - Naumann, «der für das Technische so anfällig war». «Mit Schrecken bewundert»: «die Technik der Allgegenwärtigkeit mit dem Drum und Dran von Flugzeug, Kino, Radio, Sporthallen und Aufmärschen».¹⁴ Hier lenkt Heuss bereits den Blick auf die technokratische Seite der NS-Diktatur, die erst dreißig Jahre darauf, durch den Wirbel um die Memoiren Albert Speers, ins Zentrum der Aufmerksamkeit rückte. Die Naumann-Biographie verfällt streckenweise in den Ton der Hagiographie; und doch wirkt sie auf den, der den verzückten Enthusiasmus der Naumann-Jünger kennt,¹⁵ eher «verhalten» - so sein eigenes Urteil - und distanziert. Er wollte, wie er sagte, «für den Historiker des Jahres 1980 schreiben»¹⁶. Spätestens in der NS-Zeit wird die politische «Romantik» für Heuss der Inbegriff dessen, was er nicht ausstehen kann. Darin spürt man unausgesprochen eine Emanzipation von seinem politischen Ziehvater Naumann, der eine sehr wilhelminische Polit-Romantik bis zum Exzess verkörperte und selbst dann, wenn er kälteste Nüchternheit forderte, in den Ton des Erweckungspredigers verfiel.

Naumann war der geistige Gründervater des 1907 ins Leben gerufenen Deutschen Werkbundes, zu dessen Vorstand Heuss ab 1924 gehörte und der zu einem Knotenpunkt des umfangreichen Heuss'schen Beziehungsnetzes wurde. Der Werkbund erstrebte eine Synthese von Kunst und moderner Technik, mit dem Ziel einer «Wiedereroberung harmonischer Kultur», aber auch der Profilierung deutscher Qualitätsarbeit auf dem Weltmarkt. Dennoch ging es im Innern des Werkbundes oftmals höchst unharmonisch zu; die einen strebten nach einem modernen Industriedesign auf der Basis mechanisierter Produktion, die anderen träumten von einer Renaissance des Handwerks und glaubten an eine unüberbrückbare Kluft zwischen Kunst und moderner Tech-

nik, und die dritten forderten das eine und praktizierten das andere.

Alles in allem ein konfuse Durcheinander von schöngestigen Idealen und futuristischen Technik-Ambitionen; auch Heuss brachte in den zwanziger Jahren in die Konfusionen keine Klärung.¹⁷ Der Werkbund suchte die Arbeiter zur Neuen Sachlichkeit bei der Einrichtung ihrer Wohnungen zu erziehen; aber dieses vorgeblich aus moderner technischer Funktionalität entsprossene Leitbild spiegelte in Wahrheit eine neue bildungsbürgerliche Mode: «Es gibt keinen Beweis dafür, dass Arbeiter jemals, außer unter dem Diktat der Not, sich freiwillig für einen kulturellen Code der Kargheit entschieden hätten.»¹⁸ Auch Heuss schimpfte bisweilen im Stil der Neuen Sachlichkeit auf das «Muschelmöbel-dreckzeug der Ramschbasare»; aber als er 1951 in Stuttgart vor dem neu gegründeten Deutschen Werkbund auf dessen Geschichte zurückblickte, kommentierte er die einstige Begeisterung seiner selbst und seiner Mitstreiter – «künstlerisch interessierter Literaten» – für das karge Arbeiter-Serienmöbel mit dem neuen souveränen Präsidentenhumor: Man habe schließlich einsehen müssen, «gekauft wird die Sache von den Berliner Arbeitern *nicht*, sondern vom Lehrer, vom Studienrat, vom Postbeamten; ganz einfach, der damalige «Kunstwart»-Leser hat die Dinge gekauft.» Er habe «zwei Berliner Semester bei einem Borsig-Arbeiter gewohnt – das war echtste Renaissance», und die Wirtin, stolz auf das vornehme Dekor, habe das viele Staubwischen gerne auf sich genommen.¹⁹

Spätere Heuss-Biographen haben sich redlich bemüht, schon in dem Heuss der zwanziger Jahre die Weltweisheit und das Charisma des späteren Bundespräsidenten zu erkennen. Die Protokolle der Führungsgremien der Deutschen Demokratischen Partei (DVP) und der auf sie folgenden Deutschen Staatspartei während der gesamten Weimarer Zeit lassen jedoch gar keinen Zweifel daran, dass Heuss selbst innerhalb seiner eigenen, immer mehr schrumpfenden Partei eine wenig bedeutende Randfigur ohne klares Profil war und blieb.²⁰ Dabei schrieb und redete er unablässig; immer wieder gelang ihm dieses und jenes Bonmot, aber oft blieb doch am Ende undeutlich, worauf er hinaus wollte, und ebenso oft machte er für einen rundum brillanten Stil zuviel Worte. Als

17 Joan Campbell: Der deutsche Werkbund 1907-1934, Stuttgart 1981 (amerikanische Ausgabe 1978).

18 Gert Selle: Design-Geschichte in Deutschland. Produktkultur als Entwurf und Erfahrung, Köln 1987, S. 136.

19 Theodor Heuss: Was ist Qualität? Zur Geschichte und Aufgabe des Deutschen Werkbundes, Tübingen 1951, S. 41 f.

20 Lothar Albertin (Hg.): Linksliberalismus in der Weimarer Republik. Die Führungsgremien der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Staatspartei 1918-1933, Bonn 1980.

- 21 Modris Eksteins: Theodor Heuss und die Weimarer Republik, Stuttgart 1969, S. 76 f. Jürgen C. Heß: Theodor Heuss vor 1933, Stuttgart 1973, schweigt über dieses aus der Distanz nur schwer verständliche Intermezzo. Heuss selbst (Erinnerungen 1905-1933, Tübingen 1963, S. 312) hat später ebenfalls keine klare Motivation mehr zu bieten: «Ich war dadurch ganz unversehens, wohl zum erstenmal, in der deutschen Öffentlichkeit berühmt, vielmehr berüchtigt geworden, als ›Reaktionär.›»
- 22 Voll unfreiwilliger Komik ist die Erläuterung des preußischen Ministerialrats Richter: Der Kampf gegen Schund- und Schmutzschriften in Preußen, Berlin 1929, der als Musterbeispiel vor allem den Fortsetzungsroman «Die schöne Krankenschwester» präsentiert: nicht etwa wegen pornographischer Elemente, sondern wegen des gänzlich unrealistischen Charakters der Handlung.
- 23 Heuss an Heinrich Lilienfein, 22. 12. 1926, in: Michael Dormmann (Hg.): Theodor Heuss - Bürger der Weimarer Republik. Briefe 1918 - 1933, München 2008, S. 276 f.
- 24 Vgl. Angelika Schaser: Helene Lange und Gertrud Bäumer - Eine politische Lebensgemeinschaft, Köln 2000, S. 242 f. Auch sie vermag jedoch dieses Engagement, mit dem Gertrud Bäumer wohl als Parlamentarierin «das meiste Aufsehen» erregte, nicht so recht zu erklären und geht rasch darüber hinweg.

Journalist wurde er eben teilweise nach Zeilen bezahlt; und er hatte noch keine Mitarbeiter, die seine Manuskripte «entheussten».

Der einzige Fall, bei dem er sich mit merkwürdiger Hartnäckigkeit politisch exponierte, war - strategisch betrachtet - ein vollständiger Reinfall: sein jahrelanges Engagement für das 1926 in Preußen erlassene, dann auch auf Reichsebene durchgebrachte «Gesetz zur Bewahrung der Jugend vor Schmutz- und Schundschriften», mit dem er nicht nur den Hohn der *Weltbühne*, sondern auch den Zorn eines Thomas Mann auf sich zog.²¹ Musste ein erfahrener Literat wie Heuss nicht am besten wissen, dass sich «Schund und Schmutz» unmöglich juristisch exakt definieren lassen und das Einschreiten gegen minderwertige Literatur mittels der Staatsgewalt an Don Quijotes Kampf gegen die Windmühlensflügel erinnert?²² Warum sich Heuss ausgerechnet in dieses Thema eigensinnig verbiss, sich von Kreisen, die ihm bis dahin wohlgesonnen waren, isolierte und über dieser Affäre sogar aus dem Vorstand des Schutzverbandes deutscher Schriftsteller austrat²³ - einem für ihn zeitlebens bedeutsamen literarischen Netzwerk -, ist bis heute nicht befriedigend geklärt. Offenbar war der Einfluss Gertrud Bäumers von Bedeutung:²⁴ Carl von Ossietzky spottete in der *Weltbühne* über das Philister-Duo «Gertrud Heuss und Theodor Bäumer», «rührige Windelwäscherinnen der deutschen Bildung».²⁵ Den «Witz» der Geschlechtermixtur mit Heuss' Feminisierung - erst später durch den Rundfunk wurde der Bevölkerung die tiefe Basstimme des ersten Bundespräsidenten vertraut - hatte er von Tucholsky.²⁶ Die Episode ist umso skurriler, als dieser Streit ganz dazu angetan war, die Kluft zwischen traditionellen Bildungsbürgern und modernen Intellektuellen und Literaten zu vertiefen: eine Kluft, deren Verschärfung für die ohnehin bröckelnde DDP eine «Zerreißprobe» bedeutete - Theodor Wolff, der Star unter den liberalen Presseredakteuren, trat damals voller Empörung aus - und die kein anderer als Heuss später in seiner Präsidentenrolle mit virtuoser Lässigkeit zu überspielen verstand. Wer nur den späteren Bundespräsidenten vor Augen hat, erkennt Heuss in diesem Hickhack nicht wieder.

Politisches Format bekam Heuss erstmals - wenn auch nur in bestimmten Situationen - in der Auseinandersetzung mit dem

Nationalsozialismus, wenn auch sein Ende 1931 publiziertes Buch *Hitlers Weg* aus der besserwisserischen Retrospektive allzu verharmlosend wirkt und Heuss sich 1933 von Parteifreunden dazu bewegen ließ, dem Ermächtigungsgesetz zuzustimmen. Er verlor dennoch alle Positionen – sein Reichstagsmandat und seine Dozentur an der Deutschen Hochschule für Politik –, und von nun an beruhte sein bürgerliches Dasein – um mit Bourdieu zu reden – bis 1945 einzig auf kultureller Distinktion. Diese Art von Bürgerlichkeit verstand Heuss jedoch nun umso eindrucksvoller auszubauen. In jener Zeit entstand ein neuer Heuss, der ab 1949 die Position des Bundespräsidenten in einer Weise auszufüllen verstand, die fast vom ersten Augenblick an ein allgemeines und wachsendes Entzücken hervorrief.

Eine Situation, die auf unzählige Leidensgenossen lähmend wirkte, stimulierte seine Kreativität in einer Weise, die man gerade im Vergleich zu anderen, denen es ähnlich erging, nur phänomenal nennen kann. War er bis dahin ein Mann der schnell heruntergeschriebenen Artikel gewesen, von denen man besser nicht zu viele auf einmal liest, betrieb er jetzt gründliche Quellenforschung und arbeitete mit langem Atem; normalerweise erlebt man in der Vita von Wissenschaftlern eher die umgekehrte Metamorphose. Wie schon in seiner literarischen Kleinkunst der biographische Essay überwog – Ernst Wolfgang Becker zählte in der Heuss'schen Publizistik bis 1953, man staune, «mindestens 700 biographische Porträts»²⁷ –, waren auch alle seine größeren Werke Biographien. 1937 publizierte er die große Naumann-Biographie, 1939 die Lebensgeschichte von Anton Dohrn, 1942 das schmale Bändchen über Justus von Liebig; und in den letzten Kriegsjahren entstand trotz Luftalarm und Weltuntergangsstimmung das allergrößte Opus, das erst 1946 veröffentlicht werden konnte: die Biographie von Robert Bosch.

Alle Bücher entstanden als Auftragsarbeiten, aber wurden doch weit mehr als dies: In allen Fällen besaß Heuss eine persönliche Beziehung zu dem, dessen Lebensgeschichte er schrieb, oder wie im Falle Dohrns und Liebigs zumindest zu dessen Familie. Liebig war der Großonkel seiner Frau; in den anderen Fällen liefen Beziehungen beim Werkbund zusammen. Den finanziell lukrativen Bosch-Auftrag erlangte Heuss durch seine Liebig-Biographie.²⁸

- 25 Carl v. Ossietzky: Die große republikanische Partei, in: Die Weltbühne, XXIV. Jg., Nr. 25, 19. 6. 1928, S. 928. Auch Kurt Tucholsky erblickte in Gertrud Bäumer, der «Demokratin aus der Naumannschen Schlafwagengesellschaft Mitropa», die Drahtzieherin des Gesetzes gegen Schund und Schmutz.
- 26 Kurt Tucholsky: Keinen Mann und keinen Groschen, in: Die Weltbühne, XXIII. Jg., Nr. 14, 5. 4. 1927, S. 527, wo er *Die Hilfe*, einst das Organ Naumanns, den «Tummelplatz des männlichen Oberzensurats Bäumer und der Oberzensurrätin Heuss» nennt.
- 27 Ernst Wolfgang Becker: Biographie als Lebensform. Theodor Heuss als Biograph im Nationalsozialismus, in: Wolfgang Hardtwig/Erhard Schütz (Hg.): Geschichte für Leser. Populäre Geschichtsschreibung in Deutschland im 20. Jh., Stuttgart 2005, S. 59.
- 28 Seefried: Heuss – Briefe 1933-1945, S. 432 (an Robert Bosch, 6. 3. 1942).

- 29 Ebd., S. 489 f. (an Christel Matthias Schröder, 13. 6. 1944).
- 30 Ebd., S. 360 (an Wilhelm Stapel, 25. 10. 1939).
- 31 Rolf Wiggershaus: Die Frankfurter Schule, München 1986, S. 389.

1944 nannte er es eine «merkwürdige Fügung», «dass meine drei letzten biographischen Bücher über Anton Dohrn, über Justus Liebig und jetzt das Buch über Bosch sich mit Männern der Naturwissenschaft und der Technik zu befassen haben, obwohl ich selber in diesen Gebieten nur sehr laienhafte Kenntnisse besitze». Damals hatte er sogar Lust bekommen, ein ganzes Buch «zu dem Problem der Technik» – nicht mehr nur eine Techniker-Vita – zu schreiben. Sein historisches Wissen wollte er dabei in der Weise ausspielen, dass er darstellte, «wie viele Generationen schon im Pro und Contra» jene Auseinandersetzungen über Technik erlebten, die zu Unrecht als brandneu galten, aber auch mit Betrachtungen über den «Prozess der dauernden Selbstentwertung des technischen Fortschrittes» durch eben diesen Fortschritt selbst: ein Phänomen, das er «nicht stark genug beachtet» fand.²⁹

1939, bei der Arbeit an der Biographie des Zoologen Anton Dohrn, bekannte Heuss, es sei ihm anfangs «etwas unheimlich» gewesen, «so nahe an die Naturwissenschaften heranzugehen».³⁰ Wiederholt stößt man bei ihm darauf, dass er die NS-Ideologie als eine Art von «Naturalismus» interpretierte. Er zog daraus jedoch nicht die Folgerung, die Natur als Niederes abzutun und den bildungsbürgerlichen Kult des «Geistes» – «Es ist der Geist, der sich den Körper baut» – umso vollmundiger zu betreiben; sondern er nahm auf seine Art die naturalistische Herausforderung an – so wie es auf sehr andere Weise Horkheimer und Adorno, die den Nationalsozialismus als «Rache der Natur» bezeichneten,³¹ in der *Dialektik der Aufklärung* taten. Sehr im Unterschied zu dem, was man von Heuss' Vorleben her erwarten könnte, sind die Biographien der beiden Naturwissenschaftler und der beiden Techniker mit mehr Geist und Schwung, teilweise sogar mit deutlich mehr innerer Wärme geschrieben als das *opus magnum* über Naumann.

Zu jener Zeit war die später von Snow angeprangerte Entfremdung zwischen den «zwei Kulturen» in der Wahrnehmung der Gebildeten schon weit vorangeschritten; bereits seit Liebigs Zeiten wurde es auf beiden Seiten sogar Mode, den Kontrast zu überzeichnen. Da stand je nach Sichtweise und Sympathie der exakte Naturwissenschaftler dem spekulativen Geisteswissenschaftler gegenüber oder der sich mit seinem Herzblut in alles Menschliche einfühlende Humanist dem am Mikroskop in seinem Labor sit-

zenden Naturwissenschaftler, der – kühl bis ins Herz hinan – die Natur als ein fremdes Ding beobachtet. Ein gemeinsamer Grundzug der genannten vier Heuss-Biographien besteht dagegen darin, dass eine derartige Trennscheide auf menschlicher Ebene nirgends zu erkennen ist. Auch Techniker und Naturwissenschaftler – und zwar gerade die schöpferischen Pioniere – sind von Leidenschaften und Visionen getrieben, von einem Streben nach Lebenssinn und Welterklärung. Meist eilt die Intuition der rationalen Konstruktion voraus. Ohne schöpferische Phantasie, aus dem bloßen Registrieren von Daten heraus entsteht nichts Neues. Und gerade weil der Einzelne auf sich allein gestellt nicht viel vermag, besteht oft ein intimer Zusammenhang zwischen Forschung und Freundschaft, zwischen technischen Entwicklungen und menschlichen Netzwerken. Gerade in den Nöten der NS-Zeit machte Heuss an sich selber die Erfahrung, wie existenzwichtig ein weit verzweigtes Netz guter Bekannter ist, denen man vertrauen kann. Das Stuttgarter Theodor-Heuss-Haus zeigt das «Freundschaftsgeflecht» des jungen Heuss auf einer großen Schautafel;³² das menschliche Netzwerk des späteren Heuss hätte den Raum gesprengt.

Die Technikgeschichte mit ihren Innovationen ist eine Geschichte der Überraschungen; das war Heuss mehr denn je bewusst. Aber als der Bundespräsident 1950 mitbekam, dass die deutsche Industrie auf ihrer ersten Nachkriegsausstellung in New York mit billigem Amerikanismus zu reüssieren suchte, las er ihr die Leviten und brachte seine spezielle Geschichtskennntnis ins Spiel: «Es ist eine alte, oft vergessene Lehre: wer in der Exportnotwendigkeit nur die Anpassung an die Fremde sieht, macht meist nur ein kurzatmiges Geschäft.»³³ In dem ersten großen Warenhunger nach der Währungsreform fand auf dem Binnenmarkt nahezu alles seinen Absatz; das war für den neuen Bundespräsident genau die Situation, in der er seine bis auf die Werkbund-Zeit zurückreichende historische Kompetenz ausspielen konnte.

In jenem Brief von 1939, in dem Heuss bekannte, seine neue Intimität mit den Naturwissenschaften sei ihm anfangs «etwas unheimlich» gewesen, legte er noch ein weiteres Bekenntnis ab, das umso bemerkenswerter ist, als der Adressat des Briefes, Wilhelm Stapel, damals bei der «Forschungsabteilung Judenfrage» des

- 32 Thomas Hertfelder/Christiane Ketterle (Hg.): Theodor Heuss. Publizist – Politiker – Präsident. Begleitband zur ständigen Ausstellung im Theodor-Heuss-Haus, Stuttgart 2003, S. 111 f.
- 33 Heuss: Was ist Qualität?, S. 51.

- 34 Seefried (Hg.): Theodor Heuss - In der Defensive, S. 359 f.
- 35 Helmut Gollwitzer: ... und führen wohin du nicht willst. Bericht einer Gefangenschaft, Gütersloh 1994 (zuerst 1951), S. 30, 42.

«Reichsinstituts für Geschichte des neuen Deutschlands» arbeitete: «Mit dem ›Bürger‹ ist das so: ich habe natürlich auch meine ›antibürgerlichen‹ Ansätze, suchte meine Jugendfreunde in der Arbeiterschaft, hielt mich in den Münchner Studentenjahren für einen Bohemien, der Chansons dichten müsste – seit 1918 aber betrieb ich dann die Ehrenrettung des Wortes ›bürgerlich‹, mit dem Wunsch, zwischen dem ›Bourgeois‹ u. dem ›Spießbürger‹ eine Sphäre zu sichern, gegen das Schlagwort der Marxisten, gegen das Ressentiment der nach rechts oder links entlaufenen und Literaten gewordenen Bürgersöhne, aber auch gegen die politische Parteimonopolisierung des Wortes.»³⁴ Als Repräsentant einer immer mehr zerbröckelnden Partei der Mitte konnte ihm diese integrative Renaissance des Bürgers nicht gelingen, umso weniger, als er sich in seinem Engagement für das Schund- und Schmutz-Gesetz – vermutlich aus Ärger über die schrille linksintellektuelle Schickeria – in einer Weise exponierte, dass seine Bürgerlichkeit auf ein schwäbisches Spießertum eingeschrumpft erschien. Durch die NS-Erfahrung war er jedoch gewachsen. Da hatte sich seine Bürgerlichkeit geweitet.

Man beachte die Konvergenz: In Krieg, Gefangenschaft, Nachkriegsnot brach in unzähligen Deutschen eine glühende Sehnsucht nach einem ganz normalen bürgerlichen Leben durch. Keiner hat diese Erfahrung, die für viele – ob ehemalige Nazis oder Kommunisten – überwältigend war, damals aus eigenem Erleben heraus packender geschildert als gerade der Theologe Helmut Gollwitzer, später selber ein Exponent der Linksintellektuellen neuen Typs: Das einzige wahre Glück ist das private Glück, das Glück der kleinen Welten, das verlorene Glück. «Glück ist, mit den paar Menschen zu sein, die man liebt und von denen man geliebt wird.» Und zugleich die Wut auf die «Weltgefahr Nr. 1»: jene Intellektuellen, die «ihre antibürgerliche Romantik» kultivierten und «die totale Gesellschaft oder den totalen Staat» predigten – und dann «mit erstaunten Kinderaugen» aufschreckten, wenn sie am Ende selber von der totalen Macht zerquetscht wurden.³⁵ Viele Achtundsechziger, die erneut an das Glück im politischen Kollektiv-Orgasmus genannt Revolution glaubten, haben dieses unter den Nachkriegsdeutschen allgegenwärtige Grundgefühl als faschistoides Spießertum missverstanden: Es war in Wahrheit eine

Art und Weise gewesen, den Seelenzustand der NS-Zeit zu *überwinden*. Die Wiederentdeckung des privaten Glücks brachte allerdings die Gefahr mit sich, dass der Bürger als *citoyen* verloren ging. Heuss selbst entging dieser Gefahr.

Lange Zeit wurde mit «Bürgertum» und «Liberalismus» im 20. Jahrhundert fast automatisch die Vorstellung des *Niedergangs* verbunden; heute wissen wir, dass diese Sicht grundverkehrt war. Wie Hans-Ulrich Wehler feststellt, haben «genuin bürgerliche Werte und Normen, Leitbilder und Organisationsprinzipien, Verhaltensweisen und Konventionen, auch Symbole und Praktiken eine erstaunliche Renaissance erlebt». Mehr noch: «Seit 1948/49» habe diese «Bürgerlichkeit» eine «verblüffende Expansion» erfahren. Sie ist nicht von vornherein identisch mit «dem Bürgertum»: einer statistisch nachweisbaren, einheitlichen und nach außen abgrenzbaren sozialen Schicht. Die Bürgerlichkeit überdeckt eine vielfach ausdifferenzierte soziale Landschaft; «Bürgerliche Gesellschaft» ist eine «zunächst nur ‹gedachte Ordnung›», ein Wunschbild. Aber ob real oder imaginär: von ihm ging ein Sog zur «Vereinheitlichung dieser Bürgertümer» aus. Als Erkennungszeichen dieser neuen Bürgerlichkeit erlangten Bourdieus «feine Unterschiede» – immer noch nach Wehler – «unaufhaltsam den Vorrang vor den verblassenden Auseinandersetzungen mit Adel und Arbeiterschaft».³⁶

In diese Szenerie passt nun das 1949 ziemlich abrupt entstehende Heuss'sche Präsidenten-Charisma haargenau hinein. Im Unterschied zu seinen Vorgängern Ebert und Hindenburg (von Hitler ganz zu schweigen) war er vom ersten Tage an ein Bürgerpräsident *par excellence*. Seine historische Bedeutung, die mit den Kriterien konventioneller Politikanalyse so schwer zu definieren ist, lässt sich vor dem Hintergrund der Bürgertumsgeschichte schärfer fassen. Denn er, der 1933 seine materielle bürgerliche Existenzbasis verlor, hatte Bürgerlichkeit als kulturelle Distinktion dafür umso bestreckender ausgebildet. In einer Zeit, da das Bürgertum realiter zersplittert war, aber viele durch die Sehnsucht nach neuer Bürgerlichkeit vereint wurden, war Heuss eine gerade ideale Integrationsfigur.

«Bürgertum» als Definition einer klar nach äußeren Kriterien identifizierbaren sozialen Schicht war und blieb mehrdeutig. Ge-

³⁶ Hans-Ulrich Wehler: Deutsche Gesellschaftsgeschichte. 5. Band: Bundesrepublik und DDR 1949-1990, München 2008, S. 140-143.

37 Ebd., S. 145.

rade durch die Neureichen des anlaufenden Wirtschaftswunders bekam der Kontrast zwischen dem Wirtschafts- und dem Bildungsbürgertum, dessen klassische Darstellung Fontane in *Frau Jenny Treibel* gab, wieder einmal eine aufreizende Schärfe. Restaurative Tendenzen in den gymnasialen Lehrplänen aktualisierten den Konflikt zwischen den «zwei Kulturen». Wie wir sahen, war Heuss hier mittlerweile zum Mediator geschaffen, wobei man überdies erkennt, dass es viel zu kurz greift, die bundesdeutschen fünfziger Jahre pauschal als Ära der Restauration zu bezeichnen. Kein Zweifel: Mit der Bundesrepublik beginnt eine neue Ära der deutschen Geschichte; und auch Heuss war kein Fossil aus dem 19. Jahrhundert, wie manchmal behauptet, sondern ein neuer Typus in der deutschen Politik.

Als Inbegriff des Bürgertums konnte man die akademisch gebildeten Beamten, aber auch die ähnlich qualifizierten Freiberuflichen empfinden: «Selbständigkeit» als bürgerlicher «Fixstern» (Hans-Ulrich Wehler).³⁷ Typisch für die Nachkriegszeit war ein Groll vieler Freiberuflicher, die mit ihren Ersparnissen auch ihre Altersversorgung eingebüßt hatten, auf die Beamten mit ihren Pensionen. In vielen Zuschriften an den neuen Bundespräsidenten erkennt man, dass auch etliche Angehörige der freien Berufe Heuss, der bis vor kurzem ebenfalls «freischaffend» gewesen war, mehr oder weniger als einen der Ihren empfanden. Last but not least: Eine Animosität zwischen traditionellen Bildungsbürgern und «Literaten» und «Intellektuellen» – obwohl diese stets schwer an objektiven Kriterien zu definieren sind – brach in den fünfziger Jahren erneut auf. Heuss, der von Rudolf Alexander Schröder bis hin zu Horkheimer und Adorno geschätzt wurde und der sowohl als Bildungsbürger wie als Intellektueller und Literat gelten konnte – viele seiner Briefe zeigen keinen gütigen «Papa Heuss», sondern einen scharfzüngigen Ironiker –, war auch hier eine ideale Integrationsfigur. Vermutlich besteht die historische Bedeutung des ersten Bundespräsidenten am allermeisten in der Vernetzung einer neuen Elite, die dieser unermüdliche Briefeschreiber mit einem stupenden Eifer betrieb.

Heuss pflegte sich über jenen pauschalen Typus von kulturkritischer Technikkritik, der der spezifischen Technikkritik der späteren ökologischen Ära vorausging, auf mitunter banale Art zu mo-

kieren: «Wenn die romantischen oder die wesentlich sentimentaleren sogenannten «Kulturpessimisten», die Verächter der «technischen Errungenschaften» irgendwo einen internationalen Kongress veranstalten, so rechnen sie damit, dass es an dem Platz ein Hotel mit Bad gibt (Technik), sie depechieren wegen eines Zimmers (Technik), lassen ihre Thesen, die sie zu erörtern wünschen, durch eine Spezialapparatur vervielfältigen (Technik) und buchen den Platz in einem Flugzeug (Technik).»³⁸ In der Tat, das war eine praktisch ganz irrelevante Art von Technikkritik, die der Bosch-Biograph nicht ernst nehmen konnte. Heuss wusste jene Technik, die das Leben komfortabler macht, durchaus zu schätzen; und er, der Liebhaber exquisiter Weine und Zigarren, genoss den neuen Wohlstand auf seine Art und hatte – wie sein Gedicht an Arno Kiessling bezeugt – volles Verständnis für alle Landsleute, die das «Wirtschaftswunder» ebenso auskosteten, wenn auch mit ironischer Distanz zu denen, die sich von der Geschäftigkeit des Booms ganz und gar absorbieren ließen. Michael Wildt hält in Distanz zu Wehler den «Konsumbürger», der sich «vom Wirtschafts- wie vom Bildungsbürger vergangener Jahrzehnte» unterschieden habe, für ein Novum und für den dominanten Typus jener Zeit.³⁹ Wie dem auch sei – eine exakte Abgrenzung des «Konsumbürgers» zu anderen Bürgertypen ist ein Ding der Unmöglichkeit – , der neue Körper des Bundespräsidenten kündete davon, dass die Heuss'sche Bürgerlichkeit auch gegenüber diesem Typ keine Exklusion verhängte. Der in Augen und Stimme fortwirkende ideelle Körper bewahrte den populären Präsidenten vor Banalisierung – allerdings längst nicht immer; für ihn, der gegen seine eigene «Verkitschung» kämpfte, ein steter Grund des Ärgers.

³⁸ Heuss-Anekdoten, S. 73.

³⁹ Patrick Bahners/Alexander Cammann (Hg.): Bundesrepublik und DDR. Die Debatte um Hans-Ulrich Wehlers «Deutsche Gesellschaftsgeschichte», München 2009, S. 257.

Denkbild

FRANZ REITINGER

Quell des Schweigens.

Eine Wandtafel aus der Kinderkolonie des Abbé B.

Bis ins Zweite Kaiserreich bildeten Schule und Strafvollzug die wesentlichen Eckpfeiler eines unter Napoleon erneuerten christlichen Sozialauftrags. Nach der Niederschlagung der Revolution des Jahres 1848 und der Wahl von Louis Napoleon zum neuen Staatsoberhaupt wurde ein nach seinem Schöpfer Frédéric Alfred Pierre de Falloux benanntes Gesetz verabschiedet, das den kirchlichen Orden und Kongregationen neuerlich die Führung von privaten Schulen gestattete. Schon zuvor war es zur Gründung sogenannter «Bagnes», erster Jugendstrafkolonien, Zwangserziehungsanstalten und ländlicher Arbeitslager gekommen, in denen minderjährige Delinquenten zusammen mit Waisenkindern und normalen Zöglingen ohne eine formelle gerichtliche Verurteilung interniert werden konnten. Diese Anstalten, die halb Kloster und Internat, halb Kaserne und Gefängnis waren, wurden in der überwiegenden Zahl der Fälle von Geistlichen geleitet.

Unmittelbar nach Inkrafttreten des neuen Gesetzes ersuchte Abbé Adrien Barthier (1807– nach 1870) die Departementalverwaltung in Toulouse um die Errichtung eines Korrektionshauses. Barthier war in der inneren Mission groß geworden. In den frühen 1840er Jahren hatte er sich als «Postulateur de la cause» in dem



Seligsprechungsprozess der Schäferin Germaine Cousin hervorgegan, an den sich die Absicht knüpfte, die Untaten der Revolutionäre im öffentlichen Bewusstsein zu verankern. 1843 war Barthier in einen Erbstreit verwickelt, den er zu seinen Gunsten entschied. Die ihm zufallende Erbschaft sollte Barthier die nötigen Mittel für seine Gründung zur Hand geben. Die neue «Besserungsanstalt» für Jugendliche beiderlei Geschlechts erhielt den klangvollen Namen *Colonie du Luc*. An sie angeschlossen waren ein Waisenheim für Mädchen und eine Manufaktur für Besatzwaren, die zeitweilig so sehr florierte, dass zusätzlich Arbeitskräfte eingestellt werden mussten. Der Gründer, Inhaber und Direktor der dem Evangelisten Lukas geweihten Vorstadtkolonie verstand seine Mission als Beitrag zu einer nachhaltigen «Regeneration» der Jugend, deren vor- und kleinkriminelles, vielleicht aber auch nur deviantes Verhalten er in Anlehnung an die naturhistorischen Lehren seiner Zeit als Rückbildung, ja Entartung begriff. Den mit den gängigen Gesetzen in Konflikt geratenen Jugendlichen dachte der führungsstarke Abbé eine Art von Verjüngungskur zu, deren effiziente Anwendung es in seinen Augen erforderte, dass er die Verfügungsgewalt eines Richters, Lehrers,

Abb. 1
Lautquelle und Silbensee:
Pierre Raynauds «Tableau
graphique de la grammaire
française à l'usage des
écoles primaires», 1859,
rechts Detail



maire française hat uns Herr Barthier, Kanonikus und Direktor der Zentralanstalt zur Erziehung straffälliger Jugendlicher in Toulouse eine großformatige Karte übersandt, die für den Unterricht in allen Schulstufen bestimmt ist.» Und weiter: «Wir glauben, dass Herr Barthier der Menschheit mit seiner grammatischen Karte einen echten Dienst erwiesen hat, umso mehr als sie das Studium dieses Wissenszweiges beachtlich erleichtern und verkürzen dürfte.» Andere Rezensenten präzisierten ihren Eindruck, indem sie von einem «Tableau allégorique» sprachen, das so tue, «als ob es eine geographische Karte wäre». Die positive Aufnahme der die Grundelemente der französischen Sprache darlegenden Bildtafel wird vor dem Hintergrund der bestehenden Regelungen verständlich, die den Grammatikunterricht auf die Klassen der Sekundarstufe beschränkten. Neu an Raynauds Wandkarte war demgegenüber, dass sie «à l'usage des écoles primaires», also bereits für den Einsatz in den Grundschulen vorgesehen war, um so eine zeitige Einführung der Schüler

Abb. 2
Krieg der Mittelworte:
«La Province du Participe»,
Anf. 17. Jhd.

in die Formen des Satzbaus zu erleichtern. Die Art, in der der Rezensent von der Sprache seiner Landsleute auf die Bedürfnisse der Menschheit schloss, scheint jedenfalls typisch für das anbrechende Kolonialzeitalter gewesen zu sein.

Seit Andrea Guarnas *Bellum grammaticale* waren immer wieder Versuche unternommen worden, den Lernstoff der Grammatik durch mnemotechnische Anordnungen oder bühngerechte Inszenierungen für den Sprachunterricht aufzubereiten. Zu ikonographisch relevanten Ergebnissen gelangten diese Versuche in einer illuminierten Epen-Allegorie aus dem frühen 17. Jahrhundert, die für einen der Söhne König Heinrichs IV. gefertigt worden war. *La Grammaire traduite en figures de gens de guerre* enthielt elf Illustrationen, in denen die unveränderlichen Wortarten als militärische Ränge, die grammatikalischen Zeiten als Kampfwagen und Fall, Zahl und Geschlecht als Schiffsladungen wiedergegeben waren (Abb. 2). Das eigentlich Besondere aber sollte sein, dass den Worten nun erstmals potentiell kartierfähige Territorien zugewiesen wurden, die in drei Fällen sogar Bildwürdigkeit erlangten. Das Land der Bindeworte (*Conjonctions*) und die Provinz des Mittelworts (*Participe*) erfuhren mit den angrenzenden Reichen *Nom* und *Verbe* eine Charakterisierung als Herrschaftsgebiete, die von einem Feudalherrn mit straffer Hand regiert wurden. Die Provinz der Ausrufeworte (*Interjections*) bot sich dem Betrachter demgegenüber eher als natürliches Einzugsgebiet eines großen Stromes sprachlich-emotiver Gesten dar. Die Handschrift wurde Anfang des 19. Jahrhunderts neu entdeckt und in verschiedenen Zeitschriften einer breiteren Öffentlichkeit vorgestellt.

Weniger um die Beherrschung der Sprache an sich als um die Nutzung der darin angelegten Möglichkeiten ging es hingegen in einem illustrierten Einblattdruck, der einem von Heinrichs unehehlichen Söhnen gewidmet war und diesem den Schlüssel zu einer umfassenden Sprach- und Zeichenlehre zur Hand gab (Abb. 3). Als Reiseallegorie angelegt, fiel der *Typus necessitatis logicae* topographisch um einiges dichter als die Illuminationen der Grammatik-Handschrift aus. Mit seinem Fundus an hinreichend ausdifferenzierten Landschaftselementen konnte die Lehre vom logisch schlüssigen Argumentieren zu einem komplexen System von Gedächtnisorten ausformuliert werden, dessen artifizielle Topogra-



phie quasi-kartographische Züge erhielt: Durch die Pforte der wissenschaftlichen Logik gelangte der ambitionierte Schüler auf einen Marktplatz, der von den Kaufbuden der zehn aristotelischen Kategorien oder Allgemeinbegriffe gesäumt war. Wie kein anderer Ort schien der belebte Platz dazu geschaffen, dem aufmerksamen Beobachter die Unvollkommenheit folgewidriger Schlüsse und ihre Ursachen vor Augen zu führen. Diese ließen sich an einprägsamen Bildern und Situationen festmachen, die nicht nur zum Interessantesten gehören, was die Lehrtafel zu bieten hat, sondern auch wesentliche

Abb. 3
Geistige Höhenzüge: «Typus necessitatis logicae», 1622

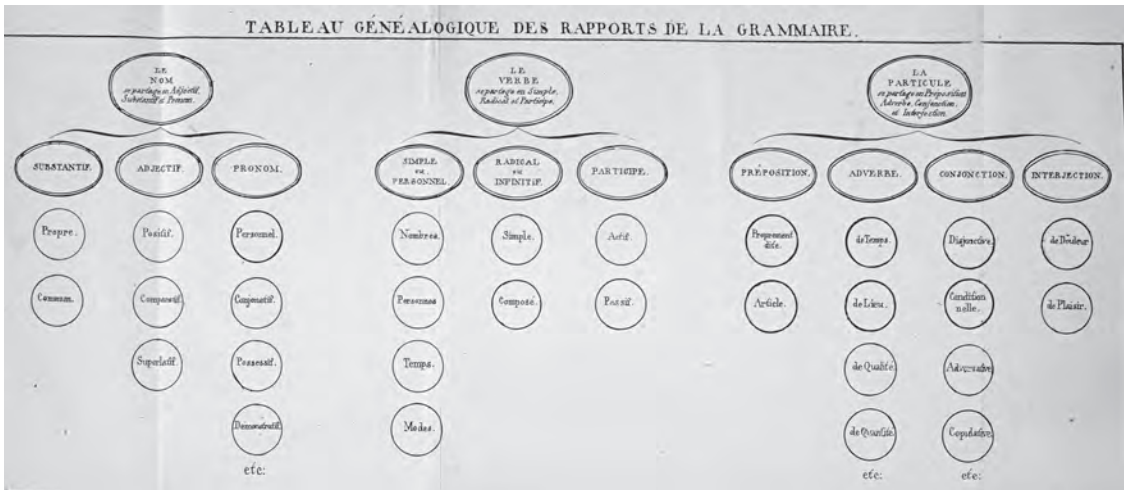


Abb. 4
Versachlichung: «Tableau
généalogique des rapports
de la grammaire», 1788

Aspekte einer Wissenschaft des Nichtwissens vorwegnimmt, wie sie heute wieder verstärkt im bildungspolitischen Diskurs gefordert wird. Als weites Grasland bot sich der Fantasie die semiotische Ebene dar, auf der die verschiedenen Kategorien von natürlichen und konventionellen Zeichen in einzelnen Szenen exemplarisch vorgeführt wurden. Zu beiden Seiten eines dunklen Waldes der Mutmaßungen haben die Argumente ihr Heerlager aufgeschlagen, durch das hindurch sich der Adept seinen Weg bahnt. Unter Beachtung der logischen Schrittfolge von Begriffsbestimmung, Unterscheidung und Beweisführung kann es diesem gelingen, sich einen Zugang zu drei hintereinandergeschalteten Erkenntnisebenen zu verschaffen, jenseits derer einer Einkehr im Haus der Weisheit am Fuße eines Gebirges hochtrabender Gedanken nichts mehr im Wege steht.

Hatte in den frühen Versuchen einer Wissenskartierung mithin das Abenteuer des Bildungserwerbs im Vordergrund gestanden, so legte das nahtlos in die Moderne übergehende pädagogische Zeitalter sein Augenmerk stärker auf die Strukturiertheit der sprachlichen Materien. Die exegetischen Mustern der Text- und Bildauslegung folgende Sinnbildlichkeit trat dabei zugunsten faktographischer, spielerischer und anwendungsorientierter Methoden in den Hintergrund. In der Friedenszeit nach den Napoleonischen Kriegen häuften sich die Wanddrucke mit sinnigen Titeln wie *Tableaux de grammaire*, *Jeu de grammaire*, *Grammaires pittoresques*, *Grammaires graphiques*, oder *Atlas*, *Mappemonde* respektive *Arbre grammaticale*. Zu den führenden Vertretern einer visuell argumentierenden Pädagogik zählte Abbé Gaultier (um 1750–1818), der eine ganze Palette an Lernhilfen zum wechselseitigen Unterricht entwickelte. Seinem *Cours d'études élémentaires* stellte Gaultier ein eigenes *Tableau*

Regelwerks vorausgeht. Raynaud dringt deshalb auch hinter die Grundwortarten von Nom, Verbe und Participe bis an die eigentliche «Quelle der Sprachlaute» vor, die an zentraler Stelle einen Silbensee mit verschiedenartigen Buchstabenkombinationen speist. Raynauds *Source phonétique* sind die Merkmale einer Kernmetapher eigen, welche die Bildlichkeit der Gewässerkarte vorgibt und alle übrigen figürlichen Elemente aus sich generiert, um sie weiter zur Allegorie zu verdichten und zu vervollständigen. An dem See nehmen zehn miteinander kommunizierende Flüsse verschiedener Farbe ihren Ausgang, die die verschiedenen Wortarten bezeichnen, aus denen sich die Rede zusammensetzt. Dazu gehören veränderliche Worte wie «Hauptwort» (*Substantif*), «Geschlechtswort» (*l'Article*), «Eigenschaftswort» (*l'Adjectif*), «Vorwort» (*Pronom*), «Zeitwort» (*Verbe*) und «Mittelwort» (*Participe*) sowie unveränderliche Worte oder Partikel wie «Umstands-» (*l'Adverbe*), «Verhältnis-» (*Préposition*), «Binde-» (*Conjonction*) und «Ausrufewort» (*l'Interjection*). Das nierenförmige Sammelbecken der «Zeitenbildung» (*Formation des temps*) im Südwesten markiert mit den Formen des «Mittelwortes der Vergangenheit» (*Participe de passé*) den komplexesten Bereich des sich nach außen hin ausdifferenzierenden Irrigationssystems. Die Ströme der invariablen Wortarten im Süden sind der am einfachsten strukturierte Teil.

Man möchte meinen, der karto-poetische Entwurf wäre erste Wahl gewesen, wo immer es um die didaktische Vermittlung von abstrakten Lerninhalten ging. Freilich, wenn sich dies so verhielte, warum hat Raynauds *Tableau graphique* dann nicht Schule gemacht? Und woher haben Raynaud und sein Graphiker überhaupt ihre Bildvorstellung bezogen? Sicherlich nicht aus ihrer natürlichen Umgebung. Der eine Reihe von gleichgeordneten Strömen aus sich gebärende Ursprung fand im Weichbild der Erde jedenfalls nichts Vergleichbares. Offenbar speiste sich das Bilderwissen der Autoren aus einer anderen, artifiziellen Quelle: ein Befund, der seine Bestätigung durch den Eindruck einer versatzstückhaften Topographie findet, den die Lehrtafel in ihrer Gesamtheit hinterlässt. Letztere vermittelte nach außen hin in der Tat eher das Bild einer ikonisch aufbereiteten Distributionsgraphik als eines durchgehend kartierten Terrains, das man nach Art einer Landkartenfiktion hätte durchschreiten können.

nach religiöse Bildlichkeit der Sakrament-Flüsse war schon im 17. Jahrhundert aufgrund ihrer analytischen Qualitäten auf andere Disziplinen übertragen worden, wo sie zur visuellen Erfassung umfassender Wissensbereiche Verwendung fand. Diese Übertragungsleistung erfolgte in eben jener theologischen Umgebung, der sich auch der *Typus necessitatis logicae* verdankte. Als mögliche Inspirationsquelle aus jüngerer Zeit käme daneben auch noch Friedrich Strass' *Strom der Zeiten* in Betracht, der 1805 unter Zuhilfenahme der Begriffe «Représentation figurée», «Tableau» und «Carte chronologique» ins Französische übersetzt worden war (Abb. 7). Anhand der sukzessive aufeinanderfolgenden Auflagen dieser erfolgreichsten aller Geschichtsflusskarten lässt sich für das 19. Jahrhundert die Tendenz einer neuerlichen Unterwanderung der Universalgeschichte durch religiöse Ursprungsmythen feststellen. Was sich zunächst wie eine Darstellung von objektiven Sachverhalten ausnahm, transportierte also einen sich aus christlichen Vorstellungen speisenden Subtext, der dem *Tableau graphique* des Professors Raynaud gleich einem Palimpsest unterlegt war. Offenbar haben dies schon die Zeitgenossen so wahrgenommen. In einer Epoche des anbrechenden Kirchenkampfes jedenfalls sollte die sich weder auf Staat, Volk noch Nation beziehende metaphysische Bildlichkeit des «absoluten Anfangs» zunehmend auf Ablehnung stoßen.

Die Erziehungsanstalt des Abbé Barthier musste ein willkommenes Probierfeld für die Anwendung der von ihm und seinen Lehrern entwickelten Tafel im Unterricht bieten. Anders als die martialischen Kampfanordnungen und rigiden Generationsfolgen der vorausgehenden Epochen legte das *Tableau graphique* eine frei fließende, natürliche Ordnung nahe. Für eine Modellierung der Persönlichkeit im Sinne einer disziplinierenden Erziehung, wie sie Michel Foucault in seinem Buch über *Die Geburt des Gefängnisses* für das 19. Jahrhundert diagnostizierte, fehlen in der Karte jedwede Anzeichen. Das eigentliche Zwangsregime offenbart sich nicht in der Karte als solcher, sondern in den Produktions- und Reproduktionszusammenhängen, in die diese eingebunden war. Wahrnehmungsästhetische Ansätze zur Interpretation von Bildern und Karten pflegen nicht nur manifeste Inhalte, sondern auch latente Tendenzen, nicht nur moralische Werturteile, sondern vielfach auch die diesen unterlegten kulturellen Färbungen außer Acht zu lassen und greifen hin-

sichtlich der jeweils aktuellen Zeitdiskurse und des kommunikativen Umfeldes oft zu kurz. Es wäre daher ein Fehler zu glauben, eine Grammatiktafel gleich derjenigen des Abbé Barthier ließe sich mit Hilfe einer eleganten Typologie von Strukturbildern erschöpfend behandeln: Würde einem dabei doch der entscheidende gesellschaftliche Zusammenhang entgehen, nämlich die physische und psychische Ausbeutung von Kindern und Jugendlichen, deren Arbeitskraft gleichsam das Kapital der privat geführten Einrichtung bildete.

Die meisten der in Abbé Barthiers Korrektionshaus internierten Minderjährigen arbeiteten tagsüber unentgeltlich in verschiedenen Gewerbebetrieben. Wie eine statistische Erhebung aus dem Jahr 1861 ergibt, war die Zahl der Jugendlichen, die in den zwölf Druckereien und acht Lithographie-Anstalten zu Toulouse beschäftigt waren, innerhalb von zehn Jahren sprunghaft auf achtundzwanzig angestiegen. Es steht zu vermuten, dass zumindest einige dieser Betriebe ihre Arbeitskräfte aus Abbé Barthiers Anstalt rekrutierten, der sich im Gegenzug den Druck seiner grammatischen Lehrtafel gutschreiben ließ. Die Grammatiktafel Professor Raynauds wäre so in einen Verwertungskreislauf eingebunden gewesen, der den Zwang zur Arbeit und den Zwang zum Unterricht in gleicher Weise umfasste. Gedruckt wurde die Tafel in der Lithographie-Anstalt Constantin, die in der Herstellung von Kartenwerken wie dem *Atlas cantonal du Département du Tarn* von 1840 eine gewisse Erfahrung besaß. Erst die Chromolithographie und der Einsatz von großen Pressen aber sollten den Siegeszug des großformatigen Wandapparats als flexibel einsetzbares Unterrichtsmittel mit sich bringen.

Raynauds *Tableau graphique de la grammaire française* erlebte innerhalb einiger Jahre mehrere Auflagen. Die wenigen heute noch nachweisbaren Exemplare erlauben keinerlei gesicherte Aussagen über deren Verbreitung. Wichtiger als der tatsächliche Erfolg scheint indessen der Umstand, dass die Aussicht auf Gewinn von Anfang an einen Teil des erfinderischen Kalküls ausmachte. Kam es in Barthiers Kolonie doch angesichts der spärlich fließenden staatlichen Subventionen regelmäßig zu finanziellen Engpässen. Der Rezensent im *Journal des Inventeurs* schließt denn auch mit den Worten: «Wenn also jede örtliche Schule, jedes Gymnasium über eine ähnliche Karte verfügen würde, deren Unterweisung Pflicht wäre, dann könnte die Jugend zweifellos bald die Früchte daraus ernten.» Und weiter:

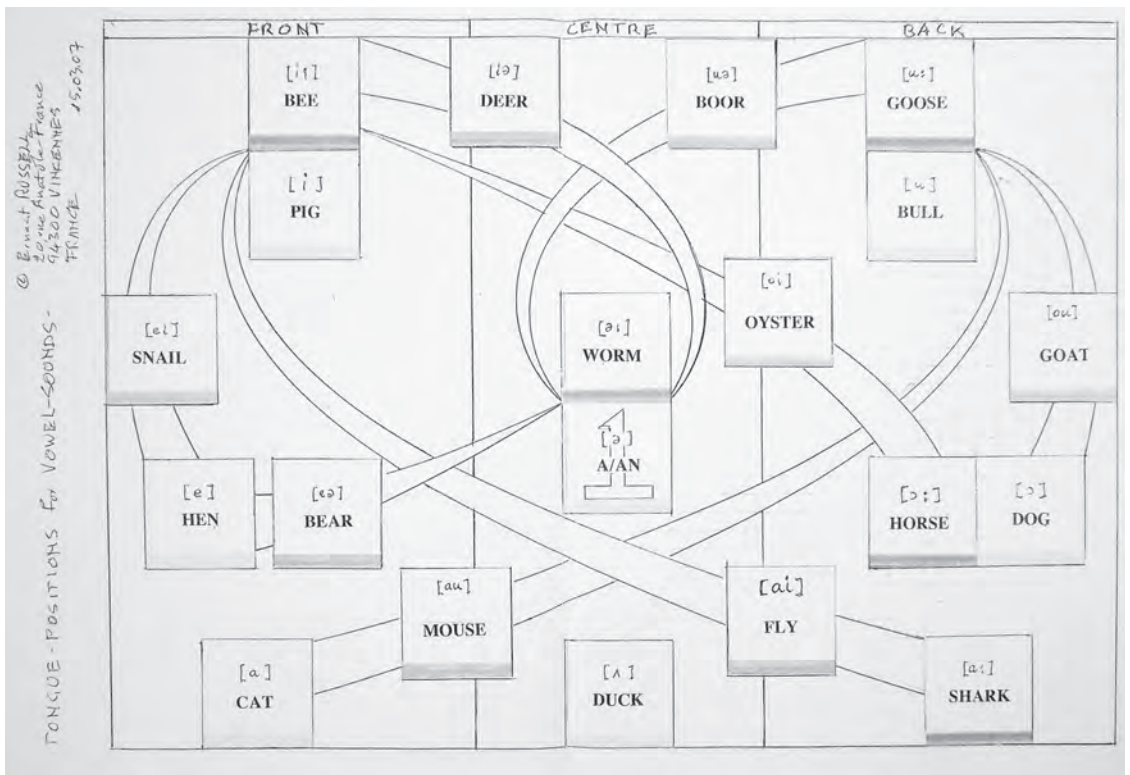
«Wir gratulieren Herrn Barthier zu seiner glücklichen Idee, sind wir doch davon überzeugt, dass der Lohn, den er zu Recht verdient hat, angesichts des Verlangens eines jeden, in den Besitz eines Exemplars seiner graphischen Tafeln zu gelangen, gewiss nicht lange auf sich warten lassen wird.» Nicht alle Rezensionen fielen so voreingenommen positiv aus. Manche stießen sich an der sperrigen Terminologie der Karte, und auch die Akademie der Wissenschaften in Toulouse verweigerte Raynaud, wenn auch nur aus formalen Gründen, eine Auszeichnung. Die Ablehnung seines Tableaus durch die Akademie nahm Raynaud nicht ohne Widerspruch hin. Indes reichte die Person des Professors nicht an das Format eines Benjamin Nicolas Marie Appert (1797–1847) heran, den seine Erfahrungen als Zeichenlehrer in diversen Militärgefängnissen zu einem großen Kämpfer gegen das europäische System der Zwangsfürsorge hatten werden lassen.

Bis heute sind die historischen Aufarbeitungsversuche eines der dunkelsten Kapitel der vormals bürgerlichen Disziplinargesellschaft von der skandalisierenden Kampfrhetorik der dritten Republik begrifflich unterlegt. Dabei hatten Barthier und seine Kollegen lediglich die disziplinäre Ordnung der Bettelorden im Sinn gehabt, in die Novizen oft schon im Kindesalter aufgenommen zu werden pflegten. Unter den geänderten Zeitprämissen konnte es freilich nicht ausbleiben, dass der neuen Konzeption einige grundlegende Übertragungsfehler unterliefen. So standen Erwerb und Kenntnis der grammatischen Regeln in der Kinderkolonie des Abbé Barthier in einem nicht übersehbaren Missverhältnis zur oralen Praxis des Sprechlernens und der Konversation. Um etwaige Absprachen unter den Insassen zu verhindern, wurde den Kindern sogar ein absolutes Redeverbot auferlegt. Ob die Schweigepflicht diese stärker zum Schreiben animierte oder in ihrer Sprachentwicklung vollends zurückwarf, ist eine Frage, die sich bei allem, was uns von Barthers Kolonie bekannt ist, von selbst beantwortet. Obgleich eine Kommission aus zivilen und kirchlichen Vertretern, darunter des Magistrats und des Bezirksgerichts, eine formelle Aufsicht über die Kinderkolonie des Abbé ausübte, sollte es erst Jahre nach deren Gründung zu einer ersten Begehung kommen. Eine Überprüfung der Anstalt seitens der Behörden im Jahr 1864 ergab ein ungeschöntes Bild: schmutzige Toiletten, zerrissene Kleider, unzureichender

Abb. 8
Vokalkarte: «Tongue
Positions for Vowel
Sounds», 2007

Unterricht, geringe Lesefähigkeiten, übergebürliche Strenge, Züchtigung der Zöglinge mit Lederriemen. Mit der Schließung der an sie angegliederten Manufaktur entzog man der Kolonie bald darauf die ökonomische Grundlage, sodass Barthier 1870 deren Leitung abgab und sich ins Kloster zurückzog. Das Waisenheim der «Filles de la Sagesse» blieb noch einige Jahre darüber hinaus bestehen.

Inwieweit sich der Autor und Publizist Pierre-Abraham Jônain (1799–1884) der Erfindung Raynauds verpflichtet wusste, wäre zu prüfen. Seine *Mappemonde grammaticale, ou grammaire graphique* von 1876 setzte sich wie das *Tableau graphique* des Toulouser Professors aus vier Folio-Seiten zusammen, die ein großes Wandbild ergaben. Die mehrere Auflagen erlebende *Voyage au pays de la grammaire* (1878) eines sich hinter den Initialen P. V. verbergenden Gymnasiallehrers aus Tours schließt nur noch im Titel an die Schulkarte an. Ein Exem-



plar von Raynauds *Tableau graphique* landete als schickes Requisit in der Wohnung des Pariser Schriftstellers Jean Galtier-Boissière (1891–1966). Die wenigen übrigen Exemplare befinden sich heute in einigen ausgewählten Bibliotheken. Die Bildlichkeit der «Phonetischen Quelle» aber, wie sie in Raynauds *Tableau* erstmals greifbar wird, hat sich seither zum Terminus verhärtet und ist heute fest in der Linguistik etabliert (*Abb. 8*).

Abb.1 Pierre Raynaud *Tableau graphique de la grammaire française à l'usage des écoles primaires*, kol. Lithographie, P[ierre] Rivière, Toulouse: Constantin fils, 1859 (21862), Wandkarte. Paris, BNF-C. – Abb.2 *La Province du Participe*, Buchmalerei, in: *La Grammaire traduite en figures de gens de guerre*, Paris Anf. 17. Jhdt., Miniaturhandschrift, fol. 8. Paris, BNF-M, Ms. Fr. 151. – Abb.3 *Typus necessitatis logicae ad alias scientias capessendas, serenissimo illustrissimo-que principi Henrico de Bourbon episcopo Metensi, S.R.I. principi*, Kupferstich, 74 x 47 cm, Jean Cheron (auct.), Léonard Gaultier (sc.), zweiteilig, Paris: Jean Messager, 1622. Salzburg, Archiv Bildforschung. – Abb.4 *Tableau généalogique des rapports de la grammaire*, Kupferstich, 18 x 42 cm, Aloisius Edouard Camille Gaultier, Paris 1788. Berlin, Bibliothek für bildungsgeschichtliche Forschung. – Abb.5 *Tableau grammatical. Classification et syntax*, Lithographie, 40 x 57 cm, Henri Duval, in: ders., *Atlas universel*, Paris 1834, Nr. 30. Stanford/San Francisco, Ca., Stanford UL-M, David Rumsey Coll. – Abb.6 *Arbre de Vie. C'est à vous Seigneur Jesus Christ, notre médiateur, notre victime et notre Pontife que je Dedie cet ouvrage*, Radierung, 38,5 x 30,5 cm, unbek., Paris Ende 18. Jhdt., Salzburg, Archiv Bildforschung. – Abb.7 *Tableau de l'histoire universelle depuis la création jusqu'à ce jour*, Lithographie, 95 x 67 cm, Eugène Pick, Paris um 1858. Stanford/San Francisco, Ca., Stanford UL-M, David Rumsey Coll. – Abb.8 *Tongue Positions for Vowel Sounds*, Farbstiftzeichnung auf Rasterpapier, 21 x 29,5 cm, Ernest Russel, Paris 2007. Salzburg, Archiv Bildforschung.

SEBASTIAN BÖHMER

Die Magie der Handschrift

Warum Goethe Autographe sammelte

I.

Zwischen den schier unübersehbaren Schätzen des Goethe- und Schiller-Archivs in Weimar liegen als *Bestand* 33 auch fast 2000 Originalhandschriften von verschiedensten, heute mehr oder weniger berühmten Verfassern. Diese der Öffentlichkeit beinahe unbekanntem Dokumente bilden die Autographensammlung Johann Wolfgang Goethes.

Die Unbekanntheit dieses Bestandes hat Tradition. Erst 1920 wurden einige ausgewählte Stücke erstmals ausgestellt, und erst 1961 veröffentlichte Hans-Joachim Schreckenbach den bis heute benutzbaren Katalog dieses Goetheschen Sammlungsgebiets. Die geringe Aufmerksamkeit ist, gemessen an der sich nie mildernden Bedeutungsschwere der sich über beinahe dreißig Jahre hinziehenden Selbstaussagen Goethes, durchaus überraschend. Und wo sich die Goetheforschung zurückhielt, da sprang auch die aktuelle Sammlungsforschung nicht ein. Einzig einige ›Spezialisten‹, passionierte Handschriftensammler wie der Dichter Stefan Zweig und Profis wie der auf Autographe spezialisierte Antiquar Günther Mecklenburg (vom Verlag J. A. Stargardt), thematisierten diesen Sammlungsbereich – freilich vorrangig nicht aus wissenschaftlicher oder sammlungstheoretischer, sondern vor allem aus sammlungspraktischer, dabei stets auch wertender Perspektive.

II.

Um 1805/06 herum entschied sich Goethe, eine private Handschriftensammlung anzulegen. Ursprünglich – jedoch schnell vergessen – war die Sammlung zu Lehrzwecken, als anschaulich pädagogisches Werkzeug für den Sohn August bestimmt. Einen Anfang machte das schon 1801 von dem Naturwissenschaftler Johann Friedrich Blumenbach eröffnete Stammbuch Augusts. Vater und Sohn hatten das Buch fünf Jahre später wiederentdeckt und waren begeistert. Goethe schrieb nach Göttingen:

«Nächstens komme ich mit einer andern Bitte, in meinem und August's Namen, der sich bestens empfiehlt, angetreten. Sein Stammbuch nemlich, das Sie mit jener allerliebsten Fabel einweythen und in diesen Jahren sehr reichlich mit vortrefflichen Namen angefüllt worden ist, hat uns auf den Gedanken gebracht, Autographa zu sammeln, um uns auch Entfernte und Verstorbene zu vergegenwärtigen.»¹

Wir wissen nicht, wann und weshalb August das Interesse verlor, oder ob vielleicht sogar der Vater die gemeinsame Beschäftigung beendete. Jedenfalls ist schon sehr bald nach diesen gemeinschaftlichen Anfängen von einer Sammlungstätigkeit des Vaters mit dem Sohne keine Rede mehr. Stattdessen baute Goethe die Sammlung allein auf. Immer wieder bat er Bekannte und Kollegen gezielt um die Beschaffung bestimmter, ihm wichtiger Schriftstücke unterschiedlichster Provenienzen. Durch den Besitz «noch habstüchtiger gemacht», setzte er «gar manchen Freund und Wohlwollenden in Contribution».² Dazu fertigte er auch Bestandslisten an. Zunächst diktierte er sie, dann gab er sie von Zeit zu Zeit sogar in den Druck. Die Sammlung war 1811/12 bereits auf eine respektable und nurmehr schwer zu überschauende Größe angewachsen. Goethe fragte daher bei Bertuch wegen eines Druckes an:

«Beygehendes Verzeichniß meiner Autographorum wünsche abgedruckt [...] Nach einem flüchtigen Überschlag möchte alles auf ein 4 Blatt gehen, wenn man vier Columnen machte. Ich ersuche Ew. Wohlgeb. um Ihren geneigten Rath. Wieviel könnte ein solches Blat kosten 300 mal abgedruckt?»³

Der Druck wurde im Januar 1812 erledigt und ist heute selbst Teil der Autographensammlung (33/1161).⁴ Goethe legte diese

- 1 Brief Goethes an Blumenbach vom 4. April 1806, in: WA IV, 19, S. 121. Sofern nicht anders angegeben, werden die Briefe und Tagebücher Goethes zitiert nach der Weimarer oder Sophienausgabe: Goethes Werke. Hg. im Auftrage der Großherzogin Sophie von Sachsen, Weimar 1887 ff. (WA Abtheilung, Band, Seite)
- 2 Brief Goethes an Reinhard vom 13. August 1812, in: WA IV, 23, S. 56.
- 3 Brief Goethes an Bertuch vom 20. November 1811, in: WA IV, 51, S. 323.
- 4 Die Signaturen des Goethe- und Schiller-Archivs werden im laufenden Text entweder in runden Klammern oder freistehend so angegeben: (Bestand/Verzeichnungseinheit). Der Online-Katalog ist verfügbar unter: «http://ora-web.swkk.de/archiv_online/gsa.entry».

5 Brief Goethes an Knebel vom 13. Januar 1813, in: WA IV, 23, S. 238f.

Liste Briefen bei. Der Sammler kommunizierte also sehr gezielt für die Sammlung – und er erhielt Antworten. So von Eleonore von Flies, die Goethe mehrfach mit Schenkungen bedachte, zum Beispiel am 25. Mai 1812. Zwanzig Autographe übersandte sie nach Weimar, dazu legte sie, der Übersichtlichkeit halber, ein handgeschriebenes Verzeichnis bei. Goethe behielt diese Liste nicht nur, sondern «quittierte» sie mit den Worten «von Frau von Flies in Wien erhalten May 1812», wohl um die Provenienz in seiner immer unübersichtlicher werdenden Sammlung zu sichern.

Goethe nahm übrigens nur die Namen der Schreiber in die Liste auf, weder die Anzahl der bereits erworbenen Schriftstücke wird von ihm angegeben, noch trifft er Aussagen über die Gattung (Brief, Manuskript, Urkunde, usw.), den Inhalt oder die materiale Qualität der Textträger. Diese sammlungspraktische Besonderheit wird weiter unten näher erklärt.

Vielfach wurde Goethe durch solche zum Teil umfangreiche Schenkungen unterstützt. So dankte er am 13. Januar 1813 seinem «Urfreund» Knebel für die Übersendung einer Anzahl Briefe aus dem Nachlass des Theologen Johann Jacob Griesbach:

«Die heutige Sendung ist mir besonders merkwürdig. Sie enthält die Handschriften sehr bedeutender Männer aus dem philologischen Fache, von denen ich wenig besaß. Sie sollen sogleich einrangiert werden. Es sind sehr merkwürdige und bedeutende Hände darunter, und weil diese Männer doch an allen Enden Deutschlands gebildet waren, eine sehr große Abwechslung.»⁵

Neben dem beständigen Erwerb ganz neuer Stücke konnten sich auch Stücke aus Goethes eigener Korrespondenz, also direkt an ihn adressierte Briefe, als Sammlungsobjekte etablieren. Goethe liest dann den Brief, sei dieser an ihn selbst oder eine dritte Person gerichtet, nicht, sondern behandelt ihn als ein Papierobjekt, an dem er etwas Besonderes, ja: Einzigartiges erleben kann.

Kurioserweise wurden von Goethe selbst getroffene Entscheidungen – Dokument oder Sammlungsobjekt? – nach seinem Tod von den Generationen von Nachlassverwaltern zum Teil rückgängig gemacht. Ein Beispiel für einen solchen Eingriff in Goethes Aufbewahrungspraxis bietet der Brief Zelters vom 12. November 1808, den Goethe als einzigen von mehreren hundert erhaltenen

in die Autographensammlung einordnete. Eckermann berichtet davon:

«Sehen Sie sich einmal um, fuhr Goethe fort, hinter Ihnen auf dem Pult liegt ein Blatt, welches ich zu betrachten bitte.» Dieses blaue Briefcouvert? sagte ich. «Ja, sagte Goethe. – Nun, was sagen Sie zu der Handschrift? Ist das nicht ein Mensch, dem es groß und frei zu Sinne war, als er die Adresse schrieb? – Wem möchten Sie die Hand zutrauen?»

Ich betrachtete das Blatt mit Neigung. Die Züge der Handschrift waren sehr frei und grandios. Merck könnte so geschrieben haben, sagte ich. «Nein, sagte Goethe, der war nicht edel und positiv genug. Es ist von *Zelter!* – Papier und Feder hat ihn bei diesem Couvert begünstigt, so daß die Schrift ganz seinen großen Charakter ausdrückt. Ich will das Blatt in meine Sammlung von Handschriften legen.»⁶

Diese Entscheidung wurde, wahrscheinlich von den Herausgebern der *Weimarer Ausgabe*, ignoriert, so dass sich der Brief heute unter den *Eingegangenen Briefen* Goethes befindet (28/1015).

III.

Schon aus dieser skizzenhaften Rekonstruktion der Sammlungsgeschichte wird deutlich, dass Goethe sich über Struktur und Bedingungen seiner bis an sein Lebensende stetig erweiterten Autographensammlung sehr klar war. Doch werden diese Klarheit und die durch sie geschaffene Einheit der Sammlung nicht unmittelbar über die Sammlungsobjekte repräsentiert. So fällt sogar der sachkundige Schreckenbach in seiner *Einleitung* zum Katalog das lapidare Urteil, die Sammlung gäbe insgesamt ein «uneinheitliches Bild»⁷ ab.

Diesem Befund ist erst einmal nicht zu widersprechen. Goethe interessierte sich bereits zu Beginn seiner Sammelleidenschaft nicht, wie dies angehenden Sammlern gewöhnlich geraten wird,⁸ für ein klar definiertes Spezialgebiet oder nur für besonders wertvolle, seltene, exklusive Autographe. Er sammelte ganz allgemein die Handschriften «bedeutender Personen».⁹ Darunter fallen deutschsprachige wie internationale Schreiber, Staatsmänner, Monarchen, Künstler, Gelehrte, Kleriker, Feldherrn usw. Strenge Sammler wie Stefan Zweig, der sich auf Manuskripte

6 Johann Peter Eckermann: Gespräche mit Goethe in den letzten Jahren seines Lebens, in: Johann Wolfgang Goethe: Sämtliche Werke nach Epochen seines Schaffens. Münchner Ausgabe. Hg. von Karl Richter. Band 19., München 1986, S. 301f. [Eintrag vom 2.4.1829]

7 Schreckenbach: Goethes Autographensammlung, S. 25.

8 Vgl. zum Beispiel die sehr lesenswerte, in die Materie kundig einführende Arbeit von Eckart Henning: *Eigenhändig. Grundzüge einer Autographenkunde*, Berlin 2006, hier S. 41.

9 Johann Wolfgang Goethe: Tag- und Jahreshefte, in: Sämtliche Werke nach Epochen seines Schaffens. Münchner Ausgabe. Hg. von Karl Richter. Band 14: *Autobiographische Schriften der frühen Zwanzigerjahre*, München 1986, S. 214.

10 Stefan Zweig: *Die Autographensammlung als Kunstwerk*, in: Martin Bircher (Hg.): *Musik und Dichtung. Handschriften aus den Sammlungen Stefan Zweig und Martin Bodmer*, Cologny-Genève, München 2002, S. 57–66, hier S. 62.

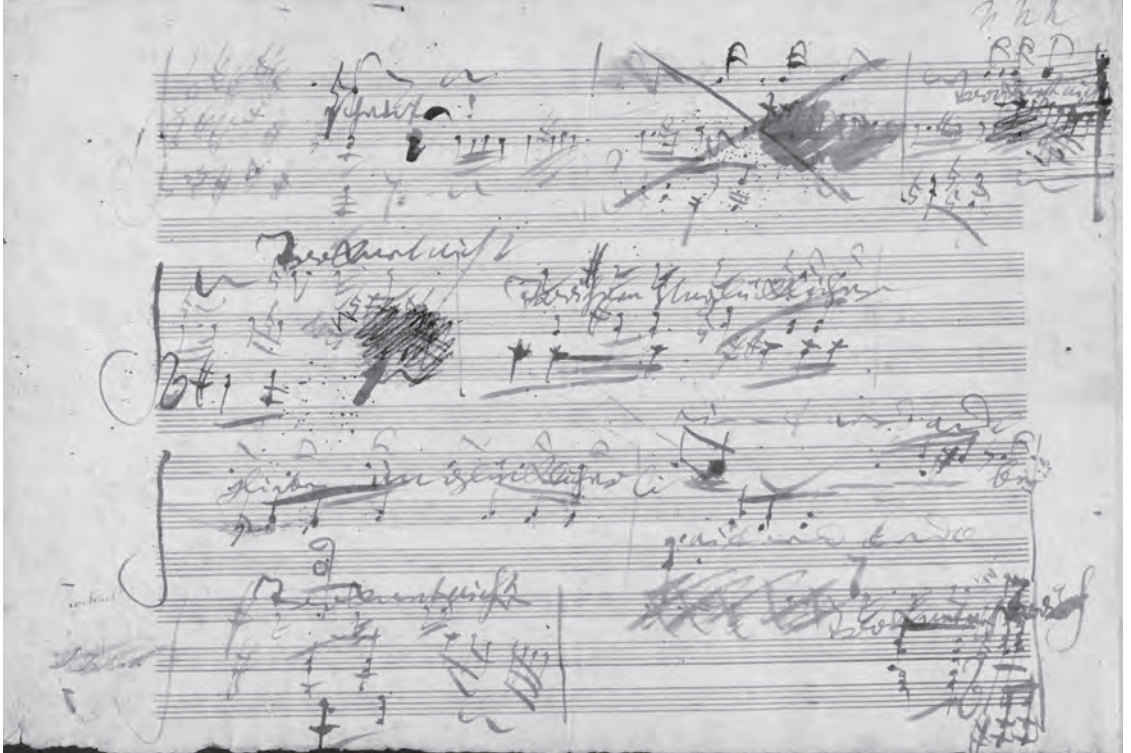


Abb. 1
Die ungebändigte Persön-
lichkeit, Notenmanuskript
von Ludwig van Beethoven

musikalischer und literarischer Kunstwerke spezialisiert hatte, veranlasste diese Heterogenität des Bestandes dazu, nur «verhältnismäßig sehr schlechte Resultate»¹⁰ in ihm zu erblicken.

Goethes Autographensammlung umfasst zudem verschiedene Textgattungen, vor allem aber Briefe. Doch daneben findet sich ein buntes Durcheinander von Manuskripten, Notenblättern, ganzen Stammbüchern, auch amtlichen Schriften und Dokumenten, die er sich zum Beispiel 1812 aus dem Weimarer Archiv von Christian Gottlob von Voigt geben ließ. Eine notgedrungen kleine Auswahl solch «bedeutender» – zum Teil «bedeutend» gebliebener, zum Teil vergessener – Schreiber soll die Spannweite der Sammlung erahnen lassen:

Unter der Signatur 33/54 liegt Ludwig van Beethovens Notenmanuskript zu dem Lied *Trocknet nicht Tränen der ewigen Liebe* von

1810 (Op. 83). Wir wissen nicht, wann die Beethovensche Vertonung dieses 1775 entstandenen und vielfach vertonten Goethe-Gedichts ins Haus am Frauenplan «zurück» fand. Das aus nur einer Doppelseite bestehende Manuskript ist stark verschmiert und etwas wirr beschrieben: Man glaubt förmlich, die «ungebändigte Persönlichkeit», so Goethe an Zelter am 2. September 1812, auf dem Papier zu sehen (*Abb. 1*). Neben dem Manuskript hatte Goethe auch einen an ihn adressierten Brief Beethovens vom 12. April 1811 in die Sammlung eingeordnet. Beethoven ist also nicht nur als eine «bedeutende Person» vertreten, sondern er ist in Form seiner Handschrift als Teil von Goethes Leben und Wirken unmittelbar mit dessen eigener Existenz verbunden.

Ein Großteil der Sammlungsobjekte stammt jedoch von Goethe «fremden» oder «fernen» Personen. Die Materialität und die spezifischen Formen der verschiedenen Autographe sind dabei von unterschiedlichster, oft überraschender Art. Ein aufgrund seines einzigartigen papiernen Mediums kulturgeschichtlich interessantes Objekt verbirgt sich zum Beispiel hinter der Signatur 33/684. Der Schweizer Diplomat Philipp Albert Stapfer (1766–1840) war am 26. März 1812 scheinbar in Eile oder hatte gerade kein «richtiges» Blatt zur Hand, denn er bediente sich kurzerhand einer gerade greifbaren Spielkarte, eines Kreuz-Asses, um die Bekanntschaft des Wissenschaftlers und Politikers Bernhard August von Lindenu (1779–1854) zu erlangen (*Abb. 2*). Aufmerksamkeit war ihm durch die sehr gut erhaltene, fast schon auf die moderne Form der Visitenkarte verweisende, einseitig beschriebene Karte sicher. Goethe hatte dieses nur 8,4 x 5,5 cm messende Stück Papier dann vom Empfänger selbst noch im gleichen Jahr erhalten.

Eine kaum zu überschätzende Kostbarkeit für Autographensammler stellen Stammbücher dar. Goethe bemühte sich schon früh, in ihren Besitz zu kommen. Bereits zu Beginn des Jahres 1806 erhielt er über seinen Kontakt zu dem Altphilologen Heinrich Eichstädt das sogenannte «Walchische Stammbuch», das unter der Signatur 33/788 archiviert ist. Die Einträge in diesem schön erhaltenen Halblederband reichen von 1552 bis 1750. Es finden sich insgesamt 304 höchst unterschiedliche Autographe: 256 Stammbucheinträge, 37 Briefe, sieben Unterschriften und vier Buchwidmungen. Teilweise wurden «Fenster» in die Seiten ge-

11 Schreckenbach differenziert und rekonstruiert diese Heterogenität präzise. Vgl. Schreckenbach: Goethes Autographensammlung, S. 264.

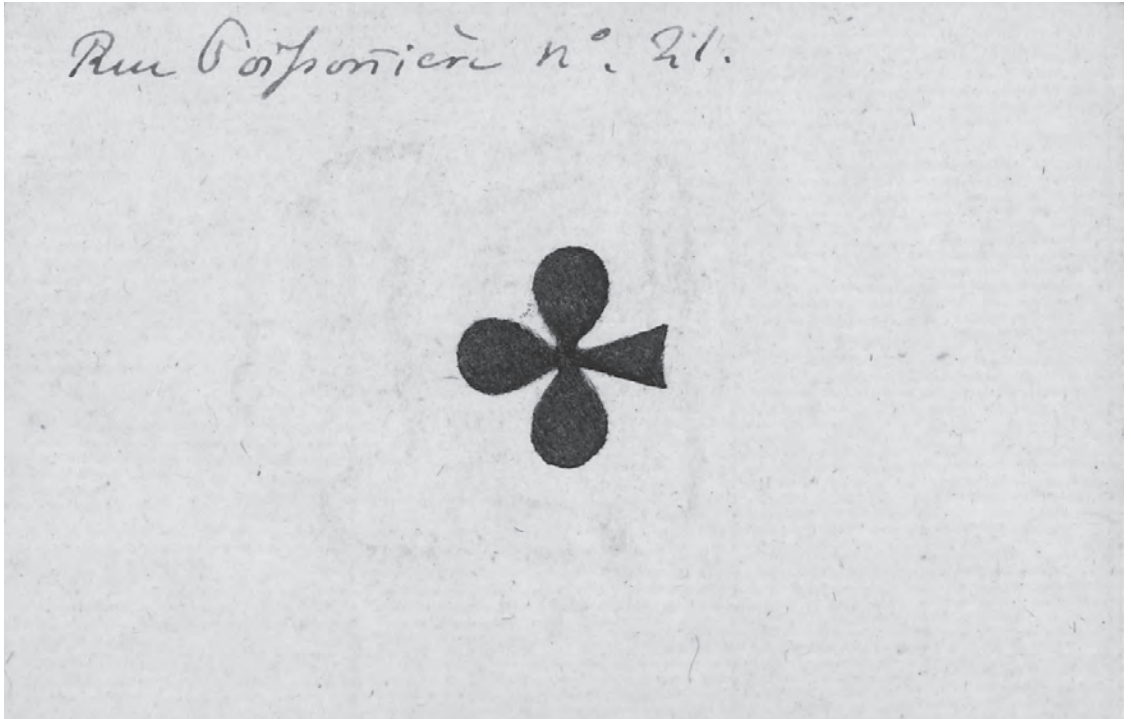


Abb. 2
Das Kreuz-Ass der
Materialität, Spielkarte des
Schweizer Diplomaten
Philipp Albert Stapfer

schnitten, um beidseitig beschriebene Papiere lesbar zu erhalten. Dieses Stammbuch ist übrigens zusammengesetzt, oder besser gesagt: zusammengebunden, aus fünf verschiedenen Stammbüchern und einer größeren Anzahl einzelner Papiere, zum Beispiel Briefen.¹¹

Dieser heterogene Bestand an Büchern, Papieren und Papierschnipseln war alphabetisch geordnet, nur wenige, allerdings umfangreiche Sondergruppen wurden eingeführt. So lagen zum Beispiel die von dem Diplomaten Georg August Griesinger an Goethe am 13. März 1814 geschlossen übersandten Vorlesungsankündigungen der Berliner Professoren und Dozenten vom Wintersemester 1813/14, deren Blätter von winzigen Löchern der Nägel am Schwarzen Brett versehrt sind, als eigene Abteilung «Berliner Schwarzesbret Winterhalbe Jahr 1813-1814» vor. Sie sind heute unter den Archiveinheiten 33/1054-1082 zu finden und geben ein

eindrucksvolles – und vielleicht einzigartiges – Beispiel universitärer Praxis um 1800. Namen wie Schleiermacher, Hirt, Solger und Savigny – um nur die berühmtesten zu nennen – finden sich mitsamt ihren Vorlesungsprogrammen auf den nicht einheitlich formatierten Seiten, die teilweise auch sehr verschiedene Schriftbilder und Textmengen aufweisen.

Auch einige Korrespondenzgruppen meist zeitgenössischer Adressaten, die Goethe geschlossen bezogen hatte, wurden separat behandelt. Der übliche Archivierungsvorgang war jedoch das einfache Nacheinander der einzelnen Verfasser in einzelnen Einheiten. Zur besseren und schnelleren Orientierung legte Goethe dickere Pappseiten mit Initialen zwischen die Seiten, manche kleinformatigen Seiten band er mit einem Faden an eine Pappseite an. Zum Teil klebte er auch bereits beanspruchte oder zartdünne und deshalb gefährdete Autographe auf stabile «Tecturen», also Papierdeckel oder -umschläge. Diese Einheiten schaffende Ordnung hielt Goethe für materialschonend. Als ihn am 30. September 1829 der junge Orientalist Johann Gustav Stickel besuchte, maßregelte er diesen ob der missachteten Sorgfalt gegen ein ihm vorgelegtes chinesisches Manuskript: «Ich tadelte ihn, daß er es im Papier gerollt vorlegte, anstatt daß er es in einer Decke von Pappe wohl verwahrt hätte.»¹²

Dabei veränderte Goethe selbst, zumindest zum Teil, die Autographe: Auf die jeweils erste Seite schrieb er den Namen des jeweiligen Verfassers mit roter Tinte in die rechte obere Ecke des Papiers. Dies geschah anscheinend mechanisch, denn es führte auch zu kuriosen Schriftbildern wie auf dem handbeschriebenen Blatt von G. J. Daniell (33/175), auf dem dieser selbst mit weiten Federzügen seinen gut lesbaren Namen aufgeschrieben hatte. Goethe schrieb dennoch den Autornamen darüber und veränderte den Autograph somit. Pragmatisch betrachtet war dieser Eingriff unnötig, doch weist er darauf hin, dass der ökonomische Wert eines intakt-originalen Autographs Goethe nicht sonderlich interessierte. Zwar war es um 1800 unüblich, unversehrtes Original und die bewusste Veränderung von Papierobjekten nach heutigen, strengeren Maßstäben ökonomisch und ästhetisch zu taxieren, doch Goethes systematische Eingriffe gehen über diese Indifferenz hinaus. Er wollte eine – im Fall Daniells absurd werdende –

12 WA III, 12, S. 133.

- 13 Nachdem Goethe auf die Bitte des Barons Brösigke hin ein «Handbillet» des Preußenkönigs Friedrich II. restauriert hatte, übersandte er es an den Baron als Beilage zu einer umfangreichen Sendung an Johann Wendelin Gradl am 26. August 1822. Vgl. den als «Concept» erhaltenen Brief in WA IV, 36, S. 129f.
- 14 Brief Goethes an Blumenbach vom 20. Juni 1806, in: WA IV, 19, S. 139.

praktikablere Handhabung erschaffen und zugleich die Autografe als seine markieren. Sammler wollen stets entweder das Unversehrte auch im Schon-Gebrauchten oder das besonders, hier: von ihnen selbst, Markierte. Damit machen sie das Objekt ihnen angehörig, schreiben sich selbst in dessen Geschichte ein und definieren seinen Zustand um. So könnten spätere Sammler nun das neue Sammlungsgebiet «Autografe aus Goethes Autographensammlung» eröffnen.

Einige von Goethes Sammlungsstücken sind nur Teile des Originals, abgeschnitten, abgerissen, oft von der unteren Partie, auf der man die Unterschrift findet – freilich wurden die Papiere nicht von Goethe selbst so bearbeitet. Überhaupt lässt die materielle Qualität mancher Stücke «zu wünschen übrig». Allerdings ist schlechtes Material kein Grund für Goethe, den Autographen aus der Sammlung auszuschließen, zumindest kennen wir kein Beispiel für ein solches Vorgehen. Allerdings kennen wir einen Fall, in dem Goethe für eine andere Person Restaurationsarbeit am Papier betrieb, die, so darf man wohl annehmen, neben einschlägigen Kenntnissen auch handwerkliches Geschick erforderte.¹³

Analog zu dieser Indifferenz in materiellen Qualitätsfragen lässt sich der vielleicht überraschendste und ungewöhnlichste sammlungspraktische Aspekt ausmachen: Der Inhalt der Schriftstücke ist von sekundärer, im konsequent durchgeführten sammlungstechnischen Sinn von überhaupt keiner Bedeutung. So lassen sich Goethes 1806 an Blumenbach gerichtete Worte verstehen:

«Haben Sie doch ja die Gefälligkeit, von Zeit zu Zeit an meine fromme Sammlung zu denken [...]. Auch bloß Couverte und Namensunterschriften nehme ich sehr gern auf. Theilen Sie mir doch ja dergleichen von englischen und französischen merkwürdigen Männern mit. Auch ältere Deutsche sind mir sehr willkommen. Von Mitlebenden und Kurzverstorbenen besitz' ich viel.»¹⁴

Dieser Ausschluss jeder inhaltlichen Dimension der Schrift korrespondiert mit der bereits dargestellten Konzeption, dass der Sammlung gerade nicht ein archivarisches Interesse, also das Besitzen und Bewahren von Wissen, zu Grunde liegt. Goethe liest die Texte nicht.

Dass diese Indifferenz gegenüber dem geistigen Gehalt der Schriftstücke eine Sonderstellung der Goetheschen Handschrift

tensammlung markiert, lässt sich aus einer Äußerung Wilhelm von Humboldts ableiten. Humboldt bekam von dem Königsberger Arzt William Motherby einige Autographe von Immanuel Kant überreicht, die er Goethe schicken sollte. Im Begleitschreiben vom 26. Dezember 1809 betont Humboldt einerseits den Wert dieser Sendung, andererseits bedauert er den vermeintlichen Unwert einiger Einzelstücke, die zum Teil nur Alltäglich-Banales verzeichnen. Humboldt begreift diese Aufzeichnungen in einem beinahe anthropologischen Sinn als Zeichen menschlicher Verfallserscheinungen, die er zwar als interessant, aber letztlich als «niedrig», unappetitlich und unwürdig gegenüber der überragenden geistigen Welt des Philosophen diskreditiert:

«Kant hatte die Gewohnheit sich Notatenbücher in dieser Form zu halten. Er schrieb alles, was ihm einfiel, hinein, ohne alle nur denkbare Ordnung und es ist ordentlich traurig zu sehen, wie die größten Trivialitäten des Lebens die bedeutendste Rolle drin spielen, wenn gleich die Metaphysik auch mitunter darin figurirt. Den Küchenzettel, die zu Mittag eingeladenen Personen, und sein Befinden trifft man daher am häufigsten und fast auf jedem Blatte an. So haben Sie hier dicht neben einander: Trocken Obst mit geräuchertem Bauchspeck, und Gott und die Welt, und auf der andern Seite eine Blähung aus dem Magenmunde. Natürlich sind diese Bücher aus seiner letzten Lebenszeit.»¹⁵

Für Goethes Verständnis der Autographen macht es jedoch keinen Unterschied, ob er den «Küchenzettel» Kants oder das ebenfalls mitgeschickte Manuskriptfragment *Zum ewigen Frieden* betrachtet (beide archiviert unter 33/385) (Abb. 3). Wem «bloß Couverte und Namensunterschriften» genügen, der hat an Lektüre als einer intellektuellen Beschäftigung kein Interesse. In diesem Sinn bedankt sich Goethe denn auch gerade ohne auf die von Humboldt aufgemachte Differenz zwischen «Küchenzettel» und Philosophie einzugehen, auch wenn diese Antwort mit ihren auffälligen grammatischen und semantischen Superlativen – Kant war ja wahrlich nicht der wichtigste Denker für Goethe – dankes-rhetorisch durchstilisiert erscheint:

«Herrn Docktor Motherby sage ich den aufrichtigsten Danck für die mir gütig verehrten Blätter Kantischer Handschrift. Ich werde sie als Seltenheiten, ja als Heiligthümer bewahren und

15 Brief Wilhelm von Humboldts an Goethe vom 26. Dezember 1809, in: Ludwig Geiger (Hg.): Goethes Briefwechsel mit Wilhelm und Alexander v. Humboldt, Berlin 1909, S. 209f.

16 Brief Goethes an William Motherby vom 1. März 1810, in: WA IV, 21, S. 201.

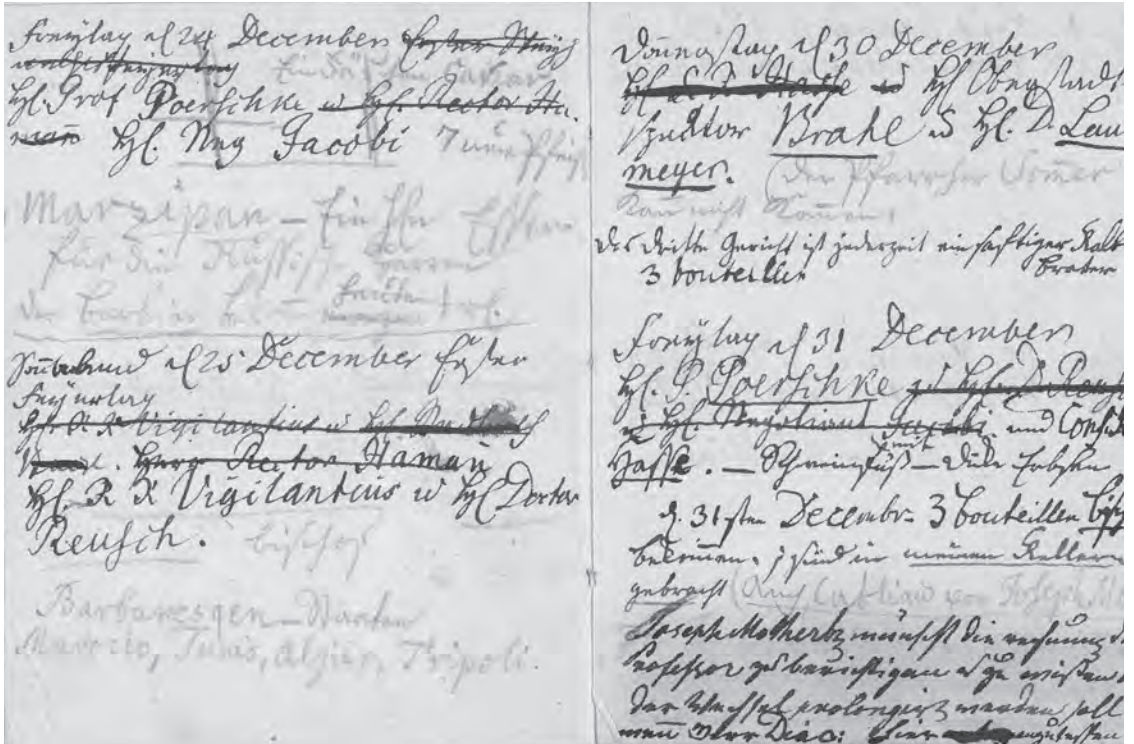


Abb. 3
Die Macht der
Küchenzettel, Autographe
von Immanuel Kant

mich dabey oft des verewigten, dem wir soviel schuldig sind und jener Freunde erinnern die in seinen alten Tagen so treulich an ihm hielten.»¹⁶

In Goethes Sammlung finden sich zahlreiche Beispiele für diese Indifferenz gegenüber dem Inhalt. Sehr schön ist zum Beispiel ein Brief ohne Datum des Erfinders und Instrumentenbauers Johann Nepomuk Mälzel an Antonio Salieri (33/449). An dieser elegant geschriebenen Nachricht, die nur kurz die Information des Verbleibs einer gemeinsamen Bekannten aufklärt, wird leicht deutlich, dass es Goethe nicht um die inhaltliche Exklusivität der Autographen ging:

«Monsieur de Salieri ! / Ne vous donnez pas la peine de / chercher la Marche, elle est chez / votre / ami / Jean Maelzel»

Es kommt für Goethe nur insofern doch auf den Inhalt an, als

dieser das Exemplar vielleicht nicht wertvoller im ökonomischen, doch im sammlungstechnisch-konzeptuellen Sinn macht. Denn die in die Schrift eingeschriebene, ihren Verfasser als eine Art immaterieller Essenz speichernde ‹Energie›, die abschließend behandelt werden soll, ist umso interessanter oder begehrenswerter, je ‹bedeutender› der schreibende Mensch war. Freigesetzt wird diese ‹Energie› durch Magie.

IV.

Goethe berichtet im Zusammenhang mit Autographen immer wieder von der Erfahrung einer konkreten Anwesenheit der Schreiber: ‹Ich mag die Geister der Entfernten und Abgeschiedenen gern auf jede Weise hervorrufen und um mich versammeln.›¹⁷ Der Begriff *Geister* ist bewusst gewählt, denn diese Erfahrung lässt sich nicht rational erklären. Sie scheint vielmehr im diffusen Feld der Goethe ‹eigentlich› verdächtigen Welt der Metaphysik angesiedelt. Dieser Irrationalität will er begrifflich mit der Hilfe der ihm ‹eigentlich› genauso verdächtigen Magie Herr werden:

«[...] da mir die sinnliche Anschauung durchaus unentbehrlich ist, so werden mir vorzügliche Menschen durch ihre Handschrift auf eine magische Weise vergegenwärtigt.»¹⁸

So wird der Schreiber in der Einzigartigkeit des von ihm beschriebenen Dokuments in der Gegenwart des Betrachters als real präsent gedacht. Und diese *Geister* der Schreiber werden durch die Magie gerade nicht nur als Einbildungen, Halluzinationen oder in der Gegenweltsprache des Als-Ob beschworen. Ihre Evokation durch die Irrationalität der Magie ändert nichts an ihrer Realität, die sich aus der auch sprachlich markierten Realität der Erfahrung ableitet. Denn für die Beschreibung des Effekts greift Goethe nicht auf die Sprache der Imagination zurück, sondern benutzt den Indikativ.

Der magische Vorgang und das magische ‹System› sind dabei selbst nicht Teil der Diskursivierung, ja, sie können es gar nicht sein. Sie verbleiben als Bedingungen der Möglichkeit der beschriebenen Effekte im einzig ausgesprochenen Wort ‹Magie› unausgesprochen. Denn Magie hat stets die Funktion, unbestimmte, unkontrollierbare und übermenschliche Mächte mit dem Anschein der begrifflichen ‹Erklärung› intransparent zu belassen. Dabei ist

17 Brief Goethes an Sulpiz Boisserée vom 17. Dezember 1811, in: WA IV, 22, S. 221.

18 Brief Goethes an Jacobi vom 10. Mai 1812, in: WA IV, 23, S. 6.

- 19 Marcel Mauss: Entwurf einer allgemeinen Theorie der Magie (in Zusammenarbeit mit Henri Hubert), in: *Soziologie und Anthropologie*. Band 1, Frankfurt/M. 1999, S. 43-179, hier S. 46. Diskussion um das «Gesetz der Kontiguität», ebd. S. 97-101.

sie nie auf Beweise angewiesen, da sich ihre Autorität auf ihren Vollzug stützt. Wo die Welt magisch aufgefasst wird, da wird Rationalität suspendiert und zu Gunsten eines vermeintlich «wahren» Wirkprinzips, das jedoch immer unerkannt bleibt, diskreditiert. So bezeichnet Magie einen dem Menschen unverständlich bleibenden, unsystematisierbaren Modus, der die Welt gerade nicht auf- oder erklärt, sondern bei der prärationalen Feststellung bleibt, dass der Mensch gar keine Einsicht in dessen wesentliche Gesetzmäßigkeiten nehmen könne und dennoch von einer in sich schlüssigen Macht beherrscht werde. Frei nach dem berühmten Ausspruch Hans Blumenbergs zum Mythos beantwortet Magie keine Fragen, sondern sorgt dafür, dass keine Fragen gestellt werden. Mit Magie ist Goethe also ein Begriff zuhanden, der ihn von der «Pflicht», Begriffe zu finden, entbindet.

Doch wie funktioniert die Magie der Handschriften? Der Ethnologe James Frazer schrieb schon früh, 1890 in *The Golden Bough*, vom magischen Gesetz der Kontiguität, welches besagt, dass «Dinge die miteinander in Berührung gestanden, aber aufgehört haben es zu tun, [fortfahren] aufeinander zu wirken, so als bestünde die Berührung fort».¹⁹ Das bedeutet im Fall von Goethes Umgang mit den Autographen, dass der *Geist* – diese diffus benannte und diffus bleibende – Lebens-«Energie» des Schreibenden mittels des Schreibakts über den Körper in das Schreibinstrument fließt, dann in die Tinte und schließlich auf das Papier, welches sie als Schrift materialiter speichert. Das Geschriebene ist durch körperliche und kulturtechnische, dabei als verlustfrei konzipierte Medien mit der «Energie» des Schreibers aufgeladen, so dass diese durch ununterbrochene, nämlich sinnliche Kontaktnahme – Goethe spricht von «Anschauung» – in der Realpräsenz aktualisiert werden kann.

Diese halb spielerische, halb ernsthaft-überstrapazierte Goethesche Idee der Präsenz des Subjekts im von diesem durchdrungenen Objekt zielt auf eine besondere Form der Erkenntnis. Sie ist sinnlich vermittelt, doch bleibt sie im Irrationalen verhaftet. Darauf reagiert Goethe, wenn er den Modus des Geschehens als *magisch* klassifiziert. Sie ist als Anregung und Vitalisierung des Sammlers bestimmt. Die begriffliche Vagheit und Unbestimmtheit dieses als *Geist* beschworenen Abwesenden ist notwendig,

denn jede analytische Präzisierung würde den magischen Charakter des Anschauungsaktes zerstören. Aus der Einzigartigkeit eines jeden Autographen und der magischen Funktionsweise kann und darf, ja: muss Goethes Autographensammlung unspezifisch und unsystematisch zusammengestellt sein. Nur in einem Bereich, der mit solch unerklärlichen und unsystematisierbaren Einzelfällen angefüllt ist, kann ein Prinzip wie Magie für Goethe Geltung und Anwendung finden. Die Erfahrung erzwingt die Beschreibung: Die Magie ist kein Prinzip, welches Goethe in freier Wahl anwendet, sondern er greift da auf sie zurück, wo er keine Wahl hat.

Bildnachweise:

Abb.1-3: Goethe- und Schiller-
Archiv / Klassik Stiftung Weimar

DANIEL FULDA / HARTMUT ROSA

Die Aufklärung – ein vollendetes Projekt?

Für einen dynamischen Begriff der Moderne

I. Die Emanzipation der Moderne

Ist die Aufklärung nicht das Fundament unserer Kultur und Gesellschaft? Wer heute so fragt, rechnet kaum mit Widerspruch. Das gilt für die vermeintlich nüchterne Wissenschaft ebenso wie für die politische Debatte: Sind die Grundlagen der westlichen Moderne nicht in der Aufklärung wie in keinem anderen Zeitalter gelegt worden? Wo öffentlich gestritten wird, welche Regeln für unser Leben gelten sollen, dient die Berufung auf aufklärerische Prinzipien denn auch gerne als eine Art säkularer Letztbegründung, die keinen Widerspruch duldet.

Statt die Fundierung der Moderne in der Aufklärung für fraglos zu halten, kann man sich freilich auch über das Unhinterfragte dieses Konsenses wundern. Denn die Moderne – verstanden als Makroepoche, die in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts einsetzt – entspricht nur entfernt dem Bild, das sich die Aufklärer vom Menschen und von der Gesellschaft machten. Gewiss gibt es nicht das eine, einheitliche Bild, das ‚die Aufklärung‘ von einer Welt entworfen hätte, die der Mensch zum Zwecke allgemeiner Glückseligkeit selbst gestalten sollte, sondern es handelt sich um viele verschiedene, heterogene und einander auch

widerstrebende Bilder. Vieles von dem, was sich über die westliche Moderne sagen lässt, steht jedoch mit keiner der Vorstellungen im Einklang, die sich die Aufklärer von dem Weg machten, den der aus seiner Unmündigkeit heraustretende Mensch nehmen sollte.

Außerhalb des aufklärerischen Vorstellungskreises liegt, dass weder die Vernunft noch das Gefühl dem Individuum ein sicheres Fundament seines Selbst und verlässliche Orientierungen seines Handelns geben können. Während es das Bestreben aller Aufklärer war, den Menschen zum Herrn im eigenen Hause zu machen, indem sie ihm Selbstständigkeit gegenüber weltlichen wie transzendenten Mächten zusprachen, musste die Moderne lernen, dass solche Selbstherrschaft schon von unserer psychischen Ausstattung her unmöglich scheint. Ebenso wenig hätten sich die Aufklärer vorstellen können, dass die erstrebte Beherrschung der Natur so weit gehen könnte, dass der Mensch sich selbst die Lebensgrundlagen entzieht. Ähnliche Diskrepanzen zeigen sich im Bereich von Literatur und Kunst: Die Aufklärer dachten sie sich als Instrumente normativer Belehrung und Erbauung oder als Medien ästhetischer Erfahrung mit empfindungs-, gemeinschafts- oder charakterbildender

Wirkung. Literatur und Kunst sollten dem großen Zweck der menschheitlichen Verbesserung dienen. Die Künste der Moderne hingegen streifen alle ihnen angesonnenen Zwecke ab und bilden ein sich selbst reproduzierendes System aus, so dass sich Kunst, die sich politisch engagieren will, zuvörderst gegen ihre Geltungsbeschränkung aufs Ästhetische wenden muss. Das liegt zwar auf der genuin aufklärerischen Linie, die Künste aus ihrer Dienststellung bei Hofe oder in der Kirche herauszulösen, führt aber weit darüber hinaus. In dieser wie in vielen anderen Hinsichten kann keine Rede davon sein, dass sich die Moderne nach Maßgabe aufklärerischer Pläne und Ideale entwickelt hätte. Begreift man die Moderne als Abkömmling der Aufklärung, so scheint sie deren Emanzipationsimperativ nur allzu unerschrocken befolgt zu haben!

Von der Kritischen Theorie werden die Diskrepanzen zwischen Aufklärung und Moderne schon lange beklagt. Ihr gelten sie nicht bloß als etwas, das bei wachsendem historischem Abstand unvermeidlich entsteht, sondern als Nichteinlösen aufklärerischer Versprechen oder sogar als deren Pervertierung durch die Moderne. Die Moderne sei – so die eine Variante dieser Kritik – hinter den Ansprüchen der Aufklärung zurückgeblieben, was aber nicht diese Ansprüche entwerte. Vielmehr sei es uns aufgegeben, «das Projekt der Moderne» weiter voranzutreiben, um den Normen der Aufklärer immer vollständigere Geltung zu verschaffen. Die andere Variante hingegen sieht gerade im Anspruch der Aufklärer auf vernünftige Weltgestaltung den Faktor, der die Moderne in ihre Katastrophen getrieben habe. Mit Blick auf die Massenverbrechen des Nationalsozialismus, aber auch auf den «Verblendungszusammenhang» der «Kulturindustrie» in den westlichen Demokratien schmettert die *Dialektik der Aufklärung* gleich im zweiten Satz: «Die vollends aufgeklärte Erde strahlt im Zeichen triumphalen Unheils.»

Angesichts der ihnen angekreideten Diskrepanzen kann man vollends ins Staunen darüber ge-

raten, wie eng Aufklärung und Moderne meist aneinander gebunden werden, sei es auf der Ebene der Normen, sei es auf der Ebene der faktischen Wirkung. Um Normen geht es den Anwälten der Aufklärung: Für Habermas ist das «Projekt der Moderne» identisch mit dem «Projekt der Aufklärung». Die Kritiker wiederum sehen Aufklärung und Moderne wie Ursache und Wirkung aneinander gekettet. Beide Seiten handeln ihrer engagierten Deutung dadurch erhebliche Plausibilitätsprobleme ein. Wenn die Moderne nichts anderes sein soll als das, was die Aufklärer als Ideal des Menschen und der von ihm gestalteten Gesellschaft und Welt entwarfen, dann belastet man die Aufklärung mit einer Legitimationsaufgabe, die keinerlei Unzulänglichkeit gestattet und den Autoren des 18. Jahrhunderts einen Zukunftshorizont von zwei, drei und immer mehr Jahrhunderten abfordert – die also völlig unerfüllbar ist. Eine derartige Legitimation der Moderne aus den Intentionen ihrer Entstehungsphase hat nur auf den ersten Blick einen historischen Anstrich. In Wahrheit verfährt sie unhistorisch, denn sie missachtet den substantiellen Wandel und die Dynamik der Geschichte, die es nicht zulassen, Späteres vollständig aus Früherem abzuleiten. Gleichfalls überspannt ist daher aber auch die Kritik an der Aufklärung, die ihr das ganze Unheil der Moderne anlastet.

Vermeiden lassen sich solche Überforderungen der Aufklärung, wenn diese nicht vorweg zur Frühphase der Moderne erklärt und die Moderne nicht bloß als Resultat von Intentionen oder auch nicht-intendierten Tendenzen der Aufklärung begriffen wird. Um Missverständnissen vorzubeugen: Die übliche Fraglosigkeit der Verbindung von Aufklärung und Moderne soll hier nicht durch die These gekontert werden, zwischen beiden bestehe allenfalls ein loser Zusammenhang. Nötig scheint jedoch eine analytische Präzisierung dieses Bezugs jenseits einer Identifizierung auf bloß begrifflicher Ebene («Projekt der Aufklärung» als «Projekt der Moderne») oder der Suggestionsmacht der histo-

rischen Folge (Aufklärung als Gründungsphase der Moderne). Wie aber lassen sich Aufklärung und Moderne konzeptuell unterscheiden? Und wo lässt sich trotz dieser Unterscheidung (exemplarisch) verfolgen, wie Modernes aus der Aufklärung hervorgeht?

II. Vorwärts nach Elisium

Geläufig sind Bestimmungen der Moderne als eine Epoche im Gang zunächst der europäischen und mittlerweile der Global-Geschichte oder von bestimmten Leitprinzipien (wie Rationalität, Säkularisierung, Autonomie o. ä.) her. Solche Definitionen stehen jedoch in der Gefahr des Eurozentrismus bzw. der Verkürzung der Ambivalenzen der Moderne. Deshalb schlagen wir eine Bestimmung der Moderne von ihrer spezifischen Struktur her vor: Als *modern* sollen solche gesellschaftlich-kulturelle Formationen gelten, die sich nur dynamisch zu reproduzieren und zu stabilisieren vermögen, das heißt: die strukturell auf Wachstum, Innovation und Beschleunigung angewiesen sind. Entscheidendes Merkmal von Modernität sei eine Dynamik von Gesellschaft und Kultur, die unabdingbar geworden ist für deren einigermaßen stabile Fortexistenz.

Aber gibt es kulturelle und soziale Dynamik erst in modernen Gesellschaften? Gegenbeispiele scheinen sich leicht anführen zu lassen: Als Dynamisierungsphänomene aus der mitteleuropäischen Geschichte der Vormoderne können z. B. die Städtegründungswelle des hohen Mittelalters oder die Reformation gelten. Selbst diese mächtigen und weit ausgreifenden Veränderungen initiierten aber keinen permanenten Wandel. Sie stellen zwar dynamische Umbrüche dar, setzen aber noch keine unendlich fortzusetzende Dynamik in Gang: Nach 1350 blieb die europäische Siedlungsstruktur für ein halbes Jahrtausend ziemlich unverändert, so wie die von der alten Kirche getrennten neuen Kirchen bald ihre eigene Orthodoxie ausbildeten. Diese prinzipielle Orientierung auf Stabilität wurde erst im europäischen 18. Jahrhundert allmählich preis-

gegeben und auf prinzipielle Dynamik umgestellt – das heißt auf eine Dynamik, die niemals zur Ruhe kommt, sondern aus sich selbst heraus, ohne äußeren Druck immer weiter treibt. Am offensichtlichsten wirkt dieses Prinzip in der modernen kapitalistischen Wirtschaft, die unbedingt auf Wachstum, Innovation und Beschleunigung angewiesen ist. Wir finden es jedoch auch in einer Wissenschaft, die nicht auf die Bewahrung eines Wissenskanons, sondern auf die Definition immer neuer Forschungsfragen hin ausgerichtet ist, oder in einem Rechtssystem, das laufend durch neue Gesetze ausgebaut wird.

Dass die Moderne keinen Stillstand zulässt, ist schon ihren frühen Theoretikern bewusst. Vom modernen Dichter forderte Schiller, in die Zukunft zu arbeiten: «Er führe uns nicht rückwärts in unsre Kindheit», heißt es in seinem Essay *Über naive und sentimentalische Dichtung* von 1795 mit Blick auf die literarische Idylle, «um uns mit den kostbarsten Erwerbungen des Verstandes eine Ruhe erkaufen zu lassen, die nicht länger dauern kann, als der Schlaf unserer Geisteskräfte, sondern führe uns vorwärts zu unsrer Mündigkeit, um uns die höhere Harmonie zu empfinden zu geben, die den Kämpfer belohnt, die den Überwinder beglückt.» Der Mensch könne «nun einmal nicht mehr nach Arkadien», in das Zeitalter der «Hirtenunschuld», zurück, sondern müsse vorwärts «nach Elisium».

III. Die Liebe zum Neuen

Ihrem Ursprung nach sind die Begriffe «modern» und «Moderne» bekanntlich keine Struktur-, sondern Zeitbegriffe. Wie häufig noch heute dienen sie zunächst der Selbstbestimmung in zeitlichen Relationen: «Pontifex modernus» ist kein Reformpapst, sondern der *jetzige* Inhaber des Stuhls Petri. Erst allmählich bildete sich die Bedeutung *modern* als Zustand dauernder Veränderung. In diesem Sinne ist der moderne Dichter bei Schiller zunächst der Zeitgenosse, dem darüber hinaus aber auch eine spezifische Veranlagung und Aufgabe zugemessen

wird. Auf welche Strukturen, die sich nur noch dynamisch zu stabilisieren vermögen, aber verweist Schillers Verständnis des modernen Dichters? Lassen sich neuartig dynamische Strukturen seit 1800 etwa im Bereich ästhetischer Praktiken aufweisen?

In der Tat gilt es als charakteristisch für die Künste der Moderne, dass sie vom Drang nach dem Neuen beherrscht werden, ja dass sie geradezu einem «Zwang zum Neuen» unterliegen. In seinem Essay *Über das Neue* hat Boris Groys darauf eine ganze Theorie des modernen Kulturbetriebs gegründet. «Das Streben nach dem Neuen um des Neuen willen» bestimme die kulturelle Produktion bis in unsere Gegenwart hinein: «Von einem Denker, Künstler oder Literaten wird gefordert, daß er das Neue schafft, wie früher von ihm gefordert worden war, daß er sich an die Tradition hält und sich ihren Kriterien unterwirft.» Die Forderung nach dem Neuen und dementsprechend das Streben danach können als Strukturmerkmal der modernen Kultur gelten. Noch einmal Groys: «Das Neue ist unausweichlich, unvermeidlich, unverzichtbar. Es gibt keinen Weg, der aus dem Neuen führt, denn ein solcher Weg wäre auch neu. Es gibt keine Möglichkeit, die Regeln des Neuen zu brechen, denn ein solcher Bruch ist genau das, was die Regeln erfordern. Und in diesem Sinne ist die Forderung nach Innovation, wenn man will, die einzige Realität, die in der Kultur zum Ausdruck gebracht wird.»

Nun spricht Schiller allerdings nicht, wie Groys, «vom Streben nach dem Neuen um des Neuen willen», sondern verspricht sich von der Zukunft substantielle Verbesserungen. Doch sieht auch er keinen erreichbaren Endpunkt vor, denn «Elisium», das selige Jenseits der griechischen Mythologie, liegt dauerhaft außerhalb der Menschenwelt. Ganz im Sinne dieser ins Unendliche geöffneten Zukunft heißt es in seinen Briefen *Über die Ästhetische Erziehung*, durch ästhetische Sensibilität komme der Mensch «auf eine Bahn, die nicht endet». Ein gewichtiger Unterschied zu Groys liegt gleichwohl

darin, dass Schiller die Bewegung der modernen Kunst als Weg zu Höherem, als «Fortschritt» denkt, während genau dies beim «Streben nach dem Neuen um des Neuen willen» kassiert ist. Haben wir es also mit zwei Vorstellungen vom Funktionieren der modernen Kunst zu tun, die sich in einem zentralen Punkt unterscheiden? Zunächst einmal ja, doch lässt sich die Differenz zwischen starker und fehlender Fortschrittserwartung aus der unterschiedlichen Position der beiden Autoren erklären: Während Schiller als Akteur des Literaturbetriebs spricht, ist Groys ein selbst nicht produzierender Beobachter, der das Funktionieren des kulturellen Betriebs zu erfassen sucht. Dass jener ein emphatischeres Bild von künstlerischer Produktion entwirft als dieser, ist daher nur zu verständlich. Obwohl sie sich widersprechen, können beide Sichtweisen stimmen: Schillers als Selbstbild der Produzenten (und ihrer Rezipienten), Groys' als Analyse des tatsächlichen Funktionierens kultureller (Re-)Produktion.

Vom Kulturbetrieb zu Schillers Zeit her lässt sich dies leicht erhärten. Eine Neuigkeit war damals die *Allgemeine Literatur-Zeitung*: neu nicht als Organ der gelehrten oder literarischen Kritik, aber in ihrem Anspruch, die gesamte deutsche Buchproduktion und zudem einen erklecklichen Teil der ausländischen – «alle Werke, welche Deutsche interessieren» – vorzustellen (so der Vorbericht der *ALZ*; die einschlägigen Untersuchungen haben Stefan Matuschek und seine Mitarbeiter vorgelegt). Um die Menge der zu rezensierenden Schriften zu bewältigen, erschien die Zeitung zwischen 1785 und 1803 *täglich* außer sonntags. Das blieb nicht ohne Folgen für das, was Kritik hier bedeutete: Eine Bewertung durch Auswahl entfiel von vornherein, und der eigentlich erhobene Anspruch auf kritische Prüfung jedes Buchs und dessen Einordnung ins System des Wissens verlor sich unvermeidlich in einer weitgehend schablonenhaften Registratur, obwohl zu den Mitarbeitern auch die Weimarer und Jenaer Geistesgrößen zählten, einschließlich Schillers. Beabsich-

tigt war, durch die Feststellung des Neuen in jeder Neuerscheinung das Wissen wachsen zu lassen, und zwar qualitativ, nicht bloß quantitativ. Der Intention nach war die *ALZ* am Modell eines gelehrten und literarischen Fortschritts orientiert. Tatsächlich jedoch konnte die serielle Anzeige von Neuerscheinungen das Neue insgesamt nur als Neues, nicht als qualitativen Zuwachs ausweisen. Gemessen am Funktionieren der *ALZ* als Rezensionsorgan, ist das Neue hier jeweils nur ein Tagesphänomen, das bereits am nächsten Tag wieder durch andere Neuigkeiten überholt ist. Offensichtlicher als je zuvor konnte das ›unendlich‹ viele Neue von niemandem inhaltlich gewürdigt, das heißt als Beitrag zu einem allgemeinen Erkenntnisfortschritt erfasst werden. Statt zu eigener Lektüre anzuregen, wie es eigentlich die Intention der *ALZ* war, wurde die Aufmerksamkeit der Leser vielmehr auf die nächsten, am nächsten Tag mitgeteilten, aber wieder nicht substantiell rezipierbaren Neuigkeiten gelenkt. Weit über die bewusst verfolgten Absichten hinaus tritt so die Ausrichtung aufs Neue als funktionales Prinzip hervor.

Am Beispiel der *ALZ* lässt sich das moderne Strukturmoment der Dynamisierung in konkreten kulturellen Praktiken und Institutionen beobachten. Darüber hinaus wird an diesem Beispiel eine massive Spannung zwischen fortschrittlicher Programmatik und bloß betriebsamer Praxis sichtbar – eine Spannung, in der ebenso der um 1800 ausgebildete, aufklärungsaffine Modernebegriff als zeitgenössisches Deutungsmuster und das von unserem Modernebegriff fokussierte Strukturmoment stehen: Schillers Perspektive ist diejenige der Aufklärung, die an den Fortschritt glaubt. Groys dagegen beschreibt eine davon zu unterscheidende Modernität, in der Fortschritt durch leere Progression ersetzt ist. Übrigens setzte an der Kluft zwischen Fortschritt und richtungsloser Dynamisierung schon früh Kritik an. Bei dem preußischen Ministerialen Friedrich Ancillon richtete sie sich 1823 nicht allein gegen den Effekt der Dynamisierung, sondern auch gegen

die – womöglich ungewollt – dahin wirkenden Aufklärungsintentionen: «Alles ist beweglich geworden, oder wird beweglich gemacht, und in der Absicht, oder unter dem Vorwand, Alles zu vervollkommen, wird Alles in Frage gezogen, bezweifelt und geht einer allgemeinen Umwandlung entgegen. Die Liebe zur Bewegung an sich, auch ohne Zweck und ohne ein bestimmtes Ziel, hat sich aus den Bewegungen der Zeit ergeben und entwickelt. In ihr, und in ihr allein, sucht man das wahre Leben.»

IV. Schillers unendliche Progression

Gewiss: es sind wesentlich Leitideen der Aufklärung, welche die Dynamik der Moderne legitimieren. Schillers Ermahnung des modernen Dichters, er könne sich und seine Leser nicht zurückbringen in unentfremdete Urzeiten (nach Arkadien), sondern solle *vorwärts* streben, um mündig zu werden, spiegelt deutlich genug die aufklärerische Geschichtsphilosophie und den aufklärerischen Emanzipationsimperativ. Und die *ALZ* folgte dem ebenfalls aufklärerischen Prinzip des Wissenszuwachses durch Sammlung, Kritik und Ordnung. Zweifelsohne sind die programmatischen Impulse der Aufklärung intrinsisch mit der modernen Dynamisierung von Kultur und Gesellschaft verknüpft. Das «Streben nach dem Neuen um des Neuen willen», das den modernen Kunst- und Kulturbetrieb kennzeichnet, zeigt zugleich allerdings, dass aufklärerische Impulse nicht einfach den aufklärerischen Intentionen entsprechende Wirkungen zeitigten.

Aufklärung und Moderne sollten daher in ihrem Zusammenhang gesehen werden, und zwar in ihrem kausalen, wenn auch nicht deterministischen Zusammenhang. Sie sollten jedoch nicht als identisch behandelt werden: weder in ihrer historischen Ausdehnung als Epoche oder in ihrer räumlichen Reichweite – das dürfte unumstritten sein – noch in ihren Ursprüngen und Prinzipien. Um welche *Differenz in den Prinzipien* es geht, zeigt sich an jenem Punkt der geschichtsphilosophisch-ästhetischen Theoriebildung, an dem zum ersten Mal (nicht nur

in Deutschland) ein Epochenbegriff der Moderne formuliert wurde, und zwar in einer noch heute nachvollziehbaren Weise. Zugleich handelt es sich um einen Punkt, an dem Aufklärung und Moderne *ineinander übergehen*, oder genauer gesagt: an dem moderne Prinzipien aus aufklärerischen hervorgehen, und zwar durch deren Überschreitung, so dass hier sowohl der Zusammenhang zwischen beiden als auch ihre Differenz hervortritt. Nehmen wir uns dazu noch einmal Schillers *Über naive und sentimentalische Dichtung* sowie Überlegungen Friedrich Schlegels vor, die teils direkte Reaktionen auf Schiller sind, teils als Weiterentwicklung seiner Theorie der modernen Dichtung gelten können.

Schillers Abhandlung knüpft an die im Zeitalter Ludwigs XIV. ausgefochtene *querelle des anciens et des modernes* an. Dort war die Frage aufgeworfen worden, ob der antiken oder der zeitgenössischen Dichtung der höhere Rang zuzuerkennen sei. Die *modernes* machten geltend, dass die Neuzeit über erheblich erweiterte Kenntnisse in den Wissenschaften und technischen Künsten verfüge. Obwohl dies allgemein anerkannt wurde und wenig später den Fortschrittsglauben der Aufklärung befeuerte, setzte sich die daraus abgeleitete Höherbewertung der modernen Dichtung aber nicht durch. Fast im gesamten 18. Jahrhundert blieb es vielmehr dabei, dass die antike Poesie ihre Vorbildlichkeit behauptete.

Hier setzt Schiller ein und verschafft der Diskussion ein ganz neues Fundament, indem er antike und moderne Dichtung – und damit Antike und Moderne insgesamt – als durch unterschiedliche Existenzweisen des Menschen bestimmt definiert: Der naive Dichter «*ist* [...] Natur», wie Schiller zuspitzt, während der sentimentalische Dichter dieselbe «*sucht*!», weil er sie verloren hat. Beiseite gelassen sei hier die Frage, wie realitätsnah der antike Dichter damit charakterisiert ist, ob er also tatsächlich aus einer harmonischen Einheit von Sinnen und Vernunft lebte und dichtete und ob seine Werke tatsächlich bloß eine «möglichst vollstän-

dige *Nachahmung des Wirklichen*» waren. Denn Schiller geht es letztlich um einen tragfähigen Begriff der Moderne. Dieser bedarf – anders lässt sich Moderne noch nicht denken – eines Widerlagers, und man könnte meinen, dieses argumentative Widerlager bilde weiterhin eine Norm, nach der sich die Moderne zu richten habe; schließlich werde der sentimentalische Dichter bestimmt als Suchender nach dem, was der Naive besaß. Die Einheit des Naiven mit der Natur deutet Schiller indes als Begrenztheit, ihren Verlust als Chance: Das sentimentalische Genie «fängt seine Operation erst da an, wo jenes [das naive] die seinige beschließt; seine Stärke besteht darin, einen mangelhaften Gegenstand *aus sich selbst heraus* zu ergänzen, und sich durch eigene Macht aus einem begrenzten Zustand in einen Zustand der Freiheit zu versetzen». Schiller begründet das Spezifische und den Vorteil der Moderne nicht wie ältere, seit der *querelle* tradierte Ansätze mit etwas, das die Moderne in größerem Umfang besitzt als die Antike (nämlich mit ausgeteitetem Wissen), sondern im Gegenteil mit ihrer Unbestimmtheit und Offenheit.

Daher kann er die Richtung, in die der sentimentalische Dichter «uns» führen soll, mit «vorwärts» angeben, selbst wo es um die Idylle geht, also um die verlorene Einheit von Ideal und Wirklichkeit. «Vorwärts zu unsrer Mündigkeit», lautet die Stelle vollständig. Aber bleibt die verlorene Einheit der Natur nicht das Sehnsuchtsziel auch des sentimentalischen Dichters? Ist Schiller nicht als Protagonist der triadischen Geschichtsphilosophie bekannt, die um 1800 bei vielen Autoren im Schwange war? Triadisch meint hier die Annahme, dass auf eine ursprüngliche Einheit eine Phase der Entzweigungen folgt, die künftig in einer *höheren* Einheit wieder aufgehoben wird; die Gegenwart wird dabei regelmäßig am Ende der mittleren Phase verortet. Gemäß diesem Schema sagt Schiller über den Menschen: «Die Natur macht ihn mit sich Eins, die Kunst trennt und entzweiet ihn, durch das Ideal kehrt er zur Einheit zurück.» Gleich der nächste

Satz jedoch lautet: «Weil aber das Ideal ein unendliches ist, das er niemals erreicht, so kann der kultivierte Mensch in *seiner* Art niemals vollkommen werden.» Das Ziel der wiederzugewinnenden Einheit ist demnach nur eines, «zu welchem der Mensch durch Kultur *strebt*». Es wird nicht «erreicht», sondern durch niemals abgeschlossene «Annäherung zu einer unendlichen Größe».

Das triadische Modell wird von Schiller weitgehend umgebogen in ein Modell unendlicher Progression. Hier wird ein Punkt greifbar, an dem Aufklärung in Moderne übergeht, und zwar auf gleich mehreren Gedankenbahnen: Noch aufklärerisch ist die Anerkennung der Vollkommenheit der antiken Kunst; modern hingegen ist Schillers Begründung, warum der sentimentalische Künstler, der die Natur erst suchen muss, mehr leisten kann als der naive, dem sie eigen ist. Aufklärerisch ist der geschichtsphilosophische Fortschrittsgedanke; modern hingegen ist die Entrückung des angestrebten Ziels ins Unendliche. In anderer, rousseauistischer Weise aufklärerisch ist auch die Anerkennung eines fundamentalen Verlustes durch die Entwicklung der Kultur; modern hingegen ist die Wendung dieser kritischen Selbstaufklärung der Aufklärung ins Konstruktive. Wenn diese Unterscheidungen aber zutreffen, so haben wir gute Gründe, Aufklärung und Moderne auseinanderzuhalten, und zwar auch von ihren Prinzipien her.

V. Spiegelbilder: Schlegels theoretische Erben

Das Prinzip unendlicher Progression lässt eher an Friedrich Schlegel als an Schiller denken. In der Tat begreift Friedrich Schlegel die Prozessualität der Moderne konsequenter von ihrer Unendlichkeit statt von ihrem Ziel her, so dass er das triadische Schema vollends aufbricht. Der berühmte Satz aus den *Athenäums*-Fragmenten, «Die romantische Poesie ist eine progressive Universalpoesie», antwortet aber auf dieselbe Frage, die sich auch Schiller stellte: Was ist das Spezifische der modernen Dichtung? («Romantische Poesie» ist Schlegels Begriff dafür.)

Ebenso finden wir bei Schlegel das Ziel der Wiedervereinigung des im Kulturprozess Getrennten: Die «Bestimmung» der romantischen Poesie sei es, «alle getrennten Gattungen der Poesie wieder zu vereinigen und die Poesie mit der Philosophie und Rhetorik in Berührung zu setzen». Jedoch geht es höchstens am Rande um die Wiedervereinigung der sinnlichen und der intellektuellen Vermögen des Menschen. Schlegels Interesse ist kein anthropologisches, sondern gilt der Kunst als einem fast Absoluten, das in alle Lebensbereiche hineinspielt – deshalb «Universalpoesie». Das entfernt ihn ein gutes Stück von den Impulsen der Aufklärung und darf als spezifisch modern gelten.

Die Wiedervereinigung des Getrennten exponiert Schlegel nicht als Ziel – auch nicht als unerreichbares –, sondern er fordert sie als stets und immer wieder zu vollziehende Operation. Das letzte Ziel, das schon bei Schiller nur eine regulative Idee darstellt, kann dadurch entfallen. «Die romantische Dichtart ist noch im Werden», heißt es im selben 116. *Athenäums*-Fragment, «ja das ist ihr eigentliches Wesen, daß sie ewig nur werden, nie vollendet sein kann.» Wird dieses Werden von Schlegel überhaupt noch als Fortschritt gedacht? Manche Formulierungen aus den Schriften des ganz jungen, vorromantischen Schlegel sprechen dafür. Einen anderen Eindruck vermittelt das Bild, mit dem das *Athenäums*-Fragment die Progressivität der romantischen Poesie veranschaulicht: Sie konkretisiert sich nämlich darin, dass sich die «Reflexion immer wieder potenzier[t] und wie in einer endlosen Reihe von Spiegeln vervielfach[t]». Wer das zwischen zwei Spiegeln einmal ausprobiert, wird feststellen: In der unendlichen wechselseitigen Spiegelung der Spiegel rückt das eigene Spiegelbild immer weiter in die Ferne. Beobachten lässt sich hier eine fortwährende Entfernung vom Ursprung, aber keine qualitative Steigerung.

Mit den Fortschrittserwartungen der Aufklärung (einschließlich Schillers) hat Schlegels «progressive Universalpoesie» nur noch wenig gemein, nämlich

bloß das Prinzip der notwendigen Bewegung. Blendet man die andere Seite seiner Poetik, das idealistische Postulat eines auf diese Weise zu umspielenden Absoluten, als praktisch irrelevant aus, so zeigt sich solche unendliche Progression als reine Dynamik. Die oben vorgeschlagene Modernedefinition ist damit geradezu vorweggenommen: Das Konzept der progressiven Universalpoesie entspricht einer Literatur oder Kultur, die sich nur dynamisch zu stabilisieren vermag – die das «Neue um des Neuen willen» erstrebt.

In dieser Positionsdifferenz zwischen Schiller und Schlegel scheint nicht weniger als ein Grundkonflikt der Modernetheorie zu stecken, der noch aktuelle sozialtheoretische Debatten prägt: Während etwa Habermas das aufklärerische Konzept eines Diskurses vertritt, der auf immer bessere Verständigung ausgerichtet ist, sieht Luhmanns Theorie autopoetischer Systeme nur immer weitere Anschlusskommunikationen vor. Was in Schillers und Schlegels Ästhetik als gradueller Differenzpunkt hervortritt, radikalisiert sich in der zeitgenössischen Gesellschaftstheorie zu einem Unterschied ums Ganze: zu einem Unterschied zwischen der Hoffnung einer historischen Bewegung auf ein Ziel zu (das Ziel universaler Verständigung) und der desillusionierten Konzeption einer leeren Progression als Selbstzweck und zugleich als Notwendigkeit der Systemerhaltung.

Der gegenüber Schiller Modernere ist Schlegel nicht von Anfang an gewesen. In seiner ersten größeren Veröffentlichung *Über das Studium der griechischen Poesie* zeigt er sich vielmehr als Ancien, der der modernen Poesie keinen gleichen Rang, geschweige denn Überlegenheit zubilligt. Erst als er kurz vor der Drucklegung noch Schillers Abhandlung *Über naive und sentimentalische Dichtung* liest,

schwächt er das Gefälle zwischen antiker und moderner Poesie ab. Dem «Interessanten», das die moderne Poesie kennzeichne, erkennt die neu geschriebene Vorrede das Potential zu, als «notwendige Vorbereitung zur unendlichen Perfektibilität» zu dienen, wobei sich das Ideal «nie vollkommen erfüll[en]» lasse. Schlegel lässt sich von Schiller zwar nicht ganz von seiner Höherwertung der Alten abbringen, doch übernimmt er dessen typisch aufklärerischen Fortschrittsgedanken – um in den Texten der *Athenäums*-Zeit schließlich beides zu verabschieden.

Diese Überkreuzlage der verschiedenen Positionen hat Hans Robert Jaufß schon vor über 40 Jahren auseinandergelegt. Hinzuzufügen ist, dass es dabei nicht allein um Anregungen und Konkurrenzen zwischen zwei Autoren, sondern um eine epochale Gemengelage geht: Schillers und Schlegels synergetisches Vorantreiben des Moderneverständnisses stellt ein Paradebeispiel für die Gleichzeitigkeit und das Zusammenwirken von Aufklärung, Klassik und Romantik in der deutschen Literatur und Kultur um 1800 dar. Diese drei lassen sich um 1800 nicht als Epochen voneinander trennen, sondern müssen als sich wechselseitig herausfordernde und modifizierende «Intentionen» verstanden werden. Gerade ihr Spannungsgefüge erwies sich als innovationssträchtig: Es ist eine Überkreuzung aufklärerischer Intentionen (progressistische Geschichtsphilosophie, aber auch Kulturkritik und Normativität der Antike), klassischer Intentionen (Selbstbewusstsein der Moderne, Wiedervereinigung des Getrennten) und romantischer Intentionen (unendliche Prozessualität und Reflexivität), aus der ein neuer Begriff von Modernität entstand, als Schiller und Schlegel das Neuartige der modernen Poesie zu bestimmen unternahmen.

HENRY A. KISSINGER

Der größte Staatsmann aller Zeiten

Die beste englische Biographie Bismarcks stammt von Jonathan Steinberg

Jonathan Steinberg: Bismarck. A Life.
Oxford University Press,
Oxford und New York 2011, 577 S.

Im Sommer 1862 wurde Otto von Bismarck zum Ministerpräsidenten von Preußen ernannt. Der höchste Posten, den er zuvor erklommen hatte, war der des Botschafters in Russland. Noch nie hatte er eine Verwaltungsfunktion bekleidet. Doch mit ein paar kräftigen Pinselstrichen löste der Neuling an der Regierung das große Rätsel, an dem sich die europäischen Diplomaten zwei Generationen lang die Zähne ausgebissen hatten – wie wird Deutschland vereinigt und Mitteleuropa neu gestaltet? Bismarck ließ sich nicht davon aufhalten, dass Deutschland aus 39 souveränen Staaten bestand, die im Deutschen Bund zusammengeschlossen waren. Währenddessen wurde alles, was in Mitteleuropa vor sich ging, von den zwei «Flügelmächten» Frankreich und Russland misstrauisch beäugt. Der Aufstieg eines Staates, der in der Lage wäre, das europäische Mächtegleichgewicht zu ändern, behagte ihnen nicht, und stets waren sie versucht einzugreifen.

Innerhalb von neun Jahren fand er also eine Lösung – der Historiker Jonathan Steinberg, Professor an der University of Pennsylvania, nennt das «die größte diplomatische und politische Leistung irgendeines führenden Politikers in den letzten zweihundert Jahren». Bismarck besiegte die deutschen Fürsten in zwei Kriegen und einte sie für einen dritten; er zog die öffentliche Meinung auf seine Seite, indem er das allgemeine Wahrecht für Männer einführte, was Preußen als einer der ersten Staaten in Europa tat; er lähmte Frankreich mit der Aussicht, dem Erwerb Luxemburgs zuzustimmen, und Russ-

land mit seiner wohlwollenden Haltung während der polnischen Revolution von 1863. All das erreichte Bismarck, «ohne einen einzigen Soldaten zu kommandieren, ohne eine große parlamentarische Mehrheit, ohne die Unterstützung einer Massenbewegung, ohne irgendwelche frühere Erfahrung in Regierungsverantwortung und trotz einer in der ganzen Nation verbreiteten Abscheu gegenüber seinem Namen und seinem Ruf».

Steinbergs Leistung wird auch daraus ersichtlich, dass seine Beschreibung des «sehr ungewöhnlichen politischen Genies» niemals zum Lobgesang wird. Er nutzt vielmehr einen prägnanten, gelegentlich aber ablenkenden psychologischen Ansatz, um eine komplexe Person zu beschreiben, die in sich jene Grundspannung fühlte, die später Deutschland zur militärischen Überdehnung seiner Möglichkeiten trieb. In der Öffentlichkeit zeigte sich Bismarck stets mit Uniform, doch er hatte nie wirklich im Militär gedient und wurde von der Militärführung mit Argwohn betrachtet, weil man ihn für einen übermäßigen Zauderer hielt. Der «Blut und Eisen»-Mann schrieb Prosa von außerordentlicher Deutlichkeit und Klarheit, vergleichbar dem Umgang Churchills mit der englischen Sprache. Er war die Verkörperung der Realpolitik und machte zugleich durch diplomatische Gewandtheit die Macht selbst zum Instrument der Selbstbeschränkung. Er beherrschte die Außenpolitik Deutschlands und Europas von einer einzigen Machtbasis aus – dem Vertrauen eines alternden Königs, ohne jeden anderen institutionellen Rückhalt oder eine große persönliche Gefolgschaft.

Bismarck wird oft als Realpolitiker durch und durch dargestellt, der auf Kosten von Idealen allein auf die Macht vertraute. In Wahrheit hatte er viele Gesichter. Wenn Macht nützlich sein soll, muss man all ihre Bestandteile verstehen und auch ihre Grenzen. Gleichermäßen müssen auch Ideale irgendetwas mit den Umständen zu tun haben, auf die ein politischer Führer Einfluss nehmen will. Wer

diese Balance verkennt, beschwört die Gefahr einer kriegslüsternen Politik herauf, sei es durch Verfechter nackter Machtpolitik oder durch die Kreuzzüge der Idealisten.

Bismarck errang eine so beherrschende Stellung, weil er besser als all seine Zeitgenossen die vielen Faktoren begriff, die in den internationalen Beziehungen eine Rolle spielen – einige davon werden meistens als Machtfragen betrachtet, andere im Bereich der Ideale angesiedelt. Als er an die Macht kam, wurde die Welt noch von Erinnerungen an das napoleonische Zeitalter heimgesucht. Die neue Ordnung, die seitdem entstanden war, beruhte auf dem Glauben, dass nur Nationen mit Institutionen, die miteinander vereinbar sind, in Frieden leben können (so ähnlich sieht es heute der Neokonserwatismus). Die Heilige Allianz aus Preußen, Österreich und Russland war zu dem Zweck geschaffen worden, für den Fortbestand von im Wesentlichen legitimistischen konservativen Staaten zu sorgen, und war der Herrschaft ihrer königlichen Familien verpflichtet. Das Gleichgewicht der Kräfte erhielt das strategische Gleichgewicht in Europa aufrecht. Diese Ordnung befand sich in Auflösung, als Bismarck Ministerpräsident wurde. Ein neuer Napoleon hatte sich in Frankreich vom Volk zum Kaiser wählen lassen. Parlamente gewannen und Fürsten verloren an Einfluss. Die Grundsätze der Heiligen Allianz galten nicht mehr.

Bismarcks Originalität bestand darin, weder im Lager der Macht noch in dem der Ideologie zu stehen. Während des Krimkrieges entwarf er als Botschafter beim Deutschen Bund für seinen König drei Handlungsmöglichkeiten: (a) die Allianz mit Russland, verbunden mit einer konservativen Orientierung; (b) das Bündnis mit Frankreich, verbunden mit dem Gegenteil; oder (c) die volle Konzentration auf die preußische Innenpolitik, verbunden mit der Einführung repräsentativer Institutionen – ein Schritt, der den Fürsten den Boden unter ihren Füßen wegziehen würde. Bismarck analysierte die Hauptelemente jeder Situation wie ein Physiker

und nutzte sie dann für einen Gesamtplan. Er wandte sich an den Zaren im Namen der Heiligen Allianz, Frankreich gegenüber zeigte er sich offen für liberale Institutionen, den deutschen Liberalen stellte er ein demokratisches Parlament in Aussicht. Er führte drei Kriege, jeden mit begrenzten politischen Zielen – in der Absicht, den Gegner eher einzubinden als zu erniedrigen. Unter seiner Regierung führte Preußen nicht nur als eines der ersten kontinentaleuropäischen Länder das allgemeine Wahlrecht ein, sondern später auch eine umfassende Sozialgesetzgebung. Er setzte sich nicht durch, weil er mehr Macht hatte, sondern weil seine Gegner weniger geschickt waren als er. Bismarcks Widersacher waren noch immer in Vorstellungen des 18. Jahrhunderts gefangen, wonach das internationale System wie ein großes Uhrwerk mit kompliziert zusammengefügteten Teilen funktionierte, wie in der Wissenschaft Newtons. Bismarck wies bereits auf ein Zeitalter voraus, dessen Gleichgewicht durch das sich ständig verändernde Zusammenspiel von Kräften erzeugt wurde, die sich selbst in permanentem Wandel befanden, also eher wie später in der Kernphysik. Nicht Descartes, sondern Darwin war der dazu passende Philosoph; nicht «ich denke, also bin ich», sondern «Survival of the Fittest».

Zynismus allein bringt oberflächlichen Opportunismus hervor. Jede ernsthafte Politik setzt einen Fixpunkt voraus, von dem aus die Welt verändert werden kann. Bismarcks archimedischer Punkt war der Glaube an die Einzigartigkeit der preußischen Institutionen. Weil der preußische König auch dann sicher war, wenn seine ganze Armee nicht im Land stand, wie Bismarck betonte, konnte Preußen außerordentlich wendig manövrieren, um seine Vormachtstellung in Mitteleuropa zu etablieren. Bis Bismarck in Erscheinung trat, hielt man im Allgemeinen Nationalismus und Konservatismus für ideologische Gegensätze; Bismarck widerlegte diese Annahme. Der Zusammenhalt in Preußen sei stark genug, um die Autorität der Monarchen rings-

herum herauszufordern und gleichzeitig zu Hause eine monarchistische Politik zu betreiben, erklärte er. Wie Disraeli glaubte er, dass eine breite Wählerschaft nationalistisch sei und somit für konservative Zwecke mobilisiert werden könne.

Im Ergebnis allerdings wurde so der Samen gesät für die Tragödien Deutschlands im 20. Jahrhundert. Das neue Deutschland war beherrscht von dem, was Steinberg die «Souveränität eines außergewöhnlichen, riesenhaften Selbst» nennt. Ihm fehlte das institutionelle Gleichgewicht. Zu demokratisch für die Konservativen, zu autoritär für die Liberalen, war die neue innen- und außenpolitische Ordnung auf eine einzige Persönlichkeit zugeschnitten, die die widerstreitenden Kräfte in Schach zu halten versuchte, in dem sie ihre Gegensätze gegeneinander ausspielte.

Dennoch bewahrte Bismarck in den 28 Jahren seiner Amtszeit als Ministerpräsident und Reichskanzler das, was er mit zurückhaltender und kluger Diplomatie geschaffen hatte. Von seiner außenpolitischen Zurückhaltung hing mehr als von allem anderen der Frieden in Europa ab. «Meine Karte von Afrika liegt in Europa», mit diesen Worten stellte er sich dem Druck entgegen, Kolonien zu erwerben. Und auf den Vorschlag eines Präventivkrieges gegen Russland erwiderte er: «Wehe dem Staatsmann, der sich in dieser Zeit nicht nach einem Grunde zum Kriege umsieht, der auch nach dem Kriege noch stichhaltig ist.»

Steinbergs *Bismarck* zeigt aber eben auch die Nemesis des Erfolgs. Die Entstehung eines vereinigten Deutschland verringerte die Beweglichkeit, die sich vorher aus der Vielzahl souveräner Staaten in der Mitte Europas ergeben hatte. Ein vereinigtes Deutschland konnte jeden seiner Nachbarn einzeln besiegen, was diese Nachbarn, besonders Frankreich und Russland, beinahe regelrecht dazu nötigte, Koalitionsmöglichkeiten zu erkunden. Der Albtraum feindlicher Bündnisse, «le cauchemar des coalitions», der Deutschland dazu zwingen würde, seine militärischen Kräfte nach Osten und Westen

zu verteilen, entwickelte sich zu einer wichtigen Antriebskraft der Bismarckschen Diplomatie. Er versuchte dem Albtraum entgegenzuwirken, indem er Deutschland in ein schwindelerregendes Netz von teilweise überlappenden, teilweise gegensätzlichen Allianzen einband. Sein Ziel war dabei, den anderen Großmächten – außer dem unversöhnlichen Frankreich – mehr Anreize zu bieten, mit Deutschland zusammenzuwirken, als sich gegen es zu verbünden.

Es sollte nicht so sein. Bismarcks Triumphe der 1860er Jahre schränkten seinen Handlungsspielraum ein, was einen komplexen Plan für eine Allianz mit Österreich, ein Dreikaiserbündnis mit Österreich und Russland sowie einen Rückversicherungsvertrag mit Russland betraf. Die Annexion Elsass-Lothringens 1871 führte dazu, dass Frankreich auf Rache sann und sich jedem Gegner Deutschlands als Bündnispartner anbot. Es blieben so nur fünf größere Staaten übrig, was die Kombinationsmöglichkeiten verringerte. Selbst Bismarck hatte in seinen letzten Amtsjahren Schwierigkeiten, dieses komplizierte System aus unvereinbaren Partnern zu steuern oder mit allen Veränderungen Schritt zu halten. Das zeigt Steinberg auf beeindruckende Weise.

Die dynamische Kraft, mit der Bismarck Mitteleuropa neu geordnet hatte, ließ sich kaum noch einmal aufbringen, als er das, was er errichtet hatte, zu bewahren suchte. Als preussischer Ministerpräsident handelte er revolutionär und konnte den Zeitplan seiner Politik kontrollieren. Als deutscher Kanzler, als Bewahrer des Bestehenden, stellten andere die Herausforderung dar. Bismarck musste die Ereignisse abwarten. In gewisser Weise wurde er zum Gefangenen seines großen Plans und dessen innenpolitischer Notwendigkeit (der er etwa auch seinen Unwillen opfern musste, sich am Wettlauf um Kolonien zu beteiligen).

1890 wurde Bismarck vom neuen Kaiser entlassen. Was für ein Paradox, dass der Mann, der durch

die Betonung von Stabilität Europa beherrscht hatte, seine Laufbahn aufgrund der Laune eines jungen und etwas instabilen Souveräns beenden musste.

Bismarcks Nachfolger Caprivi wies auf die entscheidende Schwäche des Bismarckschen Systems hin, als er erklärte, Bismarck sei in der Lage gewesen, fünf Bälle gleichzeitig in der Luft zu halten, während er, Caprivi, kaum zwei kontrollieren konnte. Kurz nach Bismarcks Abgang wurde der Vertrag mit Russland aufgegeben. Etwas später schlossen Frankreich und Russland ein Bündnis. Europa wurde nun von starren Bündnisgegensätzen beherrscht. Bismarcks Rationalismus ließ ihn glauben, dass er die Doktrin der Selbstbeschränkung aus einer Analyse der Feinheiten von Machtbeziehungen ableiten konnte. Diese Feinheiten entgingen seinen Nachfolgern und Nachahmern aber, und so führte die Anwendung seiner angeblichen Lehren zu Wettrüsten und Weltkrieg.

Zwei Vorbehalte muss ich allerdings anmelden. Steinbergs Antipathie gegenüber Bismarcks Persönlichkeit führt manchmal dazu, dass er persönliche Eigenarten übermäßig betont und seine ziemlich brillanten strategischen Konzepte vernachlässigt. Der zweite Vorbehalt betrifft die direkte Linie, die Steinberg von Bismarck zu Hitler zieht. Bismarck war Rationalist, Hitler war romantischer Nihilist.

Bismarcks Kern war sein Sinn für Grenzen und Gleichgewicht; Hitlers Kern war die völlige Maßlosigkeit und die Ablehnung jeder Beschränkung. Die Idee, Europa zu erobern, wäre Bismarck niemals in den Sinn gekommen; für Hitler gehörte sie stets zu seiner Vision. Hitler hätte niemals Bismarcks berühmten Satz äußern können, Staatskunst bestehe darin, den Schritt Gottes durch die Ereignisse halten zu hören, den Zipfel seines Mantels zu fassen und ein paar Schritte mit ihm zu gehen. Hitler hinterließ ein Vakuum. Bismarck hinterließ einen Staat, der stark genug war, zwei katastrophale Niederlagen zu überwinden – und er hinterließ ein Erbe unnachahmlicher Größe. Trotz dieser Vorbehalte ist Steinbergs *Bismarck* die beste Biographie in englischer Sprache.

Aus dem Englischen von Tim B. Müller

Der Beitrag ist zuerst erschienen in The New York Times (March 31, 2011). © The New York Times, PARS International Corp.

TIM B. MÜLLER

Das Ende des liberalen Zeitalters

Wie man die Ideengeschichte unserer Jetztzeit schreibt

Daniel T. Rodgers: Age of Fracture.
Belknap Press, Cambridge und London 2011,
352 S.

«Die Ideen von Ökonomen und politischen Philosophen, ob sie nun richtig oder falsch sind, üben viel mehr Macht aus als gemeinhin angenommen. Im Grunde wird die Welt von kaum etwas anderem regiert. Männer der Tat, die sich frei von jeglichem intellektuellen Einfluss glauben, sind meistens Sklaven irgendeines toten Ökonomen.» John Maynard Keynes' Wort hätte auf ihn selbst gemünzt sein können; schon zu Lebzeiten war sein Einfluss gewaltig. Makroökonomische Steuerung und sozial-liberale Gesellschaftsreformen kennzeichneten das «keynesianische Zeitalter». Dass es sich aber nach dem Zusammenbruch dieser Ordnung noch viel umfassender erfüllte; dass die Modelle seiner neoliberalen Gegner in alle ökonomischen, politischen, gesellschaftlichen und intellektuellen Zonen eindringen; dass es schließlich kaum mehr möglich werden sollte, überhaupt noch anders als in Begriffen eines idealen Marktes zu denken, der sich selbst organisiert, mit rationalen Individuen, die Interessen verfolgen und Wahlmöglichkeiten nutzen und Anreize verstehen und sich selbst, ihre Identität und ihre Bedürfnisse entfalten, während Geschichte, Institutionen oder reale Machtverhältnisse ihre Bedeutung verloren – das war schon eine bittere Ironie der Geschichte.

Wie es dazu kam, darum geht es in Daniel T. Rodgers' neuem Buch, *Age of Fracture*. Seine früheren Werke wie *Contested Truths* über die Kampfbegriffe des amerikanischen politischen Denkens oder *Atlantic Crossings* (unter dem Titel *Atlantiküberquerungen* 2010

auf Deutsch erschienen), eine transatlantische Geschichte der Sozialreform vom späten neunzehnten Jahrhundert bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges, waren Meilensteine der «intellectual history» in den USA. Auch *Age of Fracture*, das den intellektuellen Zeitenwechsel seit den siebziger Jahren systematisch darstellt, ist ein Ereignis. Rodgers' Quellenkosmos dürfte geistesheroenverliebte Ideenhistoriker vor den Kopf stoßen – sein Horizont reicht von der politischen Theorie bis zur fundamental-protestantischen Bibelauslegung, von John Rawls bis George W. Bush. In dieser unüberschaubaren Vielfalt und bei allen politischen Gegensätzen spürt Rodgers gemeinsame Denkmuster auf eine so lakonische Weise auf, dass die ungeheure Leistung an Synthese, Systematisierung und argumentativer Durchdringung unterschiedlichster Diskurse einem beinahe entgehen könnte.

Methodische Reflexion lassen amerikanische Universitätsverlage kaum noch zu. Rodgers' Buch ist dennoch eine Stellungnahme in der Frage, wie Ideengeschichte geschrieben werden kann. Es gibt eine «intellectual history», die sich noch für gesellschaftlich relevant hält und den Nachweis ihrer Legitimität antreten will, indem sie eine Genealogie der Gegenwart vornimmt. Rodgers' alltagstaugliches Vokabular gibt das theoretische Fundament kaum preis. Was er betreibt, ist die Ent-Naturalisierung, die Historisierung und Kritik der scheinbar natürlichen Begriffe und Denkmuster, die unsere Welt prägen. Unausgesprochen geht damit die Öffnung von Denk- und Handlungshorizonten einher. Wenn ein Buch rekonstruiert, wie sich das fiktive Modell idealer Märkte und individueller Wahlmöglichkeiten in einer kontingenten Konstellation durchgesetzt hat, und wie aus Konzepten, die sich in der Praxis nie bewährt haben, mächtige gesellschaftsverändernde Ideen gewoben wurden, dann handelt es sich um eine Ideengeschichte, die sich von der Aufgabe politischer Kritik nicht verabschiedet hat.

In der historischen Forschung greift der Konsens um sich, dass wir es seit den siebziger Jahren – regional und zeitlich versetzt – mit einer neuen Grund-

konstellation zu tun haben. Am auffälligsten sind die sozialen und ökonomischen Basisprozesse. Dass es auch zu einem Wandel von Menschenbildern und Ideen gekommen ist, wird stets konstatiert. Rodgers ist der erste, der diese große Transformation systematisch untersucht, allerdings nur, wie er als transatlantischer Historiker zurecht bedauert, mit Blick auf die USA. Nichts wälzte die Welt in den letzten vierzig Jahren tiefgreifender um als die Globalisierung des digitalen Finanzmarktkapitalismus. Für die Zersäuerung der Positionen und Begriffe gibt es dennoch keine kausalen Erklärungen – Rodgers gelingt es, gelegentlich um den Preis gewollter Uneindeutigkeit, jeglichen Determinismus zu vermeiden. Ebenso wenig ordnet Rodgers seine Befunde politisch eindeutig zu; die Auflösung der großen Erzählungen von Modernisierung, Gemeinwohl, sozialer Integration und institutioneller Absicherung gegenüber Lebens- und Wirtschaftskrisen, also das, was Rodgers «the fracture of the social» nennt, «was, in the end, as much a product of left-leaning intellectuals as it was of the new intellectual right» (S. 8).

Rodgers interessiert sich für Wechselwirkungen – zwischen Denk- und Gesellschaftsstrukturen und zwischen unterschiedlichen intellektuellen Sphären. «Thinking in modern societies – that is to say, in the diverse and intellectually compartmentalized societies of modern times – is piecemeal, context-driven, occasional, and (even if the task is to unknot an intellectual puzzle) instrumental», heißt seine Grundannahme (S. 10). So kann er zeigen, dass zwar Grundbegriffe und dominante Ideen zersetzt wurden, sich aber dennoch ein Netz von Metaphern vom ökonomischen Denken über die Konzeptionen von Macht und von Rasse- und Genderidentitäten bis zum Verständnis von Gesellschaft und Geschichte ausgebreitet hat. Man darf das nicht missverstehen: Rodgers widerspricht jeder Interpretation, die einen Siegeszug von neoliberalen Ideen behauptet. Im Zeitalter der Fragmentierung wurde die Polarisierung der intellektuellen Lager auf die Spitze getrieben. Und doch verband sie alle etwas: Rodgers geht

es um Denkmuster, um diskursive Strukturen, die sich in reinster Form zwar in mikroökonomischen Modellen finden, die aber über politische Grenzen hinweg auch bei erbitterten Gegnern des Neoliberalismus anzutreffen sind, Denkmuster der Auflösung des Sozialen, der Enthistorisierung von Zeit, eines übersteigerten Individualismus, eines unverbindlichen Sowohl-als-auch.

Nachdem er vorgeführt hat, wie in den Jahren zwischen Kennedy und Reagan das Vokabular des Kalten Krieges, die Sprache von Geschichte, Gesellschaft, Opfer und nationaler Gemeinschaft verloren ging, wendet sich Rodgers zuerst dem intellektuellen Kraftzentrum des *Age of Fracture* zu, der Wiederauferstehung des idealen Marktes und dem Siegeszug der mikroökonomischen Modellierung von menschlichem Verhalten. Milton Friedman war einer von vielen, die radikale Ideen eines perfekten Marktes öffentlichkeitswirksam verkündeten. Die amerikanische Wirtschaftskrise, vor allem die Inflation der siebziger Jahre, die große Ängste auslöste, verschaffte ihm und anderen Gehör. Die Wirtschaftswissenschaften erlebten einen Paradigmenwechsel. Die radikalindividualistischen Konzepte diffundierten; der «law and economics»-Ansatz führte zu einer Ökonomisierung des juristischen Denkens. Das Geld konservativer Stiftungen, die als Reaktion auf die Protestkultur der Sixties seit den siebziger Jahren an einem rechtsintellektuellen Profil arbeiteten, floss in solche disziplinären Umgestaltungen. Besonders «Deregulierung» wurde zur «policy fashion» (S. 62), obwohl sie außer in der Luftfahrtindustrie nie wirklich mehr Effizienz gebracht hatte. Das *Wall Street Journal* und andere Medien schrieben sich die Popularisierung dieser Lehren auf ihre Fahnen. Die Gründe sind vielfältig, das Ergebnis war eindeutig: In den siebziger Jahren betrieben Weltbank und Internationaler Währungsfonds noch eine Politik der Modernisierung, Armutsbekämpfung und Entwicklung des öffentlichen Sektors. Seit den frühen Achtzigern sind sie Vorkämpfer der Privatisierung und Deregulierung. Aus einer heuristischen Fiktion war eine globale Wirklichkeit geworden.

Der Aufweichung von Macht- und Herrschaftsbegriffen geht Rodgers anschließend nach. Macht wurde allumfassend, aber sie verlor ihre politische Fassbarkeit. Konservative fürchteten sich genauso wie die Neue Linke vor den omnipräsenten Eingriffen der Sozialtechnokraten im Namen des Gemeinwohls und entdeckten überall, in Kultur, Sprache und Symbolen, perfide Machtmechanismen. Hier wird eine zentrale These sichtbar, für die Rodgers immer wieder Belege vorbringen kann: Ohne das funktionale Zusammenspiel von linken und rechten Ideen ist das *Age of Fracture* kaum vorstellbar. Linker und rechter Radikalindividualismus, linker und rechter Generalverdacht gegenüber Staat und liberalen Experten gingen Hand in Hand. Nirgends wird das so deutlich wie in der libertären Spielart des Marktdenkens, die sich gleichermaßen aus konservativen und anarchisch-gegenkulturellen Konzepten entwickelte. Die linke Sprache der individuellen Befreiung versetzte den rechten Marktradikalismus überhaupt erst in die Lage, gesellschaftliche Dominanz zu erringen. Die symbolischen Machtstrukturen bildeten damit zugleich den Funktionswandel der politischen Intellektuellen ab – sie sind Techniker der kulturellen Hegemonie geworden, die materiellen Machtstrukturen hingegen bleiben verborgen.

Auch der Begriff der Rasse verlor seine politische Eindeutigkeit. Im Zeitalter der Identitätspolitik verschwammen die Grenzen zwischen links und rechts. Hinter der Ausübung persönlicher Wahlmöglichkeiten auf einem Markt der kulturellen Identitäten verschwanden die harten sozialen Fragen. Am tiefsten erschütterte aber wohl die «Gender»-Frage die kulturellen Gewissheiten – nicht nur in der feministischen Theorie. Die religiösen Kulturkriege bezogen aus den Debatten um Sexualität und Geschlechteridentitäten ihre Energie. Auch die fundamentalistischen Stabilitätssucher betrieben Identitätspolitik. Protestantische Kleinkirchen lasen die Bibel, als seien sie bei Poststrukturalisten in die Schule gegangen. Traditionelle Zuordnungen von Weiblichkeit und Männlichkeit vermischten sich.

Gesellschaftsbegriffe verloren an intellektueller Dichte und politischer Bedeutung. Die Auflösung des großen Ganzen, die Aufkündigung des sozialen Zusammenhalts, die soziale Abschottung waren die intellektuelle Grundtendenz. Selbst John Rawls, an dessen *Theory of Justice* sich die politische Theorie des Zeitalters abgearbeitet hat, baute seinen Entwurf einer gerechteren Gesellschaft auf individualistische und ökonomisch-vertragliche Prämissen. Das war nicht mehr das große sozial-liberale Reformprogramm der Jahrhundertmitte: Die von linksliberalen Ökonomen intellektuell begründeten wohlfahrtsstaatlichen Regierungsprogramme der «Great Society» hatten die Armut in den USA zwischen 1960 und 1973 halbiert. Seit Mitte der siebziger Jahre steigt die Einkommensungleichheit. Die anti-etatistische Koalition von «Hayek right» und «countercultural left» errang schließlich die kulturelle Hegemonie (S. 187), lange bevor einige ihrer Ideen politisch wirksam wurden – unter Reagan noch sehr zögerlich, vehementer unter Clinton, der den Wohlfahrtsstaat faktisch abschaffte. So natürlich erschien in den neunziger Jahren das neue Denken der privaten Anreize und individuellen Verantwortung.

Linke Gegenströmungen entstanden. Doch Kommunitarismus und «Bürgerrepublikanismus» mit ihrer Betonung von solidarischer Gemeinschaft und sozialer Verpflichtung konnten sich dem intellektuellen Sog nicht völlig entziehen. Die Konservativen eigneten sich das «civil society»-Pathos an, um ihre Privatvereinigungen – Kirchen, Clubs, Privatschulen, Nachbarschaften – zum Kern des Gesellschaftlichen zu erklären. Hier tritt jedoch die größte Schwachstelle in Rodgers Werk zutage: Er beschreibt einen allgemeinen «retreat from nationalism into smaller visions of association» (S. 198). Der Nationalismus dürfte jedoch eines der wenigen Merkmale sein, in dem sich rechte und linke Denkmuster in den USA noch eindeutig unterscheiden lassen. Die Vorstellung einer nationalen solidarischen Gemeinschaft löste sich allerdings im gesamten politisch-intellektuellen Spektrum auf. Das zeigen auch die Diskussionen um

Armut und Multikulturalismus, die seit den achtziger Jahren immer zentraler wurden. Alle Seiten arbeiteten an der Legitimierung ihrer sozial fragmentierten Visionen. Demokratie wurde kaum noch anders als in Bildern eines vollkommenen Marktes gedacht, an dem jeder einzelne oder jeder Zusammenschluss von Individuen gleichberechtigt teilnahm.

Das zeitlose Modell des idealen Marktes wälzte auch die Begriffe von Zeit und Geschichte um. Von der «Schocktherapie» in Osteuropa – vorgedacht mittlerweile vom Mainstream der Ökonomie –, die ganze Volkswirtschaften in kürzester Zeit, ohne jede Rücksicht auf Institutionen, Geschichte und Kultur auf ein globales kapitalistisches Modell umstellte, bis zur Besatzungsherrschaft in Irak, die über Nacht eine freiheitliche Gesellschaft bringen sollte, reichten die politischen Konsequenzen der neuen Zeitkonzepte. Die intellektuell verschärfte Erfahrung extremer Beschleunigung seit den siebziger Jahren ließ die Bedeutung der Geschichte in den Hintergrund treten. Dabei drückte sich durchaus Sehnsucht nach Vergangenheit aus – doch jede Gruppe schuf sich nun ihre eigene Geschichte, der Kollektivsingular Geschichte zerfiel wieder in so viele Geschichten, wie es Erzähler gab. Rodgers verfolgt diese Spur von den Endzeitpropheten des evangelikalen Milieus bis zum Verfassungsoriginalismus in der amerikanischen Rechtsprechung.

Und nach «9/11»? Rodgers macht plausibel, dass nach den Terroranschlägen auf ältere Deutungsmuster zurückgegriffen werden konnte. Das Vokabular ist wieder vielfältiger geworden. Doch «visions of so-

ciety as a spontaneous, naturally acting array of choices and affinities» (S. 264) herrschen weiterhin vor. Auch darum sei nach der Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008/2009 ein Umdenken kaum möglich gewesen – die Begriffe von Gesellschaft und Geschichte und Macht, die es dazu bräuchte, hatten sich intellektuell in Luft aufgelöst. Rodgers verfällt bei seiner Genealogie der Gegenwart allerdings nicht in Nostalgie. Es werde nicht nur mehr von Wahlmöglichkeiten geredet, es böten sich auch tatsächlich mehr «choices» – «not just more consumer goods but more worlds of ideas and selves and aspirations from which to choose» (S. 270).

Das *Age of Fracture* hat den Lauf der Ideengeschichte grundlegend verändert. Wenn ein neuer Begriff des Ganzen geschaffen werden kann, müsste er die Einsichten, die mit der Fragmentierung einhergingen, und die Bedürfnisse, die in ihr zum Ausdruck kamen, zur Kenntnis nehmen. Seine eigene Verwicklung in den historischen Augenblick bekundet Rodgers auf der vorletzten Seite. Da lässt er in einem Satz mit Barack Obama einen politischen Denker und Mann der Tat auftreten, der konsequenter als alle anderen an der Neukonstruktion des «common good» arbeite. Ob er ihm als Präsidenten diese Aufgabe immer noch zutraut, lässt Rodgers offen. Viele Fragen bleiben unbeantwortet – der Weg für weitere Forschungen ist durch dieses Buch bereitet. Es wagt, die letzten vierzig Jahre intellektuell auf einen Begriff zu bringen. Und es beweist, wie wichtig die Ideengeschichte für die politische Orientierung in der Gegenwart sein kann, wenn sie es nur will.

Die Banalität des Blöden

Hannah Arendt macht es sich journalistisch leicht

Hannah Arendt und Joachim Fest: Eichmann war von empörender Dummheit. Gespräche und Briefe, herausgegeben von Ursula Lutz und Thomas Wild. Piper Verlag, München 2011, 208 Seiten.

Wenn Größe sich daran bemisst, dass jedes Wort, das ein Autor niedergeschrieben hat, für bedeutsam gehalten wird – und sei es, wie etwa im Falle Beethovens, ein Einkaufszettel –, dann ist Hannah Arendt auf der Spitze des Olymps bald angekommen. Der Piper Verlag, der sich seit einigen Jahren mit neuer Verve um ihr Werk bemüht, hat nun publiziert, was sich aus der Bekanntschaft zwischen Hannah Arendt und Joachim Fest an Schriftgut ergeben hat, netto sind das 67 Seiten der im Ganzen dreimal so langen Edition. Schande über den, der denkt, Beethovens Einkaufszettel, auf dem er seinem Diener unter anderem auftrag, bei Gelegenheit des Biereinkaufs gleich noch das Metronom aus der Reparatur zu holen, sei in Wahrheit aussagekräftiger als dieses Kompendium.

1964, als Arendts ebenso aufsehenerregendes wie umstrittenes Buch *Eichmann in Jerusalem* auf Deutsch erschien, bemühte Joachim Fest sich um ein Radiointerview mit der Autorin. Hannah Arendt wurde allenthalben angegriffen – zuallererst, weil sie den von den Deutschen eingesetzten Judenräten eine Mitschuld an der reibungslosen Abwicklung der Vernichtung zusprach. Andere – wie zum Beispiel Golo Mann – warfen der Autorin vor, dass sie sich selbst widerspreche. Joachim Fest wollte ihr die Gelegenheit geben, «alle teils hierzulande schon geäußerten beziehungsweise zu erwartenden Einwände abzuwehren». Der lange Fragenkatalog, den er anfügte, war klug entworfen und zeugte von Fests ehrlicher Hochachtung vor der Autorin. Aber Arendt sah darin nur die Einladung, sich zu verteidigen, und dazu hatte sie keine Lust. Woher diese durchaus trotzige Haltung?

Heute gilt Hannah Arendt vielen in erster Linie als große Philosophin. Wer darüber nicht vergisst, dass sie ein Mensch war, wird bemerken, dass sie durchaus auf ganz unphilosophische Weise rechtshaberisch und mitunter bis zur Dünkelhaftigkeit selbstbewusst war. Der Historiker Hans Mommsen hat dafür eine soziologische Erklärung: Arendt sei von dem Geist an den Universitäten der Weimarer Republik geprägt worden, wo ein Ordinarius absolute Autorität hatte und sich qua Status als etwas Besseres dünken durfte. Diese elitäre Haltung teilte sie übrigens mit dem notorischen Bildungsbürger Joachim Fest. Beide konnten sich mühelos einverstanden darauf verständigen, dass Eichmann «von empörender Dummheit» war. Aus Sicht des Bildungsbürgertums war Adolf Eichmann, der weder die Realschule noch seine Mechanikerlehre zu Ende gebracht hatte, natürlich nicht satisfaktionsfähig: Er war unelegant im Argumentieren, ungelent in der freien Rede. Rechnet man dazu den Druck, unter dem jeder Angeklagte vor Gericht steht, dann versteht man, warum Eichmanns Einlassungen 1961 so hölzern waren. Ausgerechnet den Verweis auf Eichmanns «empörende Dummheit» als Titel der Edition zu wählen, war ein Missgriff. Beide Briefpartner waren sehr viel intelligenter als dieser Titel.

Dieser Missgriff ist allerdings symptomatisch. Die Herausgeber haben ihre Arbeit aus der Perspektive der rückhaltlosen Bewunderung betrieben. So eine Haltung ist für das philologische und dann auch das editorische Handwerk ungeeignet. Der Journalist Joachim Fest schreibt an Hannah Arendt, weil er etwas von ihr will: ein Radiointerview, später einen Essay. Weil er selbst Bücher über den Nationalsozialismus publiziert, tut er zum jeweils passenden Zeitpunkt kund, dass sie ihn sehr inspiriere. Dergleichen schreiben routinierte Journalisten, wenn sie einen geschätzten Autor gewinnen wollen. Die Herausgeber aber sind fasziniert: «Man hält inne: *Die Hitler-Biographie* wurde von Arendt angestoßen?» Dann veranstalten die Herausgeber ein kleines argumentatives Hin-und-her («War die

Wendung vom entscheidenden Anstoß (ja dann doch eigentlich nicht so gemeint?). Und schließlich konstatieren sie enttäuscht: «den Namen Arendt» suche man in Fests Hitler-Biographie «vergebens». Als Rezensent fragt man sich: Geht es noch naiver? Jeder, der auch nur die geringste Ahnung von Fests journalistischer und publizistischer Arbeit hat, weiß, dass er ein politisch denkender Mensch war, sich für Philosophie wenig interessierte und für die fachlichen Ansichten von Philosophinnen noch weniger.

Dass *Eichmann in Jerusalem* nicht einmal die Ansichten, sondern lediglich eine vage Ahnung der Autorin wiedergibt, scheinen die Herausgeber zu denken. Anders kann man jedenfalls den folgenden Satz aus der Einleitung nicht verstehen: «Die beunruhigende Formulierung von der ›Banalität des Bösen‹ gewinnt sie in einem Verfahren, staunend ›dabei‹ zu sein, Worte zu suchen, den Eindrücken nachzudenken – in einem offen bleibenden beweglichen Prozess. Sie ist nicht der Ableitung aus einer Theorie geschuldet oder gar als Mitteilung eines Ergebnisses anzusehen.» Wenn man diesen Satz ernst nimmt, dann hätte Hannah Arendt ihre Berichterstattung über den Eichmann-Prozess wie eine von Kenntnissen unbelegte journalistische Volontärin betrieben, die sich einfach vom Geschehen beeindrucken lässt. Und auch als sie aus ihren Artikeln, die sie für die 1961 noch weltweit bewunderte Zeitschrift *The New Yorker* verfasste, 1963 ein Buch machte, soll die meinungsstarke Philosophin vor lauter Staunen nicht zu einem «Ergebnis» gekommen sein?!

Weil die Herausgeber ganz aus dem – mittlerweile anachronistischen – Blickwinkel Hannah Arendts arbeiten, blenden sie alles aus, was auch Arendt nicht beschäftigte. Das heißt, pointiert gesagt: die Wirklichkeit. Das beginnt mit der Frage, ob Eichmann 1961 vor Gericht in Israel, im Ringen um sein Leben, die Wahrheit sagte. Arendt glaubte

dem Angeklagten jedes Wort. Sie kam nicht auf die Idee, dass er sich verstellen haben könnte, als er sich als das kleine, «gedankenlose» Rädchen im Getriebe präsentierte. «Gedankenlosigkeit» ist das zentrale Wort in Arendts Eichmann-Analyse. Es entstammt ihrer Platon-Lektüre. Sie ging vom Individuum aus, sie kam nicht auf die in der Soziologie schon zu ihrer Zeit etablierte Idee, dass viele Menschen sich moralisch nach der Meinung der Gruppe richten, der sie angehören.

Die Historikerin Irmtrud Wojak hat – erstmals – die Gespräche ausgewertet, die der holländische rechtsradikale Journalist Willem Sassen Ende der fünfziger Jahre mit Eichmann in Argentinien führte. Sie ergeben, dass Eichmann ganz genau wusste, was er tat, als er Juden in die KZs deportieren ließ, und dass er seiner Arbeit mit bürokratischer Gewissenhaftigkeit nachging, weil er sie für richtig hielt. Wojaks Buch *Eichmanns Memoiren* erschien 2001. Aber nicht einmal in der Bibliographie der vorliegenden Edition ist es erwähnt. Die Historikerin Bettina Stangneth hat noch weitere Quellen erschlossen, das Buch *Eichmann vor Jerusalem*, das sie in diesem Frühjahr publizierte, hat jeden Zweifel ausgeräumt: Eichmann wollte, was er tat.

Hannah Arendt war leichtgläubig, sie hat, wie ihren Briefen an Fest zu entnehmen ist, nicht nur Adolf Eichmanns Aussagen geglaubt, sie hat auch die Selbststilisierung, die Hitlers Rüstungsminister Albert Speer 1969 als *Erinnerungen* vorlegte, «bewundernswert ehrlich» gefunden. Dass nun Bewunderer Hannah Arendts – ohne jede Rücksicht auf Common Sense oder wenigstens die Forschung – alles für gedrucktes Gold halten, was Hannah Arendt geschrieben hat, ist wohl unvermeidlich. Ludwig van Beethoven hatte sein Metronom zum Uhrmacher gegeben, weil es ihm nicht zuverlässig regelmäßig zu funktionieren schien. Hannah Arendt hat oft ohne Metronom gearbeitet, sie hatte mehr von einer impulsiven Journalistin, als man denkt.